

SPD · DIALOG · STADT

SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahresbericht 2010/2011

Jahresbericht der SPD

in Bremen-Stadt

2010/11

Impressum:

SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

Vorsitzender: Angelo Caragiuli

Obernstraße 39-43, 28195 Bremen

Fon 0421 / 350 18 31 - Fax 0421 / 350 18 24

www.spd-bremen-stadt.de

Februar 2012

© SPD Bremen-Stadt

Inhalt

Gedenken	4
Mitglieder in Gremien des Unterbezirks	5
Mitglieder des UB Stadt in Gremien der Landesorganisation	6

Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Politische Lage	7
Bericht des Wahlkampfleiters	11
Aktivitäten des UB Stadt 2010 – 2012	15
Kassenbericht	19
Rechenschaftsbericht 2010	20
Rechenschaftsbericht 2011	23
Mitgliederentwicklung 2010/2011	26

Einzelberichte

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	27
Arbeitskreis Soziales	28
Arbeitskreis Arbeit und Wirtschaft	29
Arbeitskreis Christinnen und Christen	30
Arbeitskreis Energie	31
Arbeitskreis Europapolitik	32
Arbeitskreis Netzpolitik / Digitale Gerechtigkeit	33
Arbeitskreis interkulturelle Zusammenarbeit	33
Arbeitskreis innerparteiliche Bildungsarbeit	34
Arbeitskreis Mentoring-Projekt Beiräte	34
Adhoc-Arbeitsgruppe Parteimodernisierung	35
Jusos 2010/2011	36
Jusos 2011/2012	42
AfA	50
ASF	52
AG 60plus	53
Beschlussbericht	56

Gedenken

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt hat in den Jahren 2010/2011 viele Mitglieder durch Tod verloren.

Aus der großen Zahl der verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien hier stellvertretend genannt:

Karl-Eddi Armgort

Klaus Arnold

Gerhard Fischer

Hans-Horst Forster

Günter Funk

Walter Groß

Helga Jansen

Gisela Howey

Helene Knorr

Erika Launspach

Hans Georg Mews

Wolfgang Nussbaum

Manfred Paape

Erich Ricklefs

Anneliese Schwolow

Wir werden ihnen und allen unseren Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitglieder in Gremien des Unterbezirks

Unterbezirksvorstand

Vorsitzender:	Angelo Caragiuli
Stellvertreter:	Frank Schmitz
Hauptkassiererin:	Susanne Kröhl
Schriftführerin:	Melanie Kennard
BeisitzerInnen:	Brigitte Grziwa-Pohlmann Bernd Grottke Rainer Hamann Ulrike Hiller Sabine Metschies Steffen Niehaus Jens Oppermann

Revision	Hans-Günter Köhler Jürgen Maly Sabine Wohlers
----------	---

Schiedskommission

Vorsitzender:	Hans Alexy
Stellvertreter:	Horst Isola Jana Rohloff-Brockmann
BeisitzerInnen:	Arnold Knigge Konrad Kunick Brigitte Melinkat Levka Muratidis

Mitglieder des UB Stadt in Gremien der Landesorganisation

Landesvorstand

Landesvorsitzender: Dr. Andreas Bovenschulte

Stellv. Vorsitzender: Sarah Ryglewski

Landeschatzmeisterin: Petra Krümpfer

Beisitzer/innen: Karin Garling
Wolfgang Grotheer
Mustafa Güngör
Aydin Gürlevik
Renate Möbius
Rolf Prigge
Nicoletta Witt

Revision Fritz Gierschewski
Ingrid Osterhorn
Hans-Peter Biendarra

Schiedskommission

Vorsitzender: Hans-Christoph Hoppensack

Beisitzer/innen: Sascha Aulepp
Birgit Busch
Ekkehard Grimm

Politische Lage

Die SPD befindet sich wieder im Aufschwung. Unsere Themen interessieren und verstärkt wollen Menschen mitarbeiten. Das ist gut so. Denn gerade in Bremen stehen wir vor großen finanziellen Herausforderungen, die unser aller Einsatz bedürfen: Wir benötigen abgesicherte Grundlagen für eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur. Dies gilt auch für die Bereiche Wohnen, Bildung, Mobilität und kulturelle Teilhabe, die für die Entwicklung guter Lebensperspektiven besonders wichtig sind.

Es ist der SPD auf der Bundesebene gelungen, sich als eine weltoffene, gestaltende und bürgernahe Partei der sozialen Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Energiewende glaubwürdig zu erneuern. Die Partei hat sich bundesweit als kampagnenfähig erwiesen und ist wieder stärker in den Bewegungen verankert. Ein Beispiel war die breite Anti-AKW-Bewegung, die kontinuierlich gegen die zwischenzeitig von Schwarz-Gelb beschlossene Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke demonstrierte und nach dem verheerenden Atomunfall im japanischen Fukushima die Bundesregierung dazu zwang, zum Atomkonsens zurückzukehren.

Die Debatten um eine inhaltliche und organisatorische Erneuerung haben die gesamte Partei erfasst. So hat die SPD auf Bundesebene begonnen, notwendige politische Korrekturen vorzunehmen. Ziel ist es etwa, den Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, den Sozialstaat armutsfest zu machen, einen nachhaltigen Beitrag zu einer gerechteren Verteilung von Vermögen und Einkommen zu erreichen und dabei die staatliche Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die von der Bundes-SPD in diesem Zusammenhang vorbereitete Kampagne „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ war ein gutes Signal in diese Richtung. Die auf dem Ordentlichen Parteitag im Dezember 2011 beschlossenen Anträge zur Steuerpolitik gehen diesen Weg konsequent weiter.

Auf diesem Parteitag in Berlin wurde ferner ein organisationspolitisches Grundsatzprogramm beschlossen, das den inneren Modernisierungsprozess weiter voranbringen wird.

Die Bremer SPD hat beide Prozesse aktiv mitgestaltet. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang exemplarisch der im September 2011 auf Landesebene verabschiedete Leitantrag für eine sozialdemokratische Steuerpolitik 2020 oder die Veranstaltungen des UB und der LO zur Parteireform (auch wenn wichtige Debatten auf Bundesebene leider zeitgleich mit unseren Wahlkampfaktivitäten geführt wurden). Ebenso setzte der UB ein Zeichen gegen die Kürzungen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik mit einem Antrag auf dem UB-Parteitag im November 2011. Ende letzten Jahres startete mit großem Engagement der Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Umwelt seine Arbeit. Für seine Unterstützung gilt besonderer Dank dem baupolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jürgen Pohlmann. Bundesweit setzt die SPD auf eine breite Bürgerbeteiligung für einen neuen Infrastrukturkonsens. In Bremen gehen wir mit gutem Beispiel voran, formulieren unsere Konzepte für eine sozial gerechte Stadtgesellschaft mit leistungsfähiger Infrastruktur und bezahlbarem Wohnraum.

Im Unterbezirk wie auch in Ortsvereinen haben wir bereits eine Reihe von Ansätzen getestet, um die Partei noch offener und attraktiver zu machen. So konnten durch unser Mentoring-Programm - siehe Bericht des AK - zahlreiche aktive Mitglieder für die Partei gewonnen werden, die teilweise auch schon als Beiräte oder sachkundige Bürgerinnen bzw. Bürger Verantwortung übernommen haben. Unsere thematisch orientierten Arbeitskreise wurden ausgeweitet. Die zielgruppenorientierte Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaften eröffnet ein großes Beteiligungsangebot für die unterschiedlichen politischen Schwerpunkte unserer Mitglieder.

So traten in den Jahren 2010/2011 288 Menschen neu in die SPD (UB Bremen-Stadt) ein. Gleichzeitig haben uns in diesem Zeitraum jedoch auch 255 Genossinnen und Genossen verlassen. Auch wenn die Mitgliederzahlen im Berichtszeitraum stabil blieben, dürfen wir deshalb nicht darin nachlassen, die Attraktivität der Partei weiter zu steigern. Hierzu werden

wir die die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung vorantreiben und die Beteiligungsmöglichkeiten in der Partei weiter ausbauen.

Um Doppelarbeiten zu vermeiden setzen wir dabei auf eine abgesprochene Arbeitsteilung zwischen Land und Unterbezirken. Durch offene Arbeitskreise, aber auch die Nutzung neuer Medien - wie dem Internet -, erhalten alle Mitglieder die Möglichkeit sich in den jeweiligen Gliederungen direkt an den Diskussionen zu beteiligen. So haben wir im Unterbezirk zwar darauf verzichtet, eigene Arbeitskreise zur Vorbereitung des Bürgerschaftswahlprogrammes einzurichten. Stattdessen haben wir unsere Mitglieder aufgefordert, sich direkt an den zahlreichen Angeboten der Landesorganisation zu beteiligen. Dieser transparente Prozess trug dazu bei, ein interessantes, von vielen in der Partei mitentwickeltes Programm zu verabschieden. Jetzt wird es darauf ankommen, unsere Schwerpunkte etwa in den Bereichen Bildungs- und Sozialpolitik, aber auch der Stadtentwicklungs- und Arbeitsmarktpolitik umzusetzen. Sehr schmerzhaft war für viele dabei der Verlust des Sozialressorts für die SPD. Jetzt geht es darum, die Arbeit der neuen Sozialsenatorin besonders eng als Partei zu begleiten.

Mit der Reform des Beirätegesetzes sollten die Beteiligungsrechte ausgeweitet werden und wir nutzen die Chancen dieses Gesetzes. Insgesamt konnten die Beteiligungs- und Informationsrechte der Beiräte gegenüber Senat und Behörden gestärkt werden. In der Beirätekonferenz konnte ein eigenständiges Gremium der Beiräte gesichert werden, nachdem der Gesamtbeirat in der alten Form abgeschafft wurde. Gute Erfahrungen sind seither schon mit dem neuen Instrument der Planungskonferenzen gemacht worden. Vielen Dank an die zahlreichen Mitglieder der SPD-Fraktionen und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilbeiräten, die im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sozialdemokratische Basispolitik leisten.

Neues Wahlrecht in Bremen

Bereits frühzeitig beschäftigte sich der SPD Unterbezirk mit der Vorbereitung auf die Bürgerschaftswahl und die damit verbundenen Veränderungen. Hierzu gehörte insbesondere das Vorhaben einer Umstellung der Bürgerschaft auf ein „echtes Teilzeitparlament“ sowie die Konsequenzen aus dem neuen Wahlrecht.

Zahlreiche Ortsvereine führten – teils unter Beteiligung des UBs, teils selbst organisiert – Veranstaltungen zum neuen Wahlrecht durch. Dabei ging es auch darum, einen gemeinsamen Kurs für die Nominierungsverfahren zu finden. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang insbesondere bei unserem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe sowie dem Landesgeschäftsführer Roland Pahl, die für zahlreiche Diskussionsrunden zur Verfügung standen. Im UB-Vorstand erstellten wir nicht nur begleitendes Material zum neuen Wahlrecht. In Abstimmung mit der Landesorganisation ging es auch darum, die „Spielregeln“ für alle Kandidierenden zu finden und in die Diskussion zu bringen. Der UB-Vorstand warb dafür, die neuen Möglichkeiten der Persönlichkeitswahl offensiv zu nutzen, dabei jedoch unseren Anspruch als Programmpartei aufrechtzuerhalten.

Auf UB-Parteitag und den Konferenzen der Ortsvereinsvorsitzenden wurde die Vorgehensweise abgestimmt. Hierzu gehörte für den UB-Vorstand auch, faire Ausgangsbedingungen für alle Kandidierenden und alle Ortsvereine zu schaffen. Mit einem solidarischen Finanzierungskonzept hat der Unterbezirk die Möglichkeiten genutzt, die sich durch die seit 2009 geltende veränderte Finanzverteilung ergeben. Dabei ist er an die Grenze seiner Möglichkeiten gegangen, so dass wir froh sind 2011 schuldenfrei abschließen zu können (siehe Finanzbericht). Denn unabhängig von der eigenen Finanzausstattung wurde allen Kandidierenden und Ortsvereinen bzw. Beiratsgebieten eine Grundausstattung an notwendigen Werbemitteln durch den UB zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden in vielen Stadtteilen politische Wahlveranstaltungen organisatorisch und finanziell durch den UB bzw. unsere Arbeitsgemeinschaften getragen.

Das Ergebnis (siehe auch Bericht Wahlkampfmanager): Bei der Bürgerschaftswahl wurde die SPD landesweit mit 38,6 % (1,9 Prozentpunkte Zugewinn) als stärkste politische Kraft in Bremen bestätigt. Die CDU (20,4 %, -5,2 %) wurde vor den Grünen (22,5 %, +6,0 %) als zweitstärkste Partei abgelöst. Gemeinsam mit den Grünen verfügt die SPD in der neu gewählten Bremischen Bürgerschaft über eine Zweidrittelmehrheit der Mandate. Im Gebiet des Unterbezirks Bremen-Stadt legte die SPD sogar leicht überdurchschnittlich zu: Dies ist ein gutes Ergebnis!

Dennoch können wir insbesondere in Anbetracht der weiter niedrigen Wahlbeteiligung sowie den damit verbundenen großen Unterschieden in den einzelnen Stadtteilen nicht zufrieden sein. Sowohl im UB, als auch in der LO wurde mit ersten Auswertungen der Wahlergebnisse sowie der Auswirkungen des neuen Wahlverfahrens begonnen. Diese Diskussionen werden wir 2012 fortsetzen, um mit den richtigen Schlussfolgerungen in die nächsten Wahlkämpfe zu gehen. Aufgrund der neuen Verfahren und der vielen zu beteiligenden Gremien und Personen waren Vor- und Nachbereitung der Bürgerschaftswahl für den Unterbezirksvorstand sehr arbeitsintensiv. Im Ergebnis ist es uns als Partei insgesamt gelungen, positiv und aktiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.

Kampagne des UB mit den Ortsvereinen zum Schulkonsens

Zugang zu Bildung ist eines der wichtigsten Voraussetzungen für Chancengleichheit und Rückführung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft. Mit dem Bremer Schulkonsens ist es unter Federführung der SPD gelungen, eine verlässliche Basis für mehr gemeinsames Lernen in Bremen zu schaffen. Dabei sollen die Förderangebote für benachteiligte Kinder schrittweise ausgebaut und Ganztagesangebote im vorschulischen und schulischen Bereich erweitert werden. Dieser Umbauprozess stellt Schulen, Politik und Verwaltung vor große finanzielle, bautechnische und konzeptionelle Herausforderungen. Es war daher absehbar, dass nicht alle Ziele innerhalb einer Legislaturperiode umgesetzt werden können und es somit zu einer Reihe von Zielkonflikten bei der Umsetzungsstrategie kommen würde.

Ebenso absehbar war ein großes Informations- und Teilhabebedürfnis seitens der Betroffenen: Eltern, Schülern und Schülerinnen sowie der Lehrenden. Auf einem UB-Parteitag unterbreitete der UB-Vorstand daher den Vorschlag, das Thema „Schulkonsens“ zu einem wichtigen Bestandteil seiner politischen Arbeit zu machen. Erfolgreiche Politik, so die Überlegung, kann nur gelingen, wenn Beschlüsse auch so umgesetzt werden, dass die Ergebnisse von den Betroffenen geteilt werden können.

Gemeinsam mit den Ortsvereinen organisierte der UB-Vorstand daher im Jahr 2010 in nahezu allen Stadtteilen die Veranstaltungsreihe „SPD im Stadteildialog – Bildung vor Ort“. Wir bedanken uns bei unserer Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper, dem bildungspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion Mustafa Güngör sowie den jeweiligen Vertreterinnen und Vertretern unserer Partei vor Ort für die gute Zusammenarbeit. Die große Zahl der Interessierten sowie die zahlreichen Berichterstattungen in den lokalen Ausgaben der Zeitungen zeigen, dass wir mit diesem Ansatz den richtigen Weg gewählt haben. Viele Fragen konnten vor Ort beantwortet und einige Missverständnisse aufgeklärt werden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Art der Herangehensweise künftig weiter genutzt werden sollte.

Wir setzen die Parteireform um

Die SPD hat sich bundesweit auf die Fahnen geschrieben transparenter zu werden und die Beteiligungsrechte der Mitglieder weiter auszubauen. Die SPD in Bremen geht diesen Weg schon des längeren. Dennoch besteht auch hier weiter Verbesserungsbedarf. Eckpunkte unserer Beteiligungsstrategie waren:

- Ausweitung und Öffnung der inhaltlichen Arbeitskreise des UB (siehe Berichterstattungen). Als neuen Schwerpunkt sehen wir den im November 2011

gegründeten Arbeitskreis „Stadtentwicklung“. Auf den ersten Sitzungen waren jeweils über 40 interessierte Genossinnen und Genossen. Der Arbeitskreis setzt sich zum Ziel, stadtbremische Themen stärker aufzugreifen und damit Impulse für die gemeinsame Politik zu setzen.

- Unterstützung, Öffnung und Vernetzung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemeinschaften konnten in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Mitglieder einbeziehen und binden. Satzungsänderungen sehen künftig die Möglichkeit vor, eigene Mitgliedschaften in den Arbeitsgemeinschaften zu erwerben (wie dies bei den Jusos schon der Fall war). Dies ermöglicht die Chance, die Zielgruppenarbeit noch effizienter zu gestalten. Wir wollen die Arbeitsgemeinschaften dabei weiter begleiten.
- Innerbetriebliche Bildungsarbeit. Die Resonanz unserer Treffen der Bildungsbeauftragten war zuletzt wenig ermunternd. Dies steht in starkem Widerspruch zu dem Besuch der Bildungsangebote selbst. Es ist daher Ziel, die Bildungsbeauftragten der Ortsvereine noch mehr in eine gemeinsame Arbeit einzubinden und damit die Zahl der Bildungsangebote insgesamt im Unterbezirk zu erhöhen.
- Modernisierung des Internetauftritts und des „Social Networking“. Hier beteiligen sich noch zu wenige Ortsvereine an dem gemeinsamen Medium. Wir werden die Internetbeauftragten verstärkt einbinden und hoffen auf gute Beteiligung.
- Dialog.Stadt weiter entwickeln und zum starken Medium des Unterbezirks und der Ortsvereine ausbauen.
- Beteiligung von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen an unseren Versammlungen und Parteitag. Auf unseren UB-Parteitagen haben wir gute Erfahrungen gemacht auch Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen direkt in unsere Diskussionen einzubinden. Die Resonanz seitens der Beteiligten, wie auch der Parteimitglieder, war sehr gut. Dies sollte fortgesetzt werden.

Parteilieben braucht aber nicht nur Beratungen, sondern auch Geselligkeit und Kommunikation. Unsere Kulturangebote wurden in den letzten beiden Jahren wieder sehr gut angeboten. Wir sollen dies fortsetzen und dabei die Mitglieder stärker einbeziehen.

Ausblick und Dank

Vor uns stehen weiter herausfordernde Jahre. Zwar haben wir ein „wahlfreies Jahr“, das uns die Gelegenheit gibt, Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung etwas ausführlicher zu besprechen. Aber die Bundestagswahl 2013 wirft Ihren Schatten voraus: Wir werden alles tun, um diese Bundesregierung abzulösen!

Erfolg wird aber nicht in Wahlkämpfen erstritten. Wir wollen unseren Weg weitergehen, den direkten Kontakt zu den Bürgern und Bürgerinnen auszubauen. Die Veranstaltungsreihe „Bildung im Stadtteildialog“ war ein guter Ansatz. Aber auch die Zielgruppenarbeit unserer Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften bildet ein wichtiges „Pfund“. Insgesamt können wir nur gemeinsam erfolgreich sein. Die am „Tag der Ortsvereine“ sowie in den Treffen des „AK Parteireform“ gewonnenen Ansätze und Erkenntnisse sollten daher weiter diskutiert und vorangetrieben werden. Wir danken den Aktiven aller Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften für ihre engagierte Arbeit und Unterstützung.

Die neue rot-grüne Landesregierung steht vor großen – insbesondere finanziellen - Herausforderungen. Dabei werden Schwerpunktsetzungen notwendig sein. Nicht alle Entscheidungen werden die Zustimmung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben. Es ist daher Aufgabe der Partei, die Debatten in Senat und Bürgerschaft aufzugreifen und in politische Aktionen umzusetzen.

Wir danken den Mitgliedern des Senats für die gute, offene Zusammenarbeit. Ebenso danken wir der SPD-Bürgerschaftsfraktion, stellvertretend dem Vorsitzenden Björn Tschöpe, für die

kontinuierlich gute Zusammenarbeit. Diese wird auch in der überwiegenden Umsetzung unserer Parteitag-beschlüsse (siehe Anlage) dokumentiert.

Die Finanzausstattung der Partei ist in Anbetracht stagnierender bzw. weiter fallender Mitgliederzahlen weiter schwierig. Zwar konnte durch die Beitragserhöhungskampagne sowie eine gemeinsam mit der LO erarbeitete Neuordnung der Abgaben unserer Mandatsträger etwas finanzieller Spielraum gewonnen werden. Diesen werden wir aber insbesondere als Rücklage für die Wahlkampfkosten benötigen. Wir bedanken uns in jedem Fall bei allen, die diese Schritte solidarisch mitgetragen haben!

Als eine Konsequenz hat die LO angekündigt, dem Unterbezirk künftig nur noch eine halbe Personalstelle im Parteibüro zur Verfügung zu stellen. Dies wurde übergangsweise bereits in 2011 so praktiziert, stellte den Unterbezirk aber bisweilen vor große organisatorische Herausforderungen. Es wurde daher vereinbart, dass Unterbezirk und Landesorganisation eine Bestandsaufnahme der jeweiligen Zuständigkeiten verfassen (Aufgabenanalyse). Auf dieser Basis wird die Arbeit im Parteibüro neu zu organisieren sein. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang besonders bei Gerald Wagner, der trotz der reduzierten Arbeitszeit im Parteibüro immer Ansprechpartner war und die Ehrenamtlichen der Partei unterstützt hat. Ebenso bedanken wir uns bei den Beschäftigten der Landesorganisation, die hilfreich zur Seite gestanden haben. Ohne eine Unterstützung seitens des Parteibüros wäre eine ehrenamtliche Tätigkeit im UB schwer möglich.

Für den Vorstand
Angelo Caragiuli

Frank Schmitz

Bericht des Wahlkampfleiters

Rahmenbedingungen

Der Bürgerschafts- und Beiratswahlkampf 2011 stellte unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts eine besondere Herausforderung dar. Zum ersten Mal in der bremischen Wahlhistorie konnten die Wahlberechtigten bis zu 5 Stimmen vergeben und ihre Stimmen entweder für eine bestimmte Partei oder für eine/n einzelne/n KandidatIn abgeben oder auch auf mehrere Parteien oder Einzelpersonen verteilen. Eine weitere wichtige Neuerung war, dass erstmals auch die 16- bis 18jährigen für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zu den Beiräten der Stadtgemeinde Bremen wahlberechtigt waren.

Unter diesen veränderten Bedingungen galt es

- die Wählerinnen und Wähler allgemein über das neue Wahlrecht aufzuklären,
- insbesondere junge Menschen zur Stimmabgabe zu motivieren,
- einen schlagkräftigen zentralen Wahlkampf der SPD im Unterbezirksgebiet zu führen und gleichzeitig den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten angemessene Bedingungen für einen persönlichen Wahlkampf zu ermöglichen,
- Fairnessregeln zur Vermeidung eines ungleichen Konkurrenzkampfes unter den SPD-KandidatInnen zu formulieren und einen fairen Wahlkampf zu gewährleisten,
- die Ortsvereine organisatorisch, inhaltlich und finanziell zu unterstützen.

Listenaufstellung

Auch unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts wurden bei der Listenaufstellung die bisher geltenden statuarischen Kriterien – Quotierung und Beteiligung jüngerer Kandidatinnen und Kandidaten – eingehalten. Die so genannte „Zwölfender-Regelung“ war von der Mandatskommission ebenfalls zu berücksichtigen, jedoch nicht als absolutes Ausschlusskriterium. Grundsätzlich waren die Ortsvereine aufgerufen, die Ihnen besonders geeignet erscheinenden Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren. Grundsätzlich ist es dem Unterbezirk auf Vorschlag der Mandatskommission gelungen, eine Liste mit einer insgesamt ausgewogenen Struktur nach Alter, Geschlecht, Berufsgruppen, nationaler Herkunft usw. aufzustellen.

Ergebnis

Bei der Bürgerschaftswahl wurde die SPD landesweit 38,6 % und 1,9 Prozentpunkten Zugewinn als stärkste politische Kraft in Bremen bestätigt. Die CDU (20,4 %, - 5,2) wurde von den Grünen (22,5 %, + 6,0) als zweitstärkste Partei abgelöst. Gemeinsam mit den Grünen verfügt die SPD in der neu gewählten Bremischen Bürgerschaft – Stadtbürgerschaft und Landtag für Bremen und Bremerhaven– über eine Zweidrittelmehrheit der Mandate. Im Bremer Stadtgebiet – ohne den Bremer Norden – legte die SPD sogar leicht überdurchschnittlich zu: Die Wahl wurde in unserem Unterbezirk Bremen-Stadt gewonnen.

In diesem Ausmaß unerwartet war das Gewicht der Personenstimmen: Die SPD erhielt 250.297 Personenstimmen landesweit, davon 232.571 im Unterbezirk Bremen Stadt. Allein im Unterbezirksgebiet erhielt davon unser Bürgermeister Jens Böhrnsen 115.111 Stimmen. Die SPD war damit die einzige Partei, bei der mehr Bürgerschaftsmandate über Personen- als über Listenstimmen vergeben wurden. Von 30 Sitzen im Wahlbereich Bremen (UB Stadt und UB Nord) wurden nur 14 über die Liste vergeben und 16 über Persönlichkeitsstimmen. In der Folge wurde die von der Mandatskommission und unserem UB-Parteitag aufgestellte Liste erheblich verändert. Frauen sind in der neuen Fraktion leicht unterrepräsentiert, und es schafften unter anderem acht Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund den „Sprung“ in die Bremische Bürgerschaft.

Auch auf der *Beiratsebene* ist die SPD ebenfalls die dominierende Kraft. Die SPD wird in 13 von 22 Beiratsbereichen die stärkste Fraktion, in zwei Beiräten (Gröpelingen und Woltmershausen) mit absoluter Stimmen- und Sitzmehrheit. Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis in Woltmershausen, weil hier im Gegensatz zu 2007 die Grünen antraten, aus dem Stand 19,1 % erreichten und die SPD dennoch dieses großartige Ergebnis „einfahren“ konnte.

Wir haben in zahlreichen Beiräten prozentual und an Mandaten hinzugewonnen, besonders deutlich in Huchting und Osterholz. Die Kräfteverhältnisse zwischen den anderen Parteien sind deutlich verschoben. Die Grünen sind zweitstärkste Partei in der Bremischen Bürgerschaft und in jetzt 4 Beiratsbereichen stärkste Partei, die CDU noch wird nur noch in 5 Beiräten stärkste Kraft. In der Neustadt lösten die Grünen uns als stärkste Partei ab. Die FDP ist nur noch in 7 Beiräten vertreten. Die Bürger in Wut ziehen ebenfalls in 7 Beiräte ein. In 4 Beiräten ist künftig auch die Piratenpartei vertreten. Die NPD zog lediglich in die Beiräte Blumenthal und Gröpelingen ein.

In den Beiräten ist aber das Verhältnis von Listen- zu Personenstimmen nahezu umgekehrt, das heißt, die Mehrheit der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten zog über die Liste in die Beiräte ein. Ein wesentlicher Grund hierfür ist sicher darin zu sehen, dass es bei der Bürgerschaftswahl einen „Böhrnsen-Effekt“ gab, der auf der Beiratsebene weitgehend entfiel.

Hier eine Übersicht der aktuellen Mandatsverteilungen in den Beiräten:

Sitzverteilung in den Beiräten der Stadtgemeinde Bremen											
		Sitze	SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP	BIW	NPD	B+B	Piraten
1	Blockland	7	2	4			1				
2	Blumenthal	17	7	4	3	1		1	1		
3	Borgfeld	11	3	5	3						
4	Burlesum	17	6	4	4	1	1	1			
5	Findorff	15	5	3	5	1					1
6	Gröpelingen	17	9	3	2	2			1		
7	Hemelingen	19	8	4	5	1		1			
8	Horn-Lehe	15	4	4	4	1	1	1			
9	Huchting	17	8	4	2	1	1	1			
10	Mitte	13	4	2	5	1					1
11	Neustadt	19	6	3	7	2					1
12	Oberneuland	13	3	7	2		1				
13	Obervieland	17	7	4	4	1				1	
14	Östliche Vorstadt	17	4	2	8	2					1
15	Osterholz	19	9	5	3	2					
16	Schwachhausen	19	4	6	7	1	1				
17	Seehausen	7	3	4							
18	Strom	7	3	4							
19	Vahr	15	7	3	3	1		1			
20	Veegesack	17	7	4	3	1	1	1			
21	Walle	17	7	3	5	2					
22	Woltmershausen	13	7	3	2	1					

Wahlkampf

Ein wichtiges Standbein unseres Wahlkampfes war die *Aufklärung über das neue Wahlrecht*. Mit einer eigenen Aufklärungskampagne hat die SPD, zusätzlich zu den Informationen des Statistischen Landesamtes, in 8 Veranstaltungen gezielt ältere Menschen über das neue Wahlrecht informiert. An dieser Stelle ist unserem früheren Bürgermeister Henning Scherf, Innensenator Ulrich Mäurer und Bürgerschaftspräsident Christian Weber für ihre sehr informativen Darstellungen in diesen Veranstaltungen zu danken. Der AG 60 plus danken wir für die organisatorische Unterstützung.

Der UB-Vorstand führte eigene *zielgruppen- und themenorientierte Veranstaltungen* erfolgreich durch.

Fast 200 Interessierte besuchten eine Podiumsdiskussion mit Wolfgang Thierse zum Thema „Politik und Religion im Dialog“ im Kapitelsaal des Bremer Doms. Gemeinsam mit unserer damals noch der Bürgerschaft angehörigen Neumitglieds Dr. Iris Spieß, der BEK-Präsidentin Brigitte Böhme und dem Probst des Katholischen Gemeindeverbundes Bremen, Dr. Martin Schomaker, wurden aktuelle Fragen des Verhältnisses von Staat, Kirche und Politik diskutiert – von der Kirchenfinanzierung über Religionsunterricht bis hin zum Umgang mit den Missbrauchskandalen in kirchlichen Institutionen. Gemeinsam mit unserem ehemaligen Bürgermeister Hans Koschnick führte der UB-Vorstand und die Jusos des UB Stadt eine Veranstaltung gegen Rechtsextremismus unter dem Titel „Zwischen Sozialversprechen und

Schlägertrupps“ im Jugendzentrum Findorff durch, auch hierzu kamen in den vollbesetzten Saal rund 200 Besucherinnen und Besucher.

Zentral organisierte der Unterbezirk wieder zentrale Info-Stände in der Innenstadt. Hausbesuche mit Rosenverteilung wurden in bestimmten Schwerpunktgebieten durchgeführt. Hier ist kritisch anzumerken: Die im Persönlichkeitswahlkampf gebundenen Ressourcen zahlreicher Kandidatinnen und Kandidaten standen nicht mehr im früher gewohnten Maß für zentrale Aktivitäten zur Verfügung. Dennoch konnten die zentralen Aktivitäten erfolgreich durchgeführt werden.

Der Unterbezirk hat auch in diesem Wahlkampf sowohl einen intensiven zentralen Wahlkampf geführt als auch den *dezentralen Wahlkampf in den Ortsvereinen* organisatorisch und finanziell unterstützt, unter anderem wurden gefördert

- die Flyer für den Beiratswahlkampf,
- die Beirats-Listenplakate,
- die Rosen für die Verteilung bei Hausbesuchen und
- Veranstaltungen mit den beiden vom UB nominierten Seiteneinsteiger Klaus Möhle und Dieter Reinken.

Gemeinsam mit der SPD-Landesorganisation wurden 6 Veranstaltungen unter dem Titel „*Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen*“ flächendeckend im gesamten UB-Gebiet durchgeführt. Hier gelang es, die Positionen der SPD, insbesondere unsere Kernbotschaften für einen starken Wirtschaftsstandort Bremen, für Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt und für soziale Stabilität in den Stadt- und Ortsteilen deutlich zu machen. Es gelang erneut, über die *Hausbesuche* in Schwerpunktgebieten und Hochburgen viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, allerdings war es schwierig – ähnlich wie bei der Besetzung des zentralen Infostandes – Unterstützung aus anderen Ortsvereinen zu organisieren, weil in allen Ortsvereinen aufgrund des Persönlichkeitswahlkampfes für Bürgerschaft und Beiräte ein höherer Aufwand als in früheren Zeiten betrieben werden musste.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die SPD war im Unterbezirk Bremen-Stadt gut aufgestellt. Wir konnten sowohl einen profilierten und pointierten inhaltlichen Wahlkampf für die SPD als Ganzes führen und haben mit dem engagierten Persönlichkeitswahlkampf der meisten Kandidatinnen und Kandidaten sowohl im Bürgerschafts- als auch im Beiratswahlkampf viele Wählerinnen und Wähler erreicht, auch viele, die früher nicht SPD gewählt haben.

Als in dieser Kampagne verantwortlicher Wahlkampfleiter danke ich ausdrücklich allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Allen voran hat die Popularität und Integrität unseres Bürgermeisters Jens Böhrnsen unser Erscheinungsbild als DIE „Bremen-Partei“, als glaubwürdig und zuverlässig handelnde politische Kraft uns einen großen Vertrauensvorschuss in der Bevölkerung ermöglicht, dem wir uns würdig erweisen müssen.

Doch ohne den Einsatz aller haupt- und vor allem ehrenamtlichen Mitglieder bei all unseren Aktivitäten wäre dieser Erfolg kaum möglich gewesen. Im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 2013 und für alle künftigen Wahlkampagnen sind wir gefordert, diese Schlagkraft und Ausstrahlung zu erhalten und zu optimieren.

Frank Schmitz
Stellvertretender UB-Vorsitzender
Wahlkampfleiter

Aktivitäten des UB Stadt 2010 - 2012

2010

10. April 2010 Jahreshauptversammlung im Bürgerzentrum Neue Vahr
28. April 2010 Informationsveranstaltung zur bremischen Arbeitsmarktpolitik im Nachbarschaftshaus Helene Kaisen
29. April 2010 Informationsveranstaltung zur bremischen Arbeitsmarktpolitik im Bürgerzentrum Neue Vahr
30. April/1. Mai 2010 Maizelt auf den Weserwiesen am Osterdeich
19. Mai 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Schwachhausen“
im „Treffpunkt Arche“
1. Juni 2010 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Fraktionsbüro
Themen: Vorbereitung der Bürgerschafts- und Beiratswahlen 2011
Vorbereitung des Arbeitsparteitags am 19. Juni 2010
16. Juni 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Walle“
im Schulzentrum Helgolander Straße
19. Juni 2010 Unterbezirksparteitag im Bürgerzentrum Neue Vahr
Thema: „Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Bremen“
Gäste:
- Annette Düring, DGB-Vorsitzende Bremen-Elbe-Weser
 - Joachim Schuster, Staatsrat bei der Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Jugend und Soziales
 - Cornelius Neumann-Redin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen
 - Uwe Lange, Geschäftsführer BRAS e. V.
 - Ernst Schütte, Geschäftsführer WaBeQ
27. Mai 2010 Besuch der Ausstellung „Manieren“ im Focke-Museum
28. Mai 2010 Neumitglieder-Treffen im Parteibüro
9. August 2010 Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenz im Fraktionsbüro
Thema: „Vorbereitung der Listenaufstellung für die Bürgerschafts- und Beiratswahlen 2011“
11. August 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Obervieland“
im Bürgerhaus Obervieland
25. August 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Osterholz“
in der Gesamtschule Bremen-Ost
26. August 2010 Unterbezirksparteitag im Bürgerzentrum Neue Vahr
Thema: Wahl der Mandatskommission
5. September 2010 Stand und Aktionen zum „Autofreien Sonntag“ am Altenwall/Tiefer

9. September 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Borgfeld/Horn/Oberneuland“
im „Hotel Deutsche Eiche“
14. September 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in der Neustadt“
im KWADRAT
30. September 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Gröpelingen“
im Nachbarschaftshaus „Helene Kaisen“, Ohlenhof
26. Oktober 2010 Wahlkampf- und Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Fraktionsbüro
Themen: Wahlkampfplanung und Wahlkampffinanzierung
Finanzausgleich
1. November 2010 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz in der Arbeitnehmerkammer
Thema: Listenvorschlag der Mandatskommission für die
Bürgerschaftswahl 2011
4. November 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in der Vahr“ im BZ Neue Vahr
15. November 2010 Unterbezirksparteitag im BZ Neue Vahr
Thema: Nominierung der BürgerschaftskandidatInnen des UB Stadt
20. November 2010 Seminar „Finanzmärkte“ im Fraktionsbüro
1. Dezember 2010 „SPD im Stadtteildialog – Bildung in Hemelingen“
im Jugendhaus Hemelingen

2011

19. Januar 2011 Besuch der Ausstellung „Bremen 1945 bis 2010“ im Focke-Museum
3. Februar 2011 Wahlkampftreffen der Internetbeauftragten im UB Stadt, im SPD-
Fraktionsbüro, Raum „Anna Stiegler“
14. März 2011 Wahlkampf- und Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Fraktionsbüro
Thema: Stand der Wahlkampfplanung
29. März 2011 Diskussionsveranstaltung „Religion und Politik im Dialog“ im Domkapitelsaal
Gäste: Dr. Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages
Brigitte Boehme, Präsidentin der Bremischen Evangelischen Kirche,
Dr. Martin Schomaker, Propst der Katholischen Gemeinde Bremen. Dr.
Iris Spieß (SPD), Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
Moderation: Beate Hoffmann
4. April 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in Mahndorf, Bürgerhaus Mahndorf
7. April 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in Woltmershausen
im Kulturzentrum Pusdorf
8. April 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in der „Gemeinde des Guten Hirten“, in
Sebaldsbück

11. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Henning Scherf in der Neustadt, Pension Horn
12. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Ulrich Mäurer im Stadtteilhaus Huchting
13. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Christian Weber im „Ella-Ehlers-Haus“, Gröpelingen
15. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Christian Weber im Stiftungsdorf Rablinghausen
19. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Ulrich Mäurer im Haus „Schöne Flora“
23. April 2011 Osteraktionstag
27. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Ulrich Mäurer im „Haus im Viertel“
29. April 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Christian Weber im „Haus am Osterdeich“
30. April 2011 Maifest gegen Rechts zusammen mit dem DGB, der AfA und den Jusos auf dem Domshof
1. Mai 2011 Infostand des UB Stadt mit der AfA und den Jusos auf dem Domshof
3. Mai 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in Walle, Begegnungsstätte Haferkamp
7. Mai 2011 Infostand zum Tag der älteren Generation“ mit der AG 60 plus und dem Shanty-Chor Bremen-Mahndorf auf dem Dosmshof
9. Mai – 21. Mai 2011 Zentrale Infostände im Innenstadt Bereich
Standorte: Domshof, Haus der Bürgerschaft, Hillmannplatz, Pieperstraße/Obernstraße, Hanseatenhof
9. Mai 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in der Vahr, Bürgerzentrum Neue Vahr
10. Mai 2011 Wahlrechts-Information für SeniorInnen mit Henning Scherf in der Stiftungsresidenz Luisenthal in Horn
10. Mai 2011 Diskussionsveranstaltung des UB, der Jusos und der AG 60 plus „Zwischen Sozialversprechen und Schlägertrupps“ mit Hans Koschnick im Jugendzentrum Findorff
13. Mai 2011 Bürgerdialog mit Jens Böhrnsen in Schwachhausen, im Treffpunkt „Arche“
17. Mai 2011 Diskussion „Warum Rot statt Grün“ mit Klaus Möhle und Arno Gottschalk im Bürgerhaus Weserterrassen

20. Juni 2011 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz im Fraktionsbüro
Themen: Auswertung der Bürgerschafts- und Beiratswahlen 2011
BE: Jürgen Wayand, Landeswahlleiter und Leiter des Statistischen Landesamtes
Konsequenzen aus dem Bürgerschaftswahlkampf 2011
BE: Frank Schmitz
6. September 2011 Parteikonferenz zur Organisationsreform der SPD
im Jugendzentrum Findorff
18. September 2011 Teilnahme an der ADFC-Hochstraßentour
10. Oktober 2011 Fachgespräch „Bildungs- und Teilhabepaket“ / „Blaue Karte“
im SPD-Fraktionsbüro
25. September 2011 Teilnahme am „Lauf zur Venus“,
11. Solidaritätslauf zugunsten an Krebs erkrankter Menschen,
im Bremer Bürgerpark
7. Oktober 2011 Neumitglieder-Treffen, Bürgerhaus Weserterrassen
18. November 2011 Konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung,
Bau und Umwelt (gemeinsamer AK mit dem UB Nord) im Fraktionsbüro
21. November 2011 UB-Parteitag mit Bernd Bluhm im Konsul-Hackfeld-Haus
16. Januar 2012 Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenz im SPD-Fraktionsbüro
11. Februar 2012 Kohltour des UB Stadt zum Alten Campingplatz“

Kassenbericht für die Jahre 2010/ 2011

Der Vermögensstand des Unterbezirks betrug am 31.12.2010 Euro 11.672,37. In diesem Vermögensbestand sind die für den Bürgerschaftswahlkampf zweckgebundenen Mittel von 2.562,06 Euro enthalten, welche die Bürgerschaftsabgeordneten und SenatorInnen eingezahlt haben. Der Unterbezirk selbst hatte ein Vermögen von 9.110,31 Euro.

Am 31.12.2011 betrug der Vermögensstand des Unterbezirks 3.383,80 Euro.

Zum am 31.12.2010 betrug das Vermögen der Ortsvereine 109.446,95 Euro.

In diesen Berichtszeitraum 2010/2011 fiel der Bürgerschaftswahlkampf. Die Kosten des Bürgerschafts- und Beiratswahlkampfes betragen für den Unterbezirk rund 50.000 Euro.

Der Bürgerschafts- und Beiratswahlkampf 2011 fand unter den erheblich veränderten Bedingungen des neuen Wahlrechts statt, wonach erstmals Listen- und Persönlichkeitswahl verbunden waren. Dies zog einen erhöhten Aufwand an Wahlkampfmaterial und somit auch einen höheren finanziellen Aufwand als bei früheren Wahlen nach sich.

So war der UB-Vorstand gefordert, die Ortsvereine mit den Mehrkosten nicht allein zu lassen und subventionierte

- die Flyer für den Beiratswahlkampf,
- die Beirats-Listenplakate,
- die Rosen für die Verteilung bei Hausbesuchen und
- die von den Ortsvereinen durchgeführten Veranstaltungen mit den beiden vom UB nominierten Seiteneinsteiger Klaus Möhle und Dieter Reinken.

Außerdem finanzierte der Unterbezirk in sechs Bereichen des Stadtgebietes Bremen Wahlkampfveranstaltungen mit unserem Bürgermeister und Spitzenkandidaten Jens Böhrnsen.

Zur Mitgliederentwicklung findet ihr in diesem Jahresbericht die Übersicht der Ortsvereine mit den aktuellen Mitgliederzahlen. Der UB hat mit Stichtag vom 31.12.2010 einen Mitgliederstand von 3.162 Mitgliedern und am 31.12.2011 von 3.189 Mitgliedern. Dies bedeutet einen Mitgliederzuwachs von 27 Mitgliedern im Berichtszeitraum.

Dieses ist nach acht Jahren mein letzter Rechenschaftsbericht an Euch. Ich werde nicht wieder als Hauptkassiererin des UB Stadt kandidieren. Ich bedanke mich bei allen Hauptkassiererinnen und Hauptkassierern in den Ortsvereinen sehr herzlich für die geleistete Arbeit und für die gute Zusammenarbeit.

Susanne Kröhl
Hauptkassiererin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 1

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010


Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

1. Einnahmen:		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	41.531,67
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	5.121,52
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	5.021,52
	2220 Spendensammlungen	100,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,00
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk. + 50,00	1.364,00 1.314,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	4.802,00
2900	Sonstige Einnahmen - 50,00	0,00 50,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
Summe der Einnahmen		52.816,19
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	6.620,41 7.023,41
4110	Allgemeine Verwaltung x 403,-	6.620,41 7.023,41
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	0,00
4200	Allgemeine politische Arbeit + 1,00	21.947,56 21.946,56
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	2,80
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen x 1,- + 403,-	32.693,74 32.291,74
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
Summe der Ausgaben		61.264,51

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR


 Roland Paul, LGF, 20 Bremen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

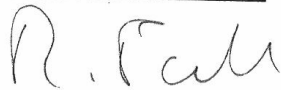
Seite 2

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

3. Vermögensrechnung		01.01.2010	31.12.2010
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	6.505,15	8.964,93
1022	Sparkasse Nr. 1142421	8.938,54	2.562,06
1023	Sparbuch Nr. 38671798	176,70	176,70
	Summe Bankkonten	15.620,39	11.703,69
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	Summe Beteiligungen an Unternehmen		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	Summe Sonstige Finanzanlagen		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	4.500,00	0,00
	Summe Forderungen an Gliederungen	4.500,00	0,00
1420	Sonstige Forderungen	0,30	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Forderungen	0,30	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	31,32
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	31,32
1700	Rückstellungen		
	Summe Rückstellungen		
	Vermögensbestände insgesamt	20.120,69	11.672,37
Abstimmung			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:	20.120,69	
	+ Einnahmen:	52.816,19	
	Zwischensumme:	72.936,88	
	- Ausgaben:	61.264,51	
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	11.672,37	
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR


 Roland Pahl, LGF, ZO Bremen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 3

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2010 betragen 11.672,37 Euro.

Ort, Datum: BREMEN, 17.06.2011

Unterschriften

Kassierer/in:

[Handwritten signature]

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen

[Handwritten signature]

Vorsitzende/r:

und

Revisoren

* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

[Handwritten signature]
Roland Pecht, LGF, ZO Bremen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 1

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

1. Einnahmen:		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	46.558,51
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	451,10
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	451,10
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	1,65
2600	Einn. a. Verantst. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	0,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	25.123,44
2900	Sonstige Einnahmen	70,46
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	Summe der Einnahmen	72.205,16
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	5.006,10
4110	Allgemeine Verwaltung	5.006,10
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	0,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	6.062,09
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	42.683,14
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	993,15
4700	Zuschüsse an Gliederungen	25.749,25
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	Summe der Ausgaben	80.493,73

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 2

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

3. Vermögensrechnung		01.01.2011	31.12.2011
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	8.964,93	-6.093,00
1022	Sparkasse Nr. 1142421	2.562,06	0,00
1023	Sparbuch Nr. 38671798	176,70	178,12
	Summe Bankkonten	11.703,69	-5.914,88
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	Summe Beteiligungen an Unternehmen		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	Summe Sonstige Finanzanlagen		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	9.330,00
	Summe Forderungen an Gliederungen	0,00	9.330,00
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten	-31,32	31,32
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Verbindlichkeiten	-31,32	31,32
1700	Rückstellungen		
	Summe Rückstellungen		
	Vermögensbestände insgesamt	11.672,37	3.383,80
Abstimmung			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:	11.672,37	
	+ Einnahmen:	72.205,16	
	Zwischensumme:	83.877,53	
	- Ausgaben:	80.493,73	
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	3.383,80	
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2011 betragen 3.383,80 Euro.

Ort, Datum: BREMEN, 9. Februar 2012

Unterschriften

Kassierer/in:

Vorsitzende/r:

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen

und

Revisoren

* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Mitgliederentwicklung 2010/2011 (Stichtag: 31.12.2011)

Ortsverein	Mitglieder 2011	Mitglieder 2010	Differenz
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	3.189	3.162	27
SPD-OV Bremen-Altstadt	112	114	- 2
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	68	70	- 2
SPD-OV Bremen-Borgfeld	57	53	4
SPD-OV Bremen-Buntentor	130	133	- 3
SPD-OV Bremen-Findorff	213	210	3
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	48	50	- 2
SPD-OV Bremen-Grolland	45	44	1
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	122	115	7
SPD-OV Bremen-Habenhausen/Arsten	140	138	2
SPD-OV Bremen-Hastedt	66	69	- 3
SPD-OV Bremen-Hemelingen	44	43	1
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	115	102	13
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	100	97	3
SPD-OV Bremen-Huchting	166	168	- 2
SPD-OV Bremen-Huckelriede	46	43	3
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	84	83	1
SPD-OV Bremen-Mitte	84	84	0
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	115	120	-5
SPD-OV Bremen-Neustadt	126	118	8
SPD-OV Bremen-Oberneuland	95	95	0
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	53	53	0
SPD-OV Bremen-Osterholz	173	176	- 3
SPD-OV Peterswerder/Steintor	260	256	4
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	124	124	0
SPD-OV Bremen-Schwachhausen Süd/Ost	136	136	0
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	150	158	-8
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	51	54	- 3
SPD-OV Bremen-Seehausen	13	13	0
SPD-OV Bremen-Strom	21	19	2
SPD-OV Bremen-Walle	139	134	5
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	92	89	3

Einzelberichte der Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Hintergrund

Die Koalitionsvereinbarung hat eine Vielzahl von Projekten und Aufgaben einer ganzheitlichen Stadtentwicklungspolitik aufgezeigt. Die großen Projekte der Verkehrsinfrastruktur, die ressortübergreifenden Aufgaben im Bremer Westen – hin zu einer Entwicklungsagentur -, die Entwicklungen im neuen Hulsberg-Quartier und der Überseestadt, die Perspektive der Bremer Innenstadt, sowie die stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen in Bremen-Nord mit dem Schlüsselprojekt Bremer Wollkämmerei, sind Themen, bei denen die Entwicklung sozialdemokratischer Politik gefordert ist. Weitere Themen sind u. a. die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms und die Zukunft des Programms „Soziale Stadt“. Auf diesen und weiteren Themenfeldern müssen wir für das gesamte Bremer Stadtgebiet, inklusive Bremen-Nord, Linien sozialdemokratischer Politik diskutieren und entwickeln.

Es findet insbesondere durch die sozialdemokratischen Beiratsfraktionen und der SPD-Mitglieder in der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, eine umfassende Positionierung sozialdemokratischer Politik statt. Der neue Arbeitskreis gibt allen Mitgliedern ein Forum, sich aktiv an der Diskussion und Erarbeitung einer sozial ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik zu beteiligen.

Aktivitäten

Vor diesem Hintergrund luden der stellvertretende Vorsitzende des UB Bremen-Stadt, Frank Schmitz, und der Vorsitzende des UB Bremen-Nord, Reiner Holsten, zur Gründung eines gemeinsamen Arbeitskreises Stadtentwicklung, Bau und Umwelt ein. An der konstituierenden Sitzung am 18. November 2011 nahmen über 40 Genossinnen und Genossen aus beiden Unterbezirken teil.

In der zweiten Sitzung des Arbeitskreises referierte Senatsbaudirektor Franz-Josef Höing zu Perspektiven der Stadtentwicklung und zum Stand der Umsetzung des Koalitionsvertrages und stellte sich der Diskussion den wiederum etwa 40 anwesenden Genossinnen und Genossen.

Zum Thema Lärmschutz an Bahnstrecken, das viele Bremer Stadtteile betrifft, bildete sich innerhalb des Arbeitskreises eine Arbeitsgruppe. Hier sollen sowohl inhaltliche Grundsatzpositionen zum Lärmschutz formuliert als auch praktische Hilfen für die sozialdemokratische Politik vor Ort in den Beiräten und in den Bürgerinitiativen geleistet werden.

Ausblick

Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr sind zentrale Politikfelder für die Zukunft der Stadtgemeinde Bremen. Hier gilt es, die Partei inhaltlich und personell gut aufzustellen. Schwerpunkte der Arbeit des AK Stadtentwicklung Bau und Umwelt werden unter anderem sein

- Entwicklung einer aktiven Wohnungsbaupolitik, mit dem Ziel, dem realen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden
- Diese Ausrichtung einer sozialdemokratischen Wohnungsbaupolitik ist ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Strategie, für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft einzutreten.
- Die Zukunft der Städtebauförderung im Bremer Stadtgebiet
- Konsequenzen und Anforderungen auf der Basis der Evaluierung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“
- Formen effektiver Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklungs- und Infrastrukturplanung

- Formulierung und Vertretung bremischer Positionen bei der Neukonzeptionierung des Bundesverkehrswege-Plans und vieles mehr.

Die große Resonanz in den ersten Treffen und ein aktueller Verteiler von mehr als 100 Interessierten belegen, wie groß der Bedarf und das Interesse an Stadtentwicklungspolitik innerhalb der Partei ist. Viele Genossinnen und Genossen verfügen aus ihrer täglichen beruflichen und ehrenamtlichen Arbeit über Fachwissen und „Know How“, das wir für unsere konzeptionelle Arbeit brauchen.

Frank Schmitz, Jürgen Pohlmann

Arbeitskreis Soziales

Der Arbeitskreis Soziales wurde im UB-Vorstand von Brigitte Grziwa Pohlmann koordiniert. In der Vorbereitungsgruppe dieses Arbeitskreises arbeiteten mit das UB-Vorstandsmitglied Jens Oppermann, die damalige sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Karin Garling und der frühere Personalrat bei KiTa Bremen Rainer Müller, der sich engagiert in die Vorbereitung und Durchführung unserer Aktivitäten einbrachte.

Schwerpunkt unserer Arbeit war die Bearbeitung aktueller sozialpolitischer Themen und Entwicklungen, insbesondere bezogen auf die Auswirkungen schwarz-gelber Sparpolitik im Bund auf die die Arbeitsbedingungen von Trägern, Einrichtungen und Verwaltung in Bremen. Das besondere Augenmerk galt der Kinderbetreuung, Jugendarbeit und der Lage von Sozialbenachteiligten, insbesondere Empfängerinnen und Empfänger sozialer Transferleistungen.

Der Arbeitskreis suchte hierzu den Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Beschäftigungsträgern, Schulen, Vereinen, Verbänden und den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Aus diesen Fachgesprächen und Veranstaltungen haben wir Anträge entwickelt, die auf den Unterbezirksparteitagen der vergangenen zwei Jahre verabschiedet und in die Politikentwicklung der SPD auf der Landes- und Bundesebene eingebracht wurden.

- So führten wir eine Fachveranstaltung zur Umsetzung des Cito-Sprachtests mit Vertreterinnen der Behörde, Schulen und Elternvertretungen durch.
- Wir wirkten an der Ausarbeitung eines Antrags gegen Kürzungen beim Elterngeld und beim Arbeitslosengeld II mit, der auf einem UB-Parteitag im August 2010 verabschiedet wurde. Trotz dieses Protestes an der Seite von Gewerkschaften sowie Sozial- und Elternverbänden setzte die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Kürzung dennoch im Wesentlichen um: Kürzung von 67% auf 65% des letzten Nettoerwerbseinkommens, Streichung für Hartz-IV-Empfänger. Für letztere wurde auf Grund des Druckes eine Ausnahme eingeführt: wenn sie vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, erhalten sie einen Freibetrag.
- Auf dem gleichen Parteitag wurde ein Antrag gegen Kürzungen beim Wohngeld und gegen die Streichung des Heizkostenzuschusses beschlossen. Damit beteiligte sich Bremen am öffentlichen Druck, der im Ergebnis dazu führte, dass immerhin die Kürzung des Wohngelds zurückgenommen wurde. Die Streichung des Heizkostenzuschusses konnte nicht verhindert werden.
- Im engen Kontakt mit der Verdi-Betriebsgruppe entwickelten wir einen Antrag zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Darin forderten wir den Ausbau der U 3-Betreuung. *Die Erweiterung der Krippen von 8 auf 10 Kindern konnte leider nicht verhindert werden.*

- Wir forderten den Erhalt der Gruppenstärke von 20 Kindern mit dem dazu gehörigen Betreuungsschlüssel für 3-6jährige - sowie die zügige Schaffung neuer Raumkapazitäten – inklusive der kurzfristigen Bereitstellung der dafür zusätzlich erforderlichen Investitionsmittel kurzfristig bereitgestellt werden.
- Ein Thema, das gerade in Bremen für viel „Zündstoff“ sorgte, war die **Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes**. Ausgehend von einem sehr gut besuchten Fachgespräch mit allen beteiligten Institutionen, setzten wir uns für eine eher unbürokratische Handhabung der in Bremen eingesetzten „Blauen Karte“ ein. Unser Ziel als SPD war und ist es, die anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen unserer Stadt in den Mittelpunkt zu stellen und alle Verfahren in ihrem Interesse zu vereinfachen und zu flexibilisieren. Vor diesem Hintergrund forderten wir in einem Antrag vom November 2011 den Bremer Senat auf sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Bildungs- und Teilhabepaket stärker an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern orientiert wird. Neben weiteren Forderungen soll auch der erfolgreiche Antrag auf Transferleistungen automatisch zur Ausstellung der „Blauen Karte“ führen. Wir erwarten, dass alle Leistungsberechtigten in Bremen und Bremerhaven jegliche Unterstützung erhalten, um die Ihnen zustehenden Leistungen möglichst unbürokratisch abrufen zu können. In dieser Frage stehen wir mit allen beteiligten Ebenen in einem kontinuierlichen Dialog und fordern konsequent weitere Verbesserungen ein.
- Ein besonderer Angriff auf den sozialen Frieden waren die Kürzungspläne – und inzwischen tatsächlich weitgehend umgesetzte Kürzungen - **im Bereich der Arbeitsmarktförderung**. Auch hierzu stellten wir einen Antrag, der einstimmig auf dem UB-Parteitag im November 2011 beschlossen wurde. Diesen und die zuvor genannten Anträge und die bisher daraus entstandenen Ergebnisse sind auch im Beschlussbericht enthalten und nachzulesen.
- Dazu kamen weitere Gesprächsrunden mit den zuständigen Staatsräten und Behörden-Spitzen zur Verbesserung der Erzieher/innen-Ausbildung und gegen den Abbau von Plätzen der Ganztagsbetreuung.
- Weiterhin pflegten wir kontinuierlich den Kontakt zu Elternvertretungen, Vereinen, Verbänden und Behörden.

Mit dieser Arbeit haben wir konsequent auf der Basis der früheren und der aktuellen rot-grünen Koalitionsvereinbarung in Bremen sozialdemokratische Inhalte in praktische Politik umgesetzt. Unser Leitmotiv bei all unserer Arbeit: Chancengleichheit, Abbau sozialer Ungerechtigkeit und Perspektiven für alle, besonders für von Armut betroffenen kleinen und großen Menschen!

Brigitte Grziwa-Pohlmann

Arbeitskreis Arbeit und Wirtschaft

Der Arbeitskreis beschäftigte sich zunächst im April 2010 mit den Anforderungen an eine Bremische Arbeitsmarktpolitik sowie die Situation bei den Bremischen Beschäftigungsträgern. Zur Vorbereitung eines Antrages wurden gemeinsam mit dem Unterbezirk und dem AK Bildung zwei regionale Veranstaltungen durchgeführt. Die Diskussionsrunden unter Beteiligung eines regionalen Arbeitsmarktträgers sowie des Staatsrates Joachim Schuster fanden am 28.4. bzw. 29.4. im Ohlenhof bzw. dem Bürgerzentrum Neue Vahr statt. Auf Basis dieser Debatten beschäftigte sich der Arbeitskreis auf einer Sitzung mit dem Entwurf eines Antrages, der auf dem UB-Parteitag im Juni 2010 eingebracht und verabschiedet wurde. Auf diesem Parteitag hatten verschiedene Arbeitsmarktträger die Möglichkeit, sich zu präsentieren. Außerdem waren Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaft als Gäste eingeladen.

Eine nächste Sitzung fand am 10.8.2010 statt. Es wurde vereinbart, als nächsten Schwerpunkt, das Thema „Gewerbeflächenpolitik in Bremen“ aufzugreifen. Exemplarisch war eine Veranstaltung zur Überseestadt angedacht, die jedoch nicht realisiert wurde. Die Mitglieder des Arbeitskreises verzichteten für den Zeitraum der Erstellung des Bürgerschaftswahlprogramms darauf, Sitzungen durchzuführen. Stattdessen brachten sich die Mitglieder in den LO-Arbeitskreis zur Erstellung des Bürgerschaftswahlprogramms ein und beteiligten sich am Wahlkampf.

Im Oktober 2011 nahm der AK seine Arbeit wieder auf. Es wurden erste Schwerpunkte für weitere Verfahren diskutiert. Die Themen „Gewerbeflächen“ sowie „Rahmenbedingungen für die Schaffung guter Arbeit“ werden aufgegriffen. Hierzu soll es jedoch zuvor zu einer thematischen Abstimmung mit den anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen kommen.

Angelo Caragiuli

Arbeitskreis Christinnen und Christen

Auf Bundesebene gibt es die „Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) als offiziellen Arbeitskreis seit Januar 2008. Der AKC ist ein Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich neben anderen Überzeugungen auch aus ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. Der AKC will christliche Werte und Motive für sozialdemokratische Politik fruchtbar machen und sucht den Dialog mit Kirchen, kirchlichen Verbänden und anderen Institutionen.

Ein „Sondierungstreffen“ für den Bedarf für einen solchen Arbeitskreis fand auf Initiative von Frank Adam, Christian Wietfeldt und Gerald Wagner am 18. Februar 2010 im SPD-Fraktionsbüro statt. Danach fanden in unregelmäßigen Abständen 11 Arbeitskreistreffen statt, dazwischen traf sich der SprecherInnenkreis zur Vorbereitung unter anderem in der Katholischen Seemannsmission. Die Arbeitskreistreffen nutzten wir zu Informationsbesuchen in kirchlichen Einrichtungen wie z. B. im Katholischen Bildungswerk, im Evangelischen Bildungswerk „Forum Kirche“, im Evangelischen Informationszentrum „Kapitel 8“. Einmal tagte der AKC unter Organisation von Dr. Iris Spiess im Fraunhofer Institut.

Inhaltliche Schwerpunkte waren

- das grundsätzliche Verhältnis von Staat, Politik und Kirche
- christliche Aspekte im SPD-Wahlprogramm, speziell: Religionsunterricht; hier brachten wir über die Online-Diskussion eine Änderung ein.
- Eine konstruktive Diskussion mit Horst Isola über seine Arbeit mit dem Gesprächskreis der LaizistInnen in der SPD
- der Dialog mit nicht-christlichen Religionsgemeinschaften, u. a. mit Halime Cengiz zur Situation islamischer Gemeinden in Bremen
- Eine sehr gut besuchte öffentliche Podiumsdiskussion im Wahlkampf mit Dr. Wolfgang Thierse, Dr. Iris Spiess, BEK-Präsidentin Brigitte Böhme und Dr. Martin Schomaker, Propst des Katholischen Gemeindeverbundes.

Hier eine Übersicht der durchgeführten Veranstaltungen und besuchten Einrichtungen:

18. Februar 2010	Sondierungstreffen (Ort: SPD-Fraktionsbüro)
6. Mai 2010	Gründungstreffen mit Grundsatzdiskussion „Verhältnis zwischen Politik und Kirche“ und Wahl des SprecherInnen-Kreises; Ort: SPD-Fraktionsbüro)
10. Juni 2010	Einfluss des Christentums auf die Bremer Politik mit Dr. Helmut Hafner Ort: Katholisches Bildungswerk

17. August 2010	Grundlagen und Umsetzung des Biblischen Geschichtsunterrichts in Bremen mit Dr. Jörg Schilling (LIS); Ort: SPD-Fraktionsbüro
16. Sept. 2010	Fortsetzung der Diskussion über den Biblischen Geschichtsunterricht mit Dr. Manfred Spiess (Universität Bremen) und „Biblischer Geschichtsunterricht unter Rot-Grün mit Klaus Möhle; Ort: SPD-Fraktionsbüro
14. Oktober 2010	AK-Sitzung im Evangelischen Informationszentrum „Kapitel 8“ mit Diskussion über einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Religionsunterrichts für das SPD-Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2011
18. November 2010	Diskussion zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat mit Horst Isola und Pastor Volker Keller (Islambeauftragter der BEK); Ort: Forum Kirche
25. Januar 2011	AK-Sitzung mit Diskussion zum SPD-Wahlprogramm und Wahlkampfplanung; Ort: SPD-Fraktionsbüro
24. Februar 2011	AK-Sitzung mit Vorstellung von Frau Dr. Iris Spieß als neuer Genossin und neuem Mitglied im AKC und Diskussion zur Situation islamischer Gemeinden in Bremen mit Halime Cengiz
29. März 2011	„Religion und Politik im Dialog“; Öffentliche Podiumsdiskussion mit Dr. Wolfgang Thierse, Propst Dr. Martin Schomaker, BEK-Präsidentin Brigitte Böhme, Dr. Iris Spiess
25. Juli 2011	Besuch des Fraunhofer Instituts, Rundgang mit Dr. Iris Spieß
31. Oktober 2011	AK am Reformationstag, Thema: „Reformation heute“ mit Lürssen-Betriebsrat und Prädikant Holger Bischoff und Dr. Helmut Hafner; Ort: Forum Kirche
8. Dezember 2011	Besuch der „Adventwoche“ in der Evangelischen Wilhadi-Gemeinde

Darüber hinaus waren die Mitglieder unseres Arbeitskreises mit unserem Informationsmaterial im Wahlkampf am zentralen Info-Stand präsent, besuchten den Stand unseres Bundes-AK auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden und nahmen an der Jahrestagung des Bundes-AKC in Berlin teil.

Gerald Wagner, Christian Wietfeldt

Arbeitskreis Energie

Der Arbeitskreis Energie im UB trifft sich seit Gründung im Jahre 2009 regelmäßig. Die Debatte um den Atomausstieg hat deutlich gezeigt: wir müssen diese Themen breit in unserer Partei verankern und in allen Gliederungen diskutieren.

Energiepolitik bedeutet gesellschaftliche Teilhabe, Wirtschaftspolitik und Arbeitspolitik der Zugang zu Informationen und das Wissen um die Zusammenhänge zwischen Energie, Wohlstand und Macht sind wichtig.

Mit dem Thema Energiepolitik besetzen wir folglich auch die traditionellen Werte der SPD. Energiepolitik ist eine Querschnittsaufgabe und durchdringt alle Lebensbereiche.

Im Jahr 2010 und 2011 fanden folgende Treffen und Termine Artikel des AK Energie statt:

- April 2010: Artikel über Kleinwindkraftanlagen
- April 2010: Bürohaus an der Schwachhauser Heerstraße verbindet Ökonomie und Ökologie, Besuch eines Niedrigstenergiehauses in Bremen
- April 2010: Eine Kettenreaktion lässt sich kaum stoppen – Ein Besuchsbericht der Anti- AKW - Bewegungen
- Mai 2010: Artikel: Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien gestoppt

- Mai 2010: Artikel: Smart Meter – Was ist das? Wem nützt das?
- Juni 2010: Artikel und Antrag für den Unterbezirksparteitag: Schwefelarmes Heizöl als Brennstoff
- August 2010: Arbeitskreis Energie Unterwegs: Zu Besuch bei einer Manufaktur für Kleinwindkraftanlagen
- August 2010: Artikel über: Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze
- September 2010: Arbeitskreis Energie beteiligt sich an Anti-AKW-Demo
- Oktober 2010: Artikel „Umlage für Strom aus erneuerbaren Energien steigt“
- November 2010: Arbeitskreis Energie und OV Schwachhausen Süd/Ost besuchen das Kernkraftwerk Krümmel
- Februar 2011: E-Mobilität in Bremen; Veranstaltung in gemeinsam mit der AGS
- März 2011: Unterschriftensammlung für den Atomausstieg
- April 2011: Artikel zum Atomausstieg: Erfreulich schnell angepasst
- April 2011: AK Energie im Gespräch mit Energiegenossenschaft
- Mai 2011: Soziale Bedeutung der Energiewende nicht vergessen: Diskussion mit Matthias Groote, MdEP zum Thema Energie in Bremen- Schwachhausen
- Juli 2011: Artikel: Energiewende: Die nächsten Aufgaben
- August 2011: Vorbereitung des Antrages Förderung der Elektromobilität, der inzwischen auf dem UB-Parteitag am 21. November 2011 beschlossen wurde
- September 2011: Antrag für den Beirat Schwachhausen: Umbenennung des Fachausschusses Bau- Stadtentwicklung und Umwelt
- Oktober 2011: Beirat Schwachhausen: Fachausschuss auf Antrag der SPD- Fraktion umbenannt
- Oktober 2011: Besuch im Zentrum für Elektromobilität in Bremen (Fraunhofer- Institut)
- November 2011: UB-Beschluss zur Förderung der Elektromobilität
-

Wie bei allen Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk gilt: Eine Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich, mitmachen und mitreden können alle. Wer eingeladen werden möchte, wendet sich bitte an das UB-Büro oder per E-Mail pastoor@spd-schwachhausen.de.

Stefan Pastoor, www.arbeitskreis-energie.net

Arbeitskreis Europapolitik

Nachdem 2009 ein engagierter Europawahlkampf in Bremen geführt wurde, der leider aufgrund des schlechten Listenplatz, nicht dazu führte, dass Karin Jöns weiter für das Land Bremen ein Mandat im Europaparlament erhalten hatte und damit auch das Engagement für Europa dadurch fehlte, versuchte der Unterbezirk Bremen einen Arbeitskreis zur Europapolitik Mitte 2010 zu gründen.

Es gab verschiedene Treffen im Europapunkt um aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren. Es stellte sich sehr schnell heraus, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch aktiv im Landesarbeitskreis "Auswärtiger Ausschuss" sind und an den Veranstaltungen der Fraktion "Bremen in der Welt" aktiv teilnehmen. Deshalb wurde nach einigen Monaten entschieden, die europapolitischen Themen in den anderen Veranstaltungsformaten aufzunehmen, um keine Doppelstrukturen zu schaffen.

Ulrike Hiller

Arbeitskreis Netzpolitik

Der Arbeitskreis Netzpolitik des UB hat sich in 2011 mehrfach getroffen und Gespräche mit Gästen organisiert:

- Strategie der Europäischen Kommission „Digitale Entwicklung“, mit Matthias Groote, MdEP
- „Der Bundestrojaner, Einsatz auch in Bremen?“, mit einem Vertreter des Senators für Inneres
- „Entwicklungen im Datenschutz“, mit Imke Sommer, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Weiter beschäftigte sich der AK mit aktuellen Themen, z.B. Facebook und anderen sozialen Netzwerken, Google Maps, Videoüberwachung. Ein Dauerbrenner ist das Thema Vorratsdatenspeicherung, hier gibt es einen deutlichen Konflikt zur Haltung der SPD im Bund. Mit der Aufstellung des Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl hat sich der AK mit der Ablehnung der anlasslosen Überwachung der Bevölkerung eindeutig positioniert – gegen die vorherrschende Meinung der SPD im Bund.

Die AK-Mitglieder wurden per E-Mail eingeladen und über aktuelle politische Debatten auf dem Laufenden gehalten.

Zur Unterstützung der Ortsvereine wurden vor dem Wahlkampf 2011 die Internetbeauftragten der Ortsvereine eingeladen.

In 2012 werden wir weiterhin aktuelle Themen begleiten, so z. B. die anstehende Überarbeitung des „Bremisches Datenschutzgesetzes“ und die OpenGovernment-Strategie des Senats.

Rainer Hamann, Klaus Dieter Wenger, Steffi Dehne, Jan Sörnsen, Maurice Mäschtig

Arbeitskreis Interkulturelle Zusammenarbeit

Seit etwa drei Jahren gibt es im Unterbezirk Bremen-Stadt den Sozialdemokratischen Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAiZ). Hier haben sich in dieser Zeit zahlreiche Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichstem internationalem Hintergrund sowie Mitglieder, die im Internat-Bereich aktiv sind, engagiert.

Unter anderem befasste sich unser Arbeitskreis mit folgenden Themen:

- Allgemeine Beschäftigungssituation und Diskriminierungsprobleme am Arbeitsplatz, in Ämtern und an Schulen
- Informationen zum neuen Wahlrecht für die Bürgerschafts- und Beiratswahlen am 22. Mai 2011
- Aktuelle Probleme in der Region West-Sahara und weitere Entwicklung der Kontakte zu Organisationen in der Region
- Anerkennung von Berufsabschlüssen in Deutschland
- Probleme des Familiennachzugs

Nach den Organisationswahlen wollen wir vor allem dafür werben, dass noch mehr Mitglieder sich aktiv in unsere Arbeit einbringen.

Frank Schmitz

Arbeitskreis Innerparteiliche Bildungsarbeit

Anfang der auslaufenden Wahlperiode haben sich die Ortsvereine am ‚Tag der Ortsvereine‘ darauf verständigt, die Innerparteiliche Bildungsarbeit wieder zu beleben. Ausgangspunkt dabei war, dass nicht die vom UB zu veranstaltenden Einzelmaßnahmen im Vordergrund stehen, sondern Veranstaltungen der Ortsvereine für alle UB-Mitglieder geöffnet werden sollten. Dementsprechend hat der UB die Bildungsobleute-Konferenz erneut ins Leben gerufen. Sie hat in den zwei Jahren acht Mal getagt.

Ihre Aufgaben waren,

- Themen zu sammeln, für die Mitglieder einen Aufklärungsbedarf sehen
- Ortsvereine zu finden, die bereit waren, diese Themen in Schulungsveranstaltungen zu bearbeiten
- derartige Veranstaltungen den Ortsvereinen und ihren Mitgliedern bekannt zu machen.

Die Aktivitäten der Wahlperiode 2010/2011 sind in zwei Phasen zu unterscheiden: in das ‚normale‘ Jahr 2010 und in das Wahljahr 2011. Wie zu erwarten hat das Wahljahr auch die innerparteiliche Bildungsarbeit deutlich eingeschränkt. An der Bildungsobleute-Konferenz beteiligten sich in 2010 kontinuierlich 6 bis 8 Genossinnen und Genossen aus fünf Ortsvereinen. Wahlkampf und Sommerpause haben sowohl die Bildungsaktivitäten der Ortsvereine als auch die Teilnahme an der Bildungsobleute-Konferenz praktisch zum Erliegen gebracht. Die in Veranstaltungen bearbeiteten Themen konzentrierten sich auf die örtliche politische Arbeit, insbesondere die Beiratsarbeit, auf das neue Wahlrecht und auf Wirtschaftsfragen. Die Beteiligung an den Veranstaltungen war – gemessen an der Zahl der teilnehmenden Genossinnen und Genossen - durchgängig sehr erfreulich. Für die ersten beiden Themen – Beiratsarbeit und neues Wahlrecht - war die Mobilisierung durch die Ortsvereine erfolgreich.

Die Beteiligung zu den Wirtschaftsthemen lag bei vier der fünf Veranstaltungen zwischen 25 und 30 Genossinnen und Genossen. Offensichtlich ist der Informationsbedarf bei diesen Themen einigermaßen hoch. Interessant dabei ist, dass weit überwiegend Genossinnen und Genossen diese Termine wahrgenommen haben, die nicht als Funktionäre im Vordergrund der politischen Aktivitäten des UB stehen. Daraus lassen sich zumindest zwei Schlüsse ziehen: Wirtschaftsthemen stoßen bei vielen von uns auf deutlichen Informationsbedarf. Und: Der Informationsgrad bei den Funktionsträgern unserer Partei im UB Bremen-Stadt ist zum Thema Wirtschaft so hoch, dass er keiner Erweiterung oder Vertiefung bedarf. Das ist doch beruhigend.

Gerd Markus

Arbeitskreis Mentoringprogramm 2010 für die Beiräte

1. Vorbereitung

Im Dezember 2009 gründete sich der Arbeitskreis Mentoringprogramm für die Stadtteilpolitik/Beiratsarbeit im Unterbezirk Bremen-Stadt. Im UB-Vorstand waren verantwortlich für den Arbeitskreis Sabine Metschies, Jens Oppermann und Ulrike Hiller.

Der Arbeitskreis hatte die Aufgabe ein Mentoringprogramm für die Beiräte auf Stadtteilebene zu entwickeln, zu begleiten und auszuwerten. Ziel des Programms war es, Bürgerinnen und Bürger für die aktive Mitgestaltung von Stadtteilpolitik zu gewinnen. Dazu sollte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Mentees) mit dem Mentoringprogramm die Gelegenheit gegeben werden, sich einen umfassenden Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenbereiche von Stadtteilpolitik zu verschaffen.

Mitmachen konnten alle Interessierten, unabhängig von ihrem Alter und ihrem Geschlecht. Das Programm wandte sich ausdrücklich auch an Personen, die nicht in einer Partei sind – die Mitgliedschaft in der SPD war somit nicht Voraussetzung. Die Teilnahme war kostenlos.

2. Verlauf

Unter dem Motto „Mach mit im Stadtteil“ wurde das Mentoringprogramm wie geplant von Mitte April bis Mitte Juni 2010 durchgeführt. Bis zum 15. März 2010 konnten sich an Stadtteilpolitik interessierte Bürgerinnen und Bürger für das Programm anmelden. Insgesamt meldeten sich fast 100 Bürgerinnen und Bürger an. Mehr als 50 Mentees haben dann kontinuierlich bis zum Schluss an den Veranstaltungen teilgenommen. Die Bereitschaft der Beiräte, sich als MentorInnen zur Verfügung stellen, war von Anfang an sehr hoch. Alle Beiratsbereiche hatten auch MentorInnen gestellt. Im Verlauf des Programms konnten die Mentees den BeiratspolitikerInnen bei ihrer Arbeit „über die Schulter schauen“, sie bei Terminen begleiten, Fragen stellen und auch tiefere Informationen über den Stadtteil erhalten. Der AK Mentoring hatte zusätzlich ein Veranstaltungsprogramm organisiert. Nach einer Auftaktveranstaltung am Sonntag, 18. April 2010 im SPD-Fraktionsbüro fanden drei Impulsveranstaltungen statt:

- Samstag, 24. April 2010
Die Aufgaben und Stellung der Beiräte
- Sonntag, 9. Mai 2010
Wie funktioniert Stadtteilpolitik mit der Verwaltung?
- Samstag, 5. Juni 2010
Wie funktioniert Beteiligung und Vernetzung im Stadtteil?

Am 12. Mai 2010 besuchten die Mentees gemeinsam mit den Mentorinnen und Mentoren den Parlamentsausschuss für Beiräte und Bürgerbeteiligung der Bremischen Bürgerschaft. Es fand auch ein Gespräch mit dem zuständigen Senator für Beiratsangelegenheiten, Jens Böhrnsen statt. Das Projekt endete am Freitag, dem 18. Juni 2010 mit einer geselligen Abschlussveranstaltung. Im Nachgang besuchten 54 Mentees am 28. Oktober 2010 auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Carsten Sieling den Deutschen Bundestag in Berlin.

3. Fazit und Auswertung

Mit diesem Projekt wurde eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung der BürgerInnen für Stadtteilpolitik erfolgreich erprobt. Die Resonanz auf den Flyer und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit war sehr hoch. Die Mentees waren mit großer Begeisterung „bei der Sache“. Bei den Listenaufstellungen für die Beiräte – und auch für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft – wurden zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms aufgestellt und zogen bei den Wahlen zu den Beiräten der Stadtgemeinde Bremen auch in die Beiräte ein – sowohl über die Listen als auch, weil sie erfolgreich über Personenstimmen gewählt wurden. Sie arbeiten aktiv in den Beiräten mit, haben Verantwortung übernommen – beispielsweise als Fraktions- oder AusschusssprecherInnen – und bereichern die Beiratsarbeit der SPD. Es soll im Herbst diesem Jahr ein Treffen mit den damaligen Meentees stattfinden und geplant ist, das Programm im Nächsten Jahr zu wiederholen.

Ulrike Hiller

Ad-Hoc Arbeitsgruppe „Parteimodernisierung“

Der offene Arbeitskreis traf sich unregelmäßig und beriet über Ansätze zur Verbesserung der Parteiarbeit vor Ort. Zuletzt traf sich der Arbeitskreis im Oktober 2011 und beriet über die Konsequenzen der Organisationsreform für den Unterbezirk Bremen-Stadt. Es wurden hierzu einige Thesen formuliert und dem UB-Vorstand übersandt. Eine erste Beratung fand dort statt. Die Weiterverfolgung der Debatte wurde an den neu zu wählenden UB-Vorstand übertragen.

Angelo Caragiuli

Das Jahr 2010 war im Gegensatz zum vergangenen Jahr eher ruhig. Es gab keinen Wahlkampf, der die Arbeit des Vorstandes thematisch bestimmte. Wir hatten die Möglichkeit inhaltlich zu arbeiten und Zeit, uns mehr auf bremische Themen zu konzentrieren. Ein wichtiger Bestandteil war dabei das von uns geschriebene Wahlprogramm mit dem wir bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl unsere politischen Vorstellungen deutlich machen wollen. Wir haben beim Rechenschaftsbericht auf die Angabe von Quellen verzichtet, sollte es dennoch zu wortwörtlichen Übernahmen kommen, bitten wir dies zu entschuldigen. Wir werden dafür keine Haftung übernehmen, aber einen Dokortitel haben wir auch nicht zu verlieren.

1. Mitgliederversammlungen

Der thematische Schwerpunkt des ersten Quartals in der abgelaufenen Vorstandsperiode war zweifelsfrei die Arbeitsmarktpolitik. Gemäß unserem Jahresprogramm haben wir uns intensiv mit aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der daraus resultierenden prekären Situation vieler ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Die inhaltliche Einarbeitung in die Themen war auch Voraussetzung, um wieder enger an politisch nahestehende Gruppen, insb. die Gewerkschaften, anknüpfen zu können. Besonders im Gedächtnis geblieben ist dazu die MV mit der Schlecker-Betriebsrätin Antje Treptow. Sie berichtete von den Kämpfen der Kolleginnen im Betrieb gegen die Versuche der Geschäftsleitung, Betriebsratsarbeit zu unterbinden und mit gewieften Tricks die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verschlechtern. Mit professioneller Hilfe durch den Arbeitsanwalt Jürgen Maly haben wir uns die über die Jahre immer weiter verschlechterten rechtlichen Rahmenbedingungen erarbeitet. Auch in die Planungen für den Tag der Arbeit am 1. Mai, an dem wir wie immer mit vielen GenossInnen teilnahmen, haben wir dies einbezogen.

Bremenspezifische Themen kamen dennoch nicht zu kurz. Das Thema Privatschulen stand durch die Zulassungsklagen gleich zweier Privatschulen erneut auf der Agenda. Dass in der Bürgerschaft eine theoretische schwarz-grün-gelbe Mehrheit für mehr Privatschulen bestand und diese nur durch Koalitionsdisziplin verhindert werden konnte, machte uns besondere Sorgen. Die Jusos erarbeiteten und veröffentlichten die Position, dass das Instrument der (öffentlichen) Reformschulen stärker genutzt werden müsse, um engagementwillige Eltern in das öffentliche System zu integrieren und den Nutzen allen SchülerInnen zuteil werden zu lassen. Darüber hinaus wurden Bremens Fortschritte beim Datenschutz und die Pläne zur Einhaltung der "Schuldenbremse" mit externen ReferentInnen detailliert erarbeitet und kritisch beleuchtet.

Ein weiteres wichtiges Thema im Jahr 2010 war die Erstellung des eigenen Juso-Wahlprogramms. Im August und im September wurden die MVs dazu genutzt, die Ergebnisse der themenspezifische Arbeitsgruppen im Plenum vorzustellen und zu diskutieren. In diesem Zusammenhang war es für uns wichtig, die Unterschiede der SPD zu dem Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen zu kennen. Für diese MV konnten wir den ehemaligen Grünen und jetzt Genossen Klaus Möhle, MdBB gewinnen, der mit uns über die Unterschiede von SPD und Grüne diskutierte.

In einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Gewerkschaftsjugend und dem Wirtschaftssenator haben wir außerdem die schulische Ausbildungssituation der Azubis in den Fokus genommen. Im November hatten wir nochmals die Gelegenheit, mit Jürgen Maly über das Thema „Zeitarbeit, Hartz IV, Ausbildung und Co.“ zu diskutieren.

Am 22. Mai 2011 findet in Bremen die Bürgerschaftswahl statt. Auf der ersten MV im neuen Jahr hat uns die SPD-Landesgeschäftsführung über die Planungen für den bevorstehenden

Wahlkampf informiert. Außerdem haben wir gemeinsam Ideen für den Juso-Wahlkampf gesammelt. Ein weiteres wichtiges Thema war die kommunale Sozialpolitik Bremens. Zusammen mit Staatsrat Joachim Schuster und Karin Garling, MdBB haben wir über die aktuelle Situation der KITA-Betreuung in Bremen und das Sozialticket diskutiert, das nach unserer Meinung einer Generalüberholung bedarf. Ein Beschluss des Vorstandes zum Sozialticket wurde unmittelbar als Antrag an die Bürgerschaftsfraktion herangetragen.

Ende 2010 kündigten die Nazis in Form der NPD an, Bremen und Bremerhaven für einen Einzug in ein westdeutsches Landesparlament nutzen zu wollen. Für den kurz vor den Bürgerschaftswahlen stattfindenden 1. Mai kündigten sie einen Aufmarsch an. Auf einer überaus gut besuchten MV wurde verabredet, wie die Jusos im breiten Bündnis mitarbeiten und dazu beitragen wollen, dem Faschismus keinen Meter zu lassen. Bereits im November hatten wir die Chance, uns über die aktuellen Tendenzen zum Rechtstextremismus in Bremen zu informieren und mit einem Referenten von „Pro Aktiv gegen Rechts“ zu diskutieren. Wie üblich haben wir auch dieses Jahr die letzten Wochen vor der Jahreshauptversammlung genutzt, um in Ruhe das Jahr zu reflektieren und frische Ideen zusammenzutragen.

2. Vorstand

Der Vorstand hat in diesem Jahr seine Funktion voll erfüllt, jenseits der inhaltlichen Mitgliederversammlungen die organisatorische Rolle wahrzunehmen. Er hat dabei stets für alle Mitglieder offen getagt. Das ist Voraussetzung dafür, dass alle Mitglieder, ob im Vorstand oder nicht, bei der Planung der kleinen und der großen Aktivitäten für die jeweils nächsten Wochen und Monate mitwirken können. Erfreulicherweise haben das viele Mitglieder getan. Gleichwohl ist anzustreben, die Regelmäßigkeit der Vorstandssitzungen wie auch die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder zu verbessern.

Im Vorstand wurde bereits auf der konstituierenden Sitzung eine klare Geschäftsverteilung vorgenommen, indem für SchülerInnen, Internet, Vernetzung, Gewerkschaften und Mitgliederbetreuung Beauftragte ernannt wurden. Dieses System hat zu klaren Verantwortlichkeiten und so zu großem Einsatz und sehr guten Ergebnissen in den Bereichen geführt. Es sollte fortgesetzt und am Besten noch erweitert werden.

3. Vernetzung

Mit Ziel eines inhaltlichen Austausches und zur Planung gemeinsamer Veranstaltungen und Aktionen wurde der direkte Kontakt zu der SJD – Die Falken Kreisverband Bremen aufgenommen. Aus anfänglichen Treffen in kleinen Runden wurde ein gemeinsamer Falken- und Jusostammtisch, der sich bis heute einmal monatlich trifft. Dabei gibt es einen regen Austausch zu aktuell politischen Ereignissen. Hier entstand auch die Idee einer gemeinsamen Berlinreise beider Organisationen. Dies sollte jungen Menschen aus Bremen ermöglichen in Berlin den „Reichstag“ zu besuchen und natürlich die einmalige Kultur Berlins kennen zu lernen. Darüber hinaus hätte dies ein Start für weitere gemeinsame Veranstaltungen von Jusos und Falken werden können. Leider musste die Fahrt aufgrund finanzieller Schwierigkeiten auf beiden Seiten auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Auch die Gewerkschaften sind für uns ein zentrales Handlungsakteur. Wir haben verstärkt die Themen der jungen ArbeitnehmerInnen in Bremen in die Diskussion gebracht. Zu Jahresbeginn unterstützen wir mit einer großen Beteiligung den Flashmob „Schlecker XL“, um auf die schlechten Arbeitsbedingungen bei Schlecker aufmerksam zu machen. Die DGB-Gewerkschaften hatten bei den Betriebsrats- und Personalratswahlen im Frühjahr unsere volle Solidarität – ebenso wie die Beschäftigten von mdexx in der Neustadt bei ihren Arbeitskämpfmaßnahmen.

Der 1. Mai stand dieses Jahr besonders im Blickpunkt. Zum ersten Mal betreuten wir zwei Tage das Maifestival am Osterdeich. Obligatorisch waren die große Beteiligung bei der Maidemonstration und die Unterstützung beim Informationsstand auf dem Domshof.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Veranstaltung „Arbeit und Ausbildung“ zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres. Hier waren wir mit jungen Beschäftigten, den VertreterInnen der Gewerkschaftsjugend sowie StipendiatInnen der Hochschulen in Bremen im Gespräch. Die schwierigen Übernahmesituationen von Auszubildenden, der prekäre Einstieg vieler junger Arbeitnehmer und die schlechte Situation an den Berufsschulen haben wir herausgearbeitet. Im Herbst beteiligten wir uns an den Aktionen der Gewerkschaften („Gerecht geht anders“) und organisierten zusammen mit unserer Landesorganisation das offene Juso-Forum. Zum Jahresende haben wir die Herausarbeitung unserer Positionen zum Schwerpunkt „Arbeit“ (Juso-Wahlprogramm) abgeschlossen.

4. Aktionen

Bunt und vielfältig waren die Aktionen in diesem Jahr, und das ganz ohne Wahlkampf. Im Frühling reisten eine Reihe Bremer Jusos nach Berlin zum Kongress "Links 2010" des Bundesverbandes. Das sehr gut organisierte Veranstaltungswochenende ermöglichte für wenig Geld zahlreiche Workshops und Diskussionsrunden zu Jugendthemen sowie erfahrungsreiche Touren durch soziale Brennpunkte Berlins. Viele Diskussionen über politische Ansätze etwa in Sozial- und Stadtteilarbeit waren klar von den Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung gekennzeichnet.

Im April 2010 setzte die SPD nach der desaströsen Bundestagswahl ein Ausrufezeichen. Bei der Menschenkette gegen Atomkraft zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel dominierte die Farbe rot, auch wenn die Medien die Grünen in den Mittelpunkt rückten. Von den vielen Jusos und SPD'lern waren auch die mitgereisten Bremer GenossInnen überrascht, die sich in die Menschenkette einreihen.

Nach der erfolgreichen „RedfrontReloaded Party“, die im Bundestagswahlkampf 2009 im Tower stattfand, wollten wir im Mai auf dem SPD-Maifestival an diesen Erfolg anknüpfen. Mit vielen regional und überregional bekannten Bands im Gepäck veranstalteten wir zusammen mit der Musikszene Bremen e.V., dem SAIZ und dem SPD-UB, allen voran Sükrü Senkal, MdBB, ein dreitägiges Festival auf dem Breminale-Gelände am Osterdeich. Trotz der eher geringen Beteiligung im Zelt war die Veranstaltung eine tolle Aktion, die einer Wiederholung bedarf.

Neben dem Tanz in den Mai stand an diesem Wochenende auch die traditionelle 1. Mai-Demo auf dem Programm, bei dem sich die Jusos in großer Anzahl beteiligten.

Am Essener Juso-Bundeskongress 2010 beteiligte sich die Delegation aus Bremen selbstbewusst und überproportional stark. Mit zwei aufgerufenen und beschlossenen Anträgen zu Bagatellkündigungen und zum Stipendienprogramm konnte unser kleiner Verband große Impulse setzen. Auch die Ehre, vom Parteivorsitzenden persönlich beschimpft zu werden, wurde einigen zu Teil.

5. SchülerInnen

Bildung ist entscheidend für die Fähigkeit zur selbstbestimmten Entwicklung jeder und jedes Einzelnen und die Grundlage dafür, die gesellschaftlichen bestehenden unsozialen Umstände nicht als gegeben hinzunehmen, sondern sie kritisch zu hinterfragen und für bessere zu kämpfen. Bildungspolitisch war das Jahr 2010 durch die Erarbeitung und Verabschiedung der Resolution Mitbestimmung in der bundeseinheitlichen Schule für Alle auf dem Juso-Bundeskongress geprägt, mit der die Bremer Jusos erfolgreich ihre Hauptforderungen nach einer sozialgerechten Schule mit eingebracht haben. Ziel dessen ist im strukturellen Bereich die Abschaffung des gegliederten Schulsystems, welches keine soziale Durchlässigkeit gewährleistet und hochselektiv ist.

In Bremen werden wir uns weiterhin konsequent gegen die Privatisierung der Bildung einsetzen, auch gegen Widerstände von Koalitionspartnern der SPD. Die Privatisierung der

Bildung ist die soziale Spaltung der Bevölkerung, mit der die Bildung jenen Schülerinnen und Schülern zugute kommt, deren Eltern eine teure Schullaufbahn selbst finanzieren können. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Erfolgreich konnten auch die Arbeiten zur Erstellung des Bildungsabschnittes des Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl abgeschlossen werden.

6. Hochschulgruppen

Für die Aktiven von ASTa für Alle, Jusos wie Nicht-Jusos, war das letzte Jahr erfolgreich und turbulent zugleich. Nach einem massiven Stimmenzuwachs bei den Uni-Wahlen im Sommer und geänderten Mehrheitsverhältnissen können die AfAs wieder im ASTa der Uni aktiv Hochschulpolitik im Sinne der Ansprüche "Bildung für Alle" und "Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung" gestalten. Ausdruck der wiederaufgenommenen aktiven Interessenvertretung sind etwa die Bereiche Master für Alle, Stipendienprogramm sowie Rüstungsforschung, in denen Uni-Leitung und auch sozialdemokratische Wissenschaftsbehörde in Erklärungsnot gebracht wurden. In diesem Sinne wird auch der Akademische Senat endlich wieder offensiv als Plattform zur Artikulation linker studentischer Interessen genutzt. Auch Solidarität mit benachteiligten studentischen Gruppen findet sich nun im ASTa in einer engagierten Politik für Studierende mit Kind sowie die behinderten KommilitonInnen wieder, die auf äußerst positive Resonanz stößt. Demokratische Standards wurden im Studierendenrat wiedereingeführt. Die deutlich intensivierte Arbeit der Aktiven hat zu einer höheren Zahl von Engagierten und von WählerInnen geführt.

Nach fast einjähriger Planungszeit hat sich im Dezember 2010 die Juso Hochschulgruppe an der Hochschule Bremen gegründet. Bei ihrem Gründungstreffen gab sie sich eine Geschäftsordnung. Laut dieser ist die Hochschulgruppe basisdemokratisch organisiert, für die Vertretung nach außen wurden eine Sprecherin und ein Sprecher, Henrike Adebahr und Martin Weinrich, gewählt. Seitdem gibt es ungefähr alle zwei Wochen eine Mitgliederversammlung. In der kurzen Zeit des vergangenen Semesters arbeiteten sieben Studentinnen und Studenten aktiv an der Hochschulgruppe mit. Davon waren fünf SPD-Mitglieder, einer nur Juso-Mitglied und ein Nicht-Mitglied. Wir schätzen das Potential an Jusos an der Hochschule aber noch weitaus größer ein. Die Arbeit ist zurzeit ganz auf die Studierendenratswahl ausgerichtet.

Seit der Gründung haben wir eine Homepage (jusoshsbremen.wordpress.com) eingerichtet, eine StudiVZ-Gruppe gegründet, uns ein kleines hochschulbezogenes Wahlprogramm gegeben, eine Ausgabe unseres Informationsheftchens "Rote Post" aus eigenen Mitteln herausgebracht und eine achtköpfige Liste für die Wahl aufgestellt. Die „Rote Post“ dient uns dabei im Moment in erste Linie auch als Mittel, an den ausgelagerten Fakultäten der Hochschule Bremen bekannt zu werden, da noch kein Mitglied der Juso HSG an den Standorten Flughafen und Werderstraße studiert. Erfreulich ist, dass die Juso HSG bereits nach der ersten Ausgabe des Informationsblattes durch die Hochschule, bzw. die Staats- und Universitätsbibliothek, als ein Repräsentant von Studierendeninteressen erkannt wurde, und eine Zusammenarbeit eingeleitet wurde. Bis zur Studierendenratswahl sind noch die Gründung einer Facebook-Gruppe, eine zweite Ausgabe der "Roten Post" und eine Reihe von Plakaten, die in der Hochschule aufgehängt werden sollen, geplant.

7. Mitglieder

Mit der Einführung des Amtes einer Mitgliederbeauftragten im Vorstand wollten wir uns aktiver um unsere Mitglieder und Neumitglieder kümmern. Der erste Schritt war das Erarbeiten eines Mitgliederkonzeptes mit Ideen und Aktionen für und von Mitgliedern. Kernpunkte des Konzeptes sind ein Anschreiben für alle Neumitglieder, die Organisation von Neumitgliedertreffen, der Aufbau eines Mentoringprogramms, die Entwicklung eines Flyers für Neumitglieder und Maßnahmen zur Aktivierung von inaktiven Mitgliedern. Das Konzept wurde dem Vorstand vorgestellt und beschlossen.

Als nächster Schritt wurde mit dem Büro der SPD-Landesorganisation vereinbart, dass die Kontaktdaten der neuen SPD- und Juso-Mitglieder im UB Bremen-Stadt an die/den jeweiligen UB-Vorsitzenden der Jusos weitergegeben werden, damit Kontakt aufgenommen werden kann. In den meisten Fällen wurden auch die Daten weitergegeben, leider aber nicht in allen. Das Problem konnte mittlerweile gelöst werden, der Vorgang ist nun automatisiert.

Um aktiver auf die Neumitglieder zuzugehen, wurde vom Vorstand ein Neumitglieder-Schreiben erstellt, welches jedes Neumitglied per Email von der Mitgliederbeauftragten erhält. In diesem wird neben der Begrüßung auf die politische Inhalte und die Arbeitsweise der Jusos in Bremen-Stadt hingewiesen. Des Weiteren werden der Termin der nächsten Mitgliederversammlung und die Homepage der Jusos bekannt gegeben. Das Versenden des Schreibens stellt sich als optimale Begrüßung heraus, denn es sitzen bei den Sitzungen und Versammlungen viele neue Gesichter am Tisch, auch die Homepage wird des Öfteren aufgerufen. Einen Verbesserungspunkt sehen wir bei der Struktur der Mitglieder: Der überwiegende Teil sind Studierende, wir aber möchten mehr Schülerinnen und Schüler sowie Azubis in unseren Reihen!

Nicht nur für die Neumitglieder waren wir aktiv! Zur Mobilisierung der Mitglieder im Unterbezirk haben wir Rundschreiben nach der Sommerpause und zum Jahreswechsel 2010/11 über den großen Verteiler des Juso-UB der Mavis verschickt. Sie enthielten jeweils einen kurzen Rückblick, eine Übersicht über bevorstehende Termine, „mobilisierende“ Worte sowie den Hinweis auf unsere Homepage. Diese Schreiben wollen wir auch in der Zukunft fortsetzen. Es zeigte sich, dass nach jedem Schreiben eine Vielzahl von Mitgliedern auf die Homepage zugegriffen hat.

Nicht umsetzbar waren bislang die Neumitgliedertreffen und das Mentoringprogramm für neue Mitglieder. Diese seien bislang nicht auf ein sehr großes Interesse gestoßen, sodass eine Umsetzung nicht sinnvoll erschien. Die meisten Neumitglieder sind bereits vorher in anderen Juso-UB aktiv gewesen und kennen die Strukturen in der Organisation bereits. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat zudem ein Mentoringprogramm für Interessierte ins Leben gerufen, sodass zwei Programme nebeneinander Konkurrenz wären. Möglich wäre aber eine Kooperation zwischen diesem Mentoringprogramm und den Jusos.

Bedingt durch die gute Entwicklung der Mitgliederzahlen, der vielen neuen Gesichter bei Mitgliederversammlungen und der guten Beteiligung an Sitzungen, Versammlungen und Veranstaltungen sehen wir unser Mitgliederkonzept positiv, aber auch mit weiteren Umsetzungen verbunden.

8. Medienarbeit

Das im Arbeitsprogramm formulierte Ziel, die Medienarbeit der Jusos im Unterbezirk Bremen-Stadt zu verbessern, wurde insofern erfolgreich begegnet als zunächst begonnen wurde, einen umfassenden Medienverteiler zu erstellen, um in der Lage zu sein, zeitnah und kurzfristig Medieninformationen (Pressemitteilungen) versenden zu können. Wie wir im vergangenen Jahr schnell gemerkt haben, ist es von enormer Wichtigkeit, Informationen über aktuelle politische Standpunkte der Jusos zu kommunizieren. Das ist allerdings noch ausbaufähig. Die Schnelllebigkeit der Medien hat uns gezeigt, dass wir ebenso schnell reagieren müssen, wenn wir dem Medienzug nicht ständig hinterher rennen wollen.

Darüber hinaus ist ein Twitteraccount (www.twitter.com/bremerJusos) eingerichtet worden, das auf der Onlineplattform CoTweet von allen Vorstandsmitgliedern benutzt werden kann. Daneben Medienvertretern immer mehr Genossinnen und Genossen und Sympathisanten zuerst die Twitterplattform nach aktuellen Informationen suchen, ist dies ein unverzichtbares Instrument für schnelle Kommunikation z.B. während Veranstaltungen geworden. So hat sich die Delegation der Bremer Jusos auf dem Bundeskongress live mit anderen Genossen absprechen können und war stets auf dem neuesten Stand über die Meinungen anderer.

Für die Zukunft wollen wir noch offensivere Medienarbeit betreiben. Dazu gehören eine wesentlich höhere Frequenz und Aktualität der Pressemitteilungen, schnelleres Formulieren von Artikeln für die Homepage, direkter Kontakt mit Medienvertretern und mehr Aktivität in den sozialen Netzwerken.

9. Homepage

Die Homepage ist in den vergangenen Monaten an vielen Stellen überarbeitet und entscheidend verbessert worden. Die Farben wurden an das Corporate Design der Jusos angepasst, auch der von vielen als irritierend empfundene Header der Seite wurde ausgetauscht. Die einzelnen Rubriken wurden gleichfalls abgeändert: der Vorstand nimmt nun einen hinteren Platz ein, dafür sind die Termine sowie die Rubrik "Mach mit!" nach vorne gerückt. Dieser Abschnitt wurde genauso überarbeitet und ansprechender gestaltet wie die neu eingerichtete Unterseite für (Hoch-)SchülerInnen. In der linken Spalte werden regelmäßig verschiedene Badges eingebaut, die oft extern verlinken, zum Redaktionszeitpunkt etwa für "Dresden Nazifrei!". Darunter findet sich ein Feed, in dem stets die aktuellsten Twittereinträge gezeigt werden. Auch ein blaues Twitterbadge am linken Rand wurde installiert. Im Dezember wurde erstmals ein AnalyticsTool installiert. Damit kann verfolgt werden, wie viele verschiedene Personen wann, wie lange, auf welchem Wege, in welchen Rubriken usw. auf die Homepage zugreifen. Erste Auswertungen zeigen, dass es eine konstante Zahl völlig externer Besucher gibt, die uns meist über Google finden. Die interne Nutzung steigt massiv nach Rundemails mit Link auf die Homepage, und zwar in allen Rubriken.

Dennoch steht eine grundlegende Reform der Homepage aus. Sowohl die Anordnung verschiedener Bestandteile als auch einige gestalterische Elemente sind veraltet. Die Homepage muss daher auf einem moderneren und lebendigeren Template neu aufgebaut werden.

10. Wahlprogramm

Unser wichtigstes und größtes Projekt im Jahr 2010 war mit Sicherheit die Erstellung des Juso-Wahlprogramms. Wir hatten uns vorgenommen ein eigenständiges Programm zu entwickeln, das sich nach unserem Motto „Langfristig links und laut!“ von dem der SPD absetzt und unseren Vorstellungen von einer sozial besseren und gerechteren Politik für Bremen entspricht. Zu Beginn haben wir die Schwerpunkte, die uns wichtig sind, bestimmt und mehrere Arbeitsgruppen zu diesen Themen gegründet. Bis zu den Sommerferien hatten diese Arbeitsgruppen Zeit ihre Vorstellungen und Ideen zu Themen wie Umwelt, Bildung, Arbeit, Soziales, usw. zu sammeln und diese Ergebnisse dann in den MVs ab August vorzustellen. Dank des großen Einsatzes von Delvin, der gemeinsam mit vielen anderen die Ergebnisse der einzelnen Gruppen zusammengefasst hat, können wir auf der Jahreshauptversammlung am 5. März das Wahlprogramm beschließen, mit dem wir in den Wahlkampf einsteigen wollen. Viele Punkte wurden außerdem in das Regierungsprogramm übernommen, was zeigt, dass wir mit unseren Ideen die Arbeit der Bürgerschaft mit gestalten und langfristig links und laut an den Prozessen mitwirken.

Bericht der Jusos März 2011 bis Februar 2012

Das Jahr 2011 stand ganz im Zeichen der Bremischen Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011. Ganz im Gegensatz zum Jahr 2010, das vor allem durch die inhaltliche Arbeit des Juso-Wahlprogramms und die Organisationswahlen geprägt war und somit auf die interne politische Arbeit zentriert war, ging es diesem Jahr in erster Linie darum, unsere erarbeiteten Ziele voranzutreiben und die Wählerinnen und Wähler sowie die Partei bei der Erstellung des Wahlprogramms mit unseren Argumenten zu überzeugen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Jens Böhrnsen wurde im Amt bestätigt, die SPD hat überzeugt und Stimmen gewonnen, die gelbe Randgruppe (die sich noch FDP nennt) ist wieder da, wo sie hingehört und die CDU konnte mit ihrem Verlangen nach Samstagsunterricht nicht überzeugen. Wir möchten zu Beginn des Rechenschaftsberichts darauf hinweisen, dass wir, auch wenn uns jemand deshalb die Mailbox vollgequatscht hat, kein Blatt vor den Mund nehmen und alles so schreiben, wie wir es für richtig halten. Presse- und Meinungsfreiheit sind für uns nämlich selbstverständlich und deshalb halten wir die Wahrheit auch nicht hinterm Mond.

1. Mitgliederversammlungen

Unser Ziel, die Mitgliederversammlungen außerhalb des Fraktionsbüros anzusiedeln, haben wir in diesem Jahr erreicht. Vermehrt haben wir die Sitzung, sofern möglich, ins Bandonion im Viertel verlegt. So wurde vielen die Hemmschwelle genommen, sich zu uns zu gesellen. Bis zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai stand der Großteil der MVs ganz im Zeichen der Wahlkampforganisation. Gemeinsam wurde überlegt, welche Aktionen geplant und durchgeführt werden sollen. Dabei ging es vor allem darum, auch unser eigenes Juso-Wahlprogramm unters Volk zu bringen. Neben anderen MVs zu organisatorischen und politikbegleitenden Themen (etwa Antragsformulierung zu Parteitag) haben wir uns in diesem Jahr mit erfreulich vielen Themen inhaltlich vertieft beschäftigt und auch unseren Anspruch, dies in unsere weitere Arbeit einfließen zu lassen, stärker umsetzen können.

Folgende Themen-MVs fanden statt:

Steuerpolitik: Auf unserer ersten Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns mit dem Steuerkonzept der Bundes-Jusos. Dabei informierten wir uns über das Anfang 2011 vom Bundesvorstand erarbeitete Steuerkonzept TRENDWENDE 3 mal 30 plus x – für Bildung, Umwelt und soziale Sicherung mit anschließender Diskussion als möglichen neuen Ansatz für die Steuerpolitik.

Anti-Atom: Der Tsunami in Japan, der die Kernschmelze am AKW Fukushima verursachte, schockierte im Frühjahr die Welt. Neben der Beteiligung an der Anti-Atom-Demo und dem Spendensammeln für die Flutwellenopfer wollten die Jusos sich auch die Möglichkeit geben, sich inhaltlich über die dramatische Entwicklung auszutauschen. Dies geschah in einer "Brennpunkte"-MV gemeinsam mit einer Diskussion über den beginnenden Libyen-Konflikt.

Gentrifikation: Unter dem Leitmotto "Gentri-Dingsbums" haben wir uns auf einer Themen-MV dem etwa sperrigen Begriff der "Gentrifikation" genähert. Der aus dem Englischen kommende Begriff beschreibt den sozialen Wandel von Stadtteilen, die zwar heruntergekommen, aufgrund ihrer zentralen Lage aber generell attraktiv sind. Ihre niedrigen Mieten ziehen oftmals vorläufig einkommensschwache Personen wie Studierende oder KünstlerInnen an. Diese Lebenshaltungskosten des zur „Szene“ werden Stadtteils steigen später mit dem Einkommen seiner BewohnerInnen drastisch an. Die alteingesessenen und nach wie vor sozial schwachen haben das Nachsehen. Das „Viertel“ ist ein Paradebeispiel für diese Entwicklung. Politisches Entgegenwirken erschien auch uns Jusos nicht leicht, mit gezieltem Einsatz von öffentlicher Daseinsvorsorge wie öffentlichem Nahverkehr und vor allem sozialen Wohnungsbau aber möglich.

Wahlauswertung: Kein Wunder: das Wahlergebnis wurde auch auf der MV nach der Bürgerschaftswahl als Erfolg eingestuft! Die FDP ist auch in Bremen aus der Bürgerschaft geflogen, was marktradikale Ansichten in Bremen weiter zurückdrängen dürfte. Die CDU wurde auf Platz drei verbannt und trotz des Wahlerfolgs der "Fukushima-Surfer" (formerly known as "Die Grünen") konnten auch diese auf deutlichem Abstand gehalten werden. Sorge bereitet allerdings, dass immer mehr Stadtteile von den Grünen statt der SPD dominiert werden. In Stadtteilen mit immer mehr gut Gebildeten und Verdienenden (und stark steigenden Immobilienpreisen) konnten die Grünen nur knapp auf dem zweiten Platz gehalten werden oder die SPD überholen. Ein toller Erfolg ist die teilweise Reaktivierung sonst inaktiver WählerInnen in den sozialdemokratischen Hochburgen wie Gröpelingen. Dieser Prozess muss noch deutlich stärker fortgesetzt werden.

Koalitionsverhandlungen: Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hat bei den Jusos ein stark geteiltes Echo hervorgerufen. Der Wegfall des Sozialressorts an die Grünen ist als großer Verlust bewertet worden und schmerzt viele sehr. Gleichzeitig war eine Verschiebung im Senat zugunsten der Grünen zu erwarten und die SPD konnte viele wichtige, auch zusätzliche, Themenbereiche für sich sichern. Der Verbleib des Bildungsressorts bei der SPD ist hier besonders zu nennen. Gleichzeitig ist die nun festgeschriebene "wohlwollende" Begleitung von Privatschulanträgen für uns verwunderlich. Die klare Haltung der Senatorin in dieser Frage hat unsere volle Unterstützung.

Afghanistan: Auf der letzten MV vor der Sommerpause informierte uns Carsten Sieling zum Stand des Afghanistan-Einsatzes, den Plänen der Bundesregierung zum Abzug der Bundeswehr und der Position der SPD-Fraktion. Die überaus gut besuchte Versammlung diskutierte aus vielfältigen Sichtweisen über die derzeitige Situation. Sowohl Erleichterung über das absehbare Ende des Bundeswehrmandats als auch Sorge über die weitere Entwicklung des Landes und die Situation, in der die ausländischen Truppen es für die Menschen zurücklassen, kamen zum Ausdruck.

Parteiorganisation: Gleich 2 MV-Termine mussten wir dem Thema Parteireform einräumen. Der Diskussionsbedarf der Jusos zur organisatorischen Neuausrichtung ihrer Partei war riesig. Dies zeigt, wie engagiert, aber auch wie teilweise frustriert die jungen Menschen in ihrer Partei sind. Das sehr mäßige Engagement der übrigen GenossInnen in dieser Frage spricht darüber leider Bände. Begrüßenswert ist aber, dass die Forderungen der Jusos auf Bundesebene zu einem beachtlichen Teil übernommen wurden. Zur Vorbereitung des Landesparteitages haben wir außerdem auf den MVs im Rahmen der Antragsentwicklung über die Themen StadtTicket und Zivilklausel diskutiert, siehe dazu unten.

Verbraucherschutz: Zum Thema „MLP & Co. – was steckt hinter den Karrierehelfern?“ informierten wir Jusos uns im Rahmen einer Mitgliederversammlung. Der Finanzexperte Arno Gottschalk (SPD, MdBB) berichtete uns darüber, mit welcher Masche Finanzdienstleistungsunternehmen wie MLP vorgehen, um Studierende als KundInnen für Versicherungsverträge zu gewinnen. Als Ergebnis ist auch die Kleine Anfrage „Werbung an Hochschulen transparent gestalten“ der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu sehen.

Wirtschaftspolitik: Nach einer theoretischen Einführung in das Thema, der auf großes Interesse stieß, wurde der wirtschaftspolitische Teil des Bremer Koalitionsvertrags vorgestellt und diskutiert. Ein detaillierter Bericht findet sich in der Ausgabe 11/2011 des MorgenRot (S. 9).

Vorratsdatenspeicherung: Mit Rainer Hamann, MdBB, sprachen wir über die aktuelle Datenschutzpolitik in Bremen und im Bund. Wie so oft wendete sich die meiste Aufmerksamkeit der Mitglieder dem Thema Vorratsdatenspeicherung zu. Die anlasslose Speicherung solcher Daten kommt dem Aufzeichnen der Briefverkehrsströme gleich und hat dafür einen nicht im Verhältnis stehenden Nutzen bei der Verbrechensbekämpfung. Eine eigenständige Positionierung der Jusos gegenüber der SPD ist hier wichtig, um gerade für junge Menschen wählbar zu bleiben.

Instrumentenreform am Arbeitsmarkt: Im September hat Schwarz-Gelb mit einer Kürzungsgorgie die aktive Arbeitsmarktpolitik, auch in Bremen, zu einem großen Teil weggekürzt. Tatsächlich sind die Angebote aber bitter notwendig. Mehr noch: selbst die früheren finanziellen Mittel reichten nur für völlig überbelastete FallmanagerInnen in den Arbeitsagenturen und viel zu wenig Plätze in hochwertigen Weiterbildungen.

Extremismus: In der Mitgliederversammlung zum Thema Extremismus wurden gängige Theorien zum Extremismusbegriff vorgestellt, wie etwa die Definition des Verfassungsschutzes und das "Hufeisenmodell". Die Fragen, was eigentlich Extremismus ist, wie und ob sich Rechts- und Linksextremismus unterscheiden, bzw. ob es letzteren überhaupt gibt, führten zu regen Diskussionen. Weiterhin wurde eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert, die sich mit rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft beschäftigt. Von der MV wird auch im MorgenRot 12/2011 (S. 8ff) berichtet.

Feminismus: Die Mitgliederversammlung zum Thema Feminismus beruhte auf einem einführenden Grundlagentext aus dem Magazin der GEW. Nachdem der Bericht zum Thema Gleichstellung und Frauen in der Arbeitswelt vorgestellt wurde, konnten die Teilnehmerinnen ihre persönlichen Meinungen zu den Oberbegriffen "Feminismus" und "Gleichstellung" aufschreiben. Anschließend wurde auf dieser Grundlage diskutiert.

Integration: Last but not least wollen wir uns auch mit der Thematik Integration und Migration in unserer letzten Mitgliederversammlung (nach Redaktionsschluss dieses Berichts) auseinandersetzen. Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Integration, wird mit uns über die bremische Integrationspolitik und ihre Auswirkungen auf die gesamtbremische Politik als Querschnittsaufgabe diskutieren. Diese Themengebiete werden wir Jusos sicherlich auch zukünftig weiter verfolgen.

2. Wahlkampf 2011

„Echt Bremen“. Unter diesem Motto zog die SPD, wie bereits 2007, in den diesjährigen Bürgerschaftswahlkampf, der am 22. Mai 2011 mit einem Wahlsieg für die SPD enden sollte. Wichtigster Unterschied zu den Wahlen davor: Fünf Stimmen und Direktwahl waren die Stichworte zur Wahl. Doch wir Jusos ließen uns dadurch nicht beirren. Fest stand für uns nur, dass wir uns auf keinen Personenwahlkampf einließen. Die einzigen Kandidaten, die von uns im Wahlkampf unterstützt wurden, waren entweder Juso-Kandidaten oder natürlich Jens Böhrnsen. Durch diese genaue Zielsetzung konnten wir den Wahlkampf ohne große Einschnitte planen und unser eigenes Ding machen. Durch die Erstellung unseres eigenen Jusowahlprogramms, das im Vorjahr entstanden ist, hatten wir außerdem ein klares Ziel: junge WählerInnen für unsere Forderungen zu gewinnen und sie zum SPD-wählen zu veranlassen.

Im Wahlkampf hatten wir dieses Mal wichtige Begleiter: die Bremer Stadtmusikanten. Ganz im echt bremischen Sinne waren sie der Hingucker im Wahlkampf, zumal sie aufgrund ihres Aussehens, vor allem der Hund, für Gesprächsstoff und Diskussionen sorgten. Also: Ziel erreicht! Wir waren im Gespräch und alle liebten unsere Buttons.

Neben unseren ausgeklügelten Wahlkampfmaterialien (Buttons, T-Shirts, Flyer, Postkarten usw.) hatten wir auch viele Aktionen geplant, die vor allem thematisch dem Atomausstieg gewidmet waren. Eine der erfolgreichsten Veranstaltungen war der Tanz in den Mai auf dem Domshof, mit süßen selbstgebackenen AKWs zum Naschen und AKW-Abbau durch Dosenwerfen, haben wir der Veranstaltung einen besonderen Clou gegeben. Mit Liebe zum Detail konnten wir auch noch etwas Gutes tun, denn bei dieser Aktion haben wir gleichzeitig Spenden für die Opfer in Japan gesammelt. Stolze 368, usw. Euro gesammelt. Eine weitere Aktion war die Entsorgung von Atommüllfässern in der Bremer Innenstadt. Gemeinsam zogen wir mit Atomfässern durch die Innenstadt und machten die Passanten darauf aufmerksam, dass wir von Atomtransporten durch Bremen nichts halten. Legendär im Wahlkampf waren natürlich die Kneipentouren durch Viertel, Neustadt und an der Schlachte.

Natürlich gab es im Wahlkampf auch zentrale Veranstaltungen bei denen die „Prominenz“ wie Siggie und Co und logischerweise auch wir anwesend waren. Abschließend sei gesagt, dass wir mit unserer Leistung zufrieden sein können. Auch wenn das Wahlkampf-Komitee manchmal auch den militärischen Befehlston an den Tag legen musste, können wir heute sagen, dass wir es nie böse gemeint haben. Wir können uns alle auf die Schulter klopfen. Wir waren super!

3. Aktionen außer Wahlkampf

Party auf der Treue – RedfrontReloaded: Party die Zweite. Diesmal allerdings auf der Treue. Wie schon im September 2009 haben wir es uns nicht nehmen lassen, wieder eine Party zu organisieren mit Livebands aus Bremen und dem Bremer Umland. Unserem Partyhüptling Sükrü Senkal, der wieder maßgeblich an der Planung und Durchführung dieser Veranstaltung beteiligt war, sei an dieser Stelle nochmal ein dickes Dankeschön ausgerichtet. Du bist der Beste! Durch sein tolles Organisationstalent können wir heute auf eine erfolgreiche Party zurückblicken, die trotz kurzfristiger und nötiger Bandaustauschaktionen, nicht an ihrem Charme verloren hat.

Dresden –Nazifrei: Jedes Jahr organisieren zahlreiche AntifaschistInnen aus ganz Deutschland die Anreise nach Dresden, um den stets im Februar stattfindenden Naziaufmarsch (er fand damit bereits in der letzten Wahlperiode der Jusos statt, jedoch so kurz vor der JHV, dass er nicht mehr in den Bericht Eingang fand) gewaltfrei zu verhindern. Die Nazis versuchen mit ihrer Demo, die Bombardierung Dresdens 1945 für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Bremen war erstmals seit Jahren wieder aktiver Bestandteil des Bündnisses. Mit Erfolg! Die Nazis kamen nicht aus dem Dresdener Hauptbahnhof heraus und mussten umkehren. Auch 2012 wollen wir wieder viele unserer GenossInnen motivieren, sich an "Dresden stellt sich quer" zu beteiligen.

30. April - Bündnis gegen Rechts: Statt am 1. Mai fand die NPD-Demo in Bremen am 30. April in der Bremer Neustadt statt. Die Jusos und die SPD hatten sich in diesem Zusammenhang dem Bündnis gegen Rechts angeschlossen. Dass die Nazis nicht am 1. Mai marschieren konnten, ist als Erfolg zu bewerten. Auch die starke Präsenz vieler Menschen auf der Gegendemo war ein deutliches Signal! Als traurig empfinden wir den anschließenden Bruch des Bündnisses. Bereits auf dem Demozug waren mehr Parolen gegen CDU und Grüne zu hören, als gegen die NPD. Viele GenossInnen wurden von anderen TeilnehmerInnen für ihre Gesinnung beschimpft. Das Auftreten einiger TeilnehmerInnen hat darüber hinaus viele Menschen, die bunt und vielfältig, teils mit Kindern an der Demo teilnahmen, von der Demo vertrieben. Die gegenteilige Ansicht der betreffenden Personen respektieren wir, auch wenn wir das Geschehene anders erlebt haben. Fest steht für uns: Wir erwarten von allen Seiten Einheit gegen FaschistInnen!

Mahnwache AKW Unterweser und Anti-Atom-Demo am 02.04.: Aufgrund der Atomkatastrophe von Fukushima waren Anti-Atom-Aktionen in diesem Jahr ein zentrales Element unseres Handelns. Gemeinsam mit einer überwältigenden Anzahl an Menschen, u.a. Bürgermeister Jens Böhrnsen, haben wir am 02.04. für den Atomausstieg demonstriert. Dass Bremen in besonderem Maße von AKWs "umzingelt" ist, wurde in diesen Wochen endlich in der Öffentlichkeit herausgestellt. Die symbolische Umstellung des AKW Unterweser, an der viele GenossInnen teilnahmen, hat dazu beigetragen.

Veranstaltung mit Hans Koschnick:Gemeinsam mit den Falken und der AG 60+ haben wir kurz vor der Bürgerschaftswahl eine generationenübergreifende Veranstaltung zum Thema "Strategien alter und neuer Nazis" organisiert. Mit Hans Koschnick und Norbert Schepers vom "Keinen Meter"-Bündnis sowie Janne Herzog als Moderatorin verglichen wir, wie Nazis früher und heute vorgehen, um ihre Ideologie zu verbreiten. Dank guter Flyergestaltung und vielen fleißigen Händen (dankend erwähnt sei die organisatorische Hilfe des OV Findorff) war das Jugendzentrum Findorff prall gefüllt.

Ostermarsch: 2011 haben wir uns, wenn auch nur im kleinen Kreis, seit langem wieder am Bremer Ostermarsch beteiligt. Anlass war ein Redebeitrag von Sören Böhrnsen zur Zivilklausel

(zum Thema s.u.). Die Beteiligung am Marsch insgesamt war aus unserer Sicht mäßig, wozu der Ablaufplan der Demo und der anschließenden Kundgebung sicherlich beigetragen hatte. Das Fazit ist geteilt: Einerseits erweckte der eher tradiert und überaltert wirkende Ostermarsch kaum den Eindruck, dass Mitmachpotentiale ausgeschöpft werden, andererseits stehen uns die Ziele der Friedensbewegung nahe. Die Entwicklung wird daher auch in Zukunft zu beobachten sein.

Mahnwache Norwegen: Die grausamen und menschenverachtenden Anschläge von Norwegen haben uns Jusos tief erschüttert und verursachen in uns noch immer ein Gefühl der Wut und des Unverständnisses. Um unserer Trauer und unserem festen Willen, rechtem und menschenfeindlichen Gedankengut nicht zu weichen, einen Ort zu geben, haben wir gemeinsam mit den Jusos aus dem Unterbezirk Diepholz in einer sehr spontanen Aktion eine Mahnwache vor dem Norwegischen Konsulat in der Faulenstraße organisiert. Vom Andrang von Interessierten und auch der starken Berichterstattung in den Medien über die in wenig mehr als 24 Stunden entstandene Veranstaltung waren wir überrascht und begeistert. Es hat ein starkes Signal gesetzt, das aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass menschenverachtendes Gedankengut in den europäischen Gesellschaften weit verbreitet und verwurzelt ist.

Bildungsproteste: Die Jusos und vor allem die Juso-SchülerInnen haben sich an vergangenen Bildungsstreik mit großem Engagement bei der Organisation und Teilnahme beteiligt und hierbei eine große Rolle als Bündnispartnerin des Bremer Bündnisses für Bildung wahrgenommen. Insgesamt nahmen am 15.11.2011 über 1500 SchülerInnen am Bildungsstreik teil, um ihren Unmut über die Bildungskürzungen des rot-grünen Senats zur Geltung zu bringen und um gleichzeitig deren Rücknahme zu fordern. Auch wurde hierzu eine Pressemitteilung, welche für ein relativ gutes Echo in den Medien sorgte, erarbeitet.

Freimarkt, Osterwiese und Weihnachtsmarkt: Traditionen gibt es auch bei uns. Und dazu gehören der alljährliche Besuch von Freimarkt, Osterwiese und Weihnachtsmarkt. Der gemeinsame Bummel von Bude zu Bude mit dem einen oder anderen Abgeordneten ist jedes Jahr wieder eine Sause für sich.

4. Vorstand

Gemäß des beschlossenen Selbstverständnisses der Jusos und ihres Vorstandes hat der Vorstand erneut ausschließlich verbandsöffentlich getagt. Er hat sich dabei darauf konzentriert, die organisatorische Arbeit zu leisten. Dies betraf insbesondere die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen, auf denen dann intensiv zu wechselnden Themen diskutiert und Juso-Positionen entworfen wurden. Der Vorstand hat außerdem die ihm eigenen Aufgaben wahrgenommen, die nicht direkt von den Mitgliedern erfolgen können. Dies betrifft insbesondere die Vertretung im UB-Vorstand der SPD und die Pressearbeit. Beide Bereiche wurden unseres Erachtens nach stets in enger Rückkopplung mit den Mitgliederversammlungen und vollständiger Rechenschaft ihr gegenüber erledigt. Darüber hinaus wurde für die Koordination des Wahlkampfes und unserer sonstigen Aktionen Sorge getragen. Dies geschah längst nicht vom Vorstand allein, sondern auch mit der Hilfe von vielen GenossInnen, die selbst nicht im Vorstand vertreten waren, sich aber dennoch genauso in der Verantwortung sahen. Umgekehrt freuen wir uns, dass die Übernahme von Verantwortung durch möglichst viele Vorstandsmitglieder in diesem Jahr gestärkt wurde, allerdings noch weiteres Potential besteht.

5. Mitgliederbetreuung

Neumitglieder: Auch dieses Jahr legten wir großen Wert auf die Neumitgliedergewinnung, indem wir mit jedem neuen Juso-Mitglied schnellstmöglich Kontakt aufnahmen, es zu Mitgliederversammlungen, Aktionen oder informelleren Treffen einluden und auf unseren Verteiler hinwiesen. War das Neumitglied dann zu einer MV oder ähnlichem erschienen,

standen wir auch danach noch für alle Fragen offen, erklärten Strukturen und Besonderheiten. Auch an die alten Mitglieder, die sich bisher noch nicht zum Besuch unserer Treffen durchringen konnten, gingen zwei Anschreiben, welche sich durchaus erfolgreich in Bezug auf die Gewinnung von neuen aktiven Mitgliedern erwiesen. Für den nächsten Termin ist ein Reader in Planung, der grundlegende und komplizierte Begriffe der Jusos verständlich erklären soll, um den Einstieg für Neumitglieder weiter zu erleichtern.

Liederbuch: Während der Sommerstammtische begann die Arbeit an einem eigenen Liederbuch des Juso-Unterbezirks. Es wurde eine Liederliste erstellt und für viele Lieder wurden bereits Noten und Text in ein einheitliches Layout gebracht. Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass die Rechtegewinnung an urheberrechtlich geschützten Liedern schwierig wird. Im Kontakt mit anderen Juso-Landesverbänden stellte sich heraus, dass dies für uns voraussichtlich unerschwinglich sein würde. Daher wird derzeit darüber nachgedacht, entweder ein fremdes Liederbuch anzuschaffen (z.B. der Jusos RLP oder der österreichischen JungsozialistInnen) oder aber auf Handreichungen auszuweichen.

MorgenRot: Mit dem Verbandsmagazin "MorgenRot", das durch die Initiative einiger Jusos aus Bremen-Stadt im vergangenen Jahr ins Leben gerufen wurde und seitdem monatlich erscheint, ist es uns gelungen, ein übersichtliches und kompaktes Medium zu schaffen, mit dem wir zum einen unsere Mitglieder - aber auch Externe - über die Aktivitäten und Neuigkeiten der verschiedenen Juso- und SPD-Gliederungen auf dem Laufenden halten und zum anderen ein Forum für Mitgliedermeinungen und Beiträge zur politischen Bildung anbieten. Das Magazin, das bisher aus Kostengründen ausschließlich elektronisch über die Homepages und den E-Mail-Verteiler der Bremer Jusos veröffentlicht wird, ist damit eine Mischform aus Newsletter und Zeitung und soll vor allem anstelle der bei den Jusos Bremen-Stadt nicht üblichen Sitzungsprotokolle auch Mitglieder informiert halten, die einmal nicht zu einer Mitgliederversammlung kommen können. Dass trotz personeller Defizite in der Redaktion regelmäßig über zehnteilige Ausgaben erscheinen konnten, ist als Erfolg zu werten. Für die dauerhafte Fortführung des MorgenRot ist eine personelle Erweiterung sowohl der Redaktion als auch der Autorenschaft allerdings dringend erforderlich. Auch wenn ein stärkeres Engagement der anderen Unterbezirke und der Landesorganisation sehr erfreulich wäre, werden die Jusos Bremen-Stadt als größter Unterbezirk auch weiterhin die Hauptlast zu tragen haben. Die MorgenRot-Redaktion freut sich also weiter über jede Form der Mitarbeit. Alle MorgenRot-Ausgaben findet ihr unter www.jusos-bremen-stadt.de/aktuell/morgenrot

6. Arbeit in der SPD

Stadtticket: Wir Jusos haben uns bereits Anfang 2011 im Rahmen einer Mitgliederversammlung mit dem StadtTicket ausführlicher auseinandergesetzt und Forderungen zur Verbesserung beschlossen. Ein weiterentwickelter Antrag "Soziale Mobilität 2.0 - Weiterentwicklung des StadtTickets jetzt!" wurde auf der Jusos-Landeskonferenz im Spätsommer beschlossen und im September 2011 vom SPD-Landesparteitag an die SPD-Bürgerschaftsfraktion überwiesen. Unser Ziel ist der Beschluss und nicht nur die einfache Überweisung des Antrages an die Fraktion gewesen.

Erfreulicherweise brachte die SPD-Bürgerschaftsfraktion im November 2011 einen Antrag in das Parlament ein, in dem der Senat zu verschiedenen Prüfaufträgen aufgefordert wurde. Wir begrüßen, dass sich viele unserer Ideen in den Prüfaufträgen des Antrages wiederfinden, der im Dezember 2011 von der Bürgerschaft beschlossen wurde und sehen darin einen ersten Schritt zur Optimierung des Tickets, wenn diese anschließend auch umgesetzt werden: die Überprüfung von finanziellen Auswirkungen von geänderten Mitnahmemöglichkeiten weiterer Personen, die Abschaffung des Nachtlinienzuschlags, die Möglichkeit zur Übertragbarkeit des Tickets innerhalb eines Haushaltes, die Ausgabe von Familientickets mit Zweittickets für Kinder, die Ausweitung des Nutzerkreises auf weitere Bedürftige sowie die Möglichkeiten zur besseren Vermarktung und die Ausgabe der Tickets durch die Jobcenter. Auf der anderen Seite sind wir der Ansicht, dass das Ticket in Bezug auf das Preisniveau, das derzeitige

stigmatisierende Design und in der Ausweitung des Tarifgebietes weiter verbessert werden muss! Wir Jusos werden die Weiterentwicklung auf jeden Fall weiter beobachten.

SPD-Unterbezirk: Der Wahlkampf 2011 hat uns auch finanziell vieles abverlangt. Jedoch gelang es uns, beim Unterbezirksvorstand für das Jahr 2011 ein überdurchschnittliches Budget zu aquirieren. Zudem haben wir durch den Unterbezirk aktiv an den Sitzungen zur Parteireform mitgewirkt und unsere Ergebnisse aus den Diskussionen einfließen lassen. Darunter fiel vor allem die Ausdehnung des Nominierungsrechts für Bürgerschaftsmandate auf Arbeitsgemeinschaften. Ein solches besteht bisher nicht. Jedoch besteht kein Grund für eine weitere Privilegierung von Ortsvereinen, nur diesen ein derartiges Recht anzuerkennen. Das Nominierungsmonopol der Ortsvereine rührt her von Zeiten, in denen der Schwerpunkt der politischen Arbeit auf Ortsvereinsebene stattfand. Heute wollen sich viele Menschen bei projekt- und ergebnisorientierter Arbeit einbringen, die eher in den Arbeitsgemeinschaften stattfindet. Damit geht keine Minderung der Position der Ortsvereine einher, da es sich lediglich um ein Nominierungsrecht handelt. Wir werden uns auch weiter für die Einräumung eines solchen Rechts einsetzen.

Zivilklausel: Einen Paukenschlag in der bremischen Politik konnten die Jusos mit ihrer Initiative zur Zivilklausel setzen. Ausgehend von der Diskussion über den Fortbestand der Zivilklausel an der Uni Bremen, an der sich die GenossInnen bei AStA für Alle rege beteiligt haben, haben die Jusos einen Antrag dazu verfasst und zur Weiterleitung an den Landesparteitag beschlossen. Er forderte, der Diskussion durch eine Aufnahme in das Bremische Hochschulgesetz zu begegnen. Intensive Koordination mit dem Wissenschaftsforum sowie weiteren Teilen der Partei machte letztlich einen breiten Konsens auf dem Landesparteitag für den Beschluss möglich. Mit dem Beschluss hat sich die SPD auf Initiative der Jusos als Partei des zivilen Fortschritts und der Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung positioniert - und ein bundesweites Signal in der neu aufgekommenen Debatte gesetzt. Bremen ist das erste Land, in dem von der SPD eine solche Position verabschiedet wurde. Gesetz ist es damit aber noch nicht, es heißt also dranbleiben!

7. Öffentlichkeitsarbeit

Presse: In Sachen Öffentlichkeitsarbeit können wir auf eine deutliche Verbesserung zurückblicken. Waren die Jusos früher in den Medien praktisch abwesend, sind wir in den letzten 8 Monaten 12x im Weser-Kurier (davon 3x online), 3x in der taz sowie Online und auch mit einem Filmbeitrag ("buten un binnen") bei Radio Bremen vertreten gewesen. Dabei ist es uns oft gelungen, genuine Juso-Positionen öffentlich erlebbar und verständlich zu machen. Natürlich gibt es aber noch viel Platz für Verbesserungen. Noch bessere Präsenz erfordert intensivere Arbeit, d.h. stärkere persönliche Kontakte zu MedienvertreterInnen und bessere Vorausplanung von Pressearbeit, um schneller reagieren zu können. Die Stärkung der Medienkompetenz aller Mitglieder durch einen Crashkurs könnte dazu beitragen. Wir Jusos befinden uns hier in einem Lernprozess, der aber im vergangenen Jahr gute Fortschritte gemacht hat und auf eine weiterhin positive Entwicklung schließen lässt.

Homepage und Social Networks: Die Internetauftritte wurden in diesem Jahr runderneuert. Die Homepage hat ein neues Template bekommen und grafisch damit viel an Attraktivität gewonnen. Unsere Internetseite ist für junge Leute ansprechend und bietet eine übersichtliche Navigation, viele Informationen mit wenigen Klicks und schnelle Kontaktmöglichkeiten. Durch eine stets aktuelle Terminliste, Beiträge in regelmäßigen Abständen und die Veröffentlichung des "MorgenRot" auf der Homepage, konnte deren Aktualität gewährleistet werden. Regelmäßige Neuigkeiten sind das beste Mittel, auch regelmäßige Besucher auf den Internetauftritt zu locken. Zudem wurde auch eine Kommentarfunktion zu Beiträgen auf der Homepage geschaffen, die bislang allerdings kaum genutzt wurde. Der Kontakt mit Facebook-NutzerInnen wurde durch das Erstellen einer Page und das Auflösen der bisherigen Gruppe stark verbessert. Die Vernetzung mit Twitter erhöht den Aktualitätsgrad beider Auftritte. Auch unsere Twitterseite wurde optisch überarbeitet. Nichtsdestotrotz können auch hier

Verbesserungen erreicht werden, etwa durch eine Integration der Internetauftritte der verschiedenen Juso-Gliederungen im Land Bremen sowie die Verteilung von Verantwortung auf mehr Schultern.

8. (Hoch)Schule

Juso Schülerinnen: Mit der Gründung der Juso-SchülerInnen-Gruppe Bremen begann der Auftakt einer erfolgreichen Zusammenarbeit vieler politisch engagierter Schülerinnen und Schüler, sowie der Kampf für Chancengleichheit und eine gerechte Bildungspolitik. Nach zahlreichen Jahren voll intensiver Planung ist am 26. November 2011 die Gründung der Juso-SchülerInnen-Gruppe Bremen gelungen. Mit vielen SchülerInnen von verschiedenen Bremer Schulen, die an diesem Ereignis teilnahmen, wurde die erste JSG-Sitzung und gleichzeitige Gründung zu einem Erfolg, und stellt das Fundament einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern, die eine jungsozialistische Politik verfolgen, dar. Eines der wichtigsten Ziele der JSG Bremen ist es, die Anerkennung auf der Landesebene in absehbarer Zeit zu erlangen, denn nur so wird sich in Zukunft eine gute, effektive und erfolgreiche Arbeit, sowohl auf Landes- und Bundesebene auszeichnen. Vor allem können wir auch einen stetigen Zuwachs von SchülerInnen und Schülern beobachten, welches das Etablieren der neugegründeten Juso-SchülerInnen-Gruppe begünstigen wird.

AStA für Alle: AfA konnte im vergangenen Jahr seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Bis zu den SR-Wahlen brachte der von AfA geführte AStA noch über das bereits geschaffte hinaus entscheidende Projekte auf den Weg. Bei den Wahlen konnte AfA dann sogar noch weiter zulegen. Im neuen AStA übernimmt AfA einen Großteil der Verantwortung und hat dafür gesorgt, dass der AStA als Aktivposten für die Ansprüche Bildung für Alle und Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung fungiert. Zivilklausel und Stiftungsprofessuren, Hochschulfinanzierung, 40 Jahre Uni Bremen, Hilfe für minderjährige Studierenden oder solche mit Kind und Verbesserungen der Studiensituation sind nur einige der bearbeiteten Themenfeldern. Bei dieser Arbeit profitiert AfA nicht nur von den personellen Ressourcen der Jusos, auch die Jusos profitieren von parteilosen AfA-Engagierten, die sich später vielleicht auch für die Jusos entscheiden.

HSG: Die Juso Hochschulgruppe führte in diesem Jahr zwei Wahlkämpfe. Bei den äußerst späten SR-Wahlen im März 2011 erhielten wir mit 10% der Stimmen vier Plätze im SR. Drei HSG-Mitglieder besetzten AStA-Referate. Bei den äußerst frühen SR-Wahlen im Dezember 2011 konnten wir unseren Stimmenanteil ausbauen. Allerdings kandidierten diesmal lediglich drei GenossInnen, sodass wir diesmal lediglich drei Plätze im SR erhielten. Ob Jusos AStA-Referat übernehmen werden, ist noch nicht klar. In und neben der vielfältigen Gremienarbeit der wenigen HSG-Mitglieder setzte sich die HSG vor allem dafür ein, eine Zivilklausel auch an der Hochschule einzuführen sowie den eklatanten ProfessorInnenmangel der Hochschule zu bekämpfen. Im Januar wurde ein neuer Vorstand gewählt. Henrike Adebahr und Martin Weinrich wurden durch Sherin Wanning und Hannes Grosch als neue SprecherInnen der HSG abgelöst.

9. Vernetzung

Metropolregion: Für das Jahr 2011 strebten wir die stärkere Vernetzung mit anderen Juso-Unterbezirken in der Region an. Im Dezember fand ein erstes Treffen zwischen den Unterbezirken Bremen-Stadt und Diepholz statt, auf dem wir die Möglichkeiten und den Umfang von Kooperationen erörterten.

Wir sehen die Zusammenarbeit vor allem in der Behandlung und den Austausch von gemeinsamen Themen. Beispiele hierfür sind die antifaschistische Arbeit, Bildungspolitik (Hochschulpolitik), Arbeitsmarktpolitik, aber auch die Verkehrs- und Kulturpolitik. Der Austausch soll als Basis zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten dienen, wie beispielsweise

Veranstaltungen, Seminare oder gemeinsame Mitgliederversammlungen etc. Weiter kann die Zusammenarbeit auch dafür sorgen, dass bei größeren Veranstaltungen - wie beispielsweise Demonstrationen - durch Women- und Menpower aus allen Unterbezirken eine starke Juso-Beteiligung wahrgenommen wird.

Im nächsten Schritt wurden die Juso-Unterbezirke in der Region angesprochen, ob sie an einer Zusammenarbeit interessiert sind. (Dazu zählen die Unterbezirke in den Landkreisen Ammerland, Cloppenburg, Cuxhaven, Friesland, Nienburg, Oldenburg, Verden, Osterholz, Vechta und Wesermarsch sowie in Bremen-Nord, Bremerhaven, Delmenhorst, der Stadt Oldenburg und Wilhelmshaven.) Für März 2012 ist dann das nächste Treffen mit den interessierten Unterbezirken geplant, auf dem nochmals die möglichen Themen und die Art der Zusammenarbeit in großer Runde besprochen werden soll.

Falken / AWO: Die Vernetzung mit SJD - Die Falken sowie mit dem Jugendwerk der AWO ist im vergangenen Jahr gehalten worden. Insbesondere durch personelle Überschneidungen besteht ein enger Draht. Die unterschiedlichen Aufgaben von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits und der Jugendorganisation einer Partei andererseits lassen überhaupt nur begrenzte Kooperation zu. Eine Berlinfahrt mit den Falken etwa scheiterte an bürokratischen Hürden (Parteienfinanzierung). Grundsätzlich sind eine engere Vernetzung und gemeinsame Aktionen weiter möglich! Auf allen Seiten müssen dafür in Zukunft die notwendigen personellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Gewerkschaften: Die knappen personellen Ressourcen spielen auch bei der Vernetzung mit den Gewerkschaftsjugenden eine entscheidende Rolle. Sie fand in diesem Jahr insbesondere über das Bündnis "Keinen Meter" zur Verhinderung des Naziaufmarsches und dem Bremer Bündnis für Bildung und somit noch stärker als in den Jahren zuvor statt. Eine Veranstaltung mit den Gewerkschaftsjugenden kam in diesem Jahr leider nicht zustande, wird trotz des beträchtlichen Organisationsaufwandes von den Jusos aber als wünschenswert für die Zukunft eingestuft.

... das Letzte!

Die auf der Jahreshauptversammlung 2012 aus dem Vorstand ausscheidenden GenossInnen bedanken sich bei allen Mitgliedern für das Vertrauen sowie die erfolgreiche Zusammenarbeit und wünschen ein weiter erfolgreiches Wirken für den demokratischen Sozialismus!

Bericht der AfA

Nach der Wahl der neuen AfA im UB Stadt, mit einer neuen Leitung, wurden die Arbeitsstrukturen und Ziele festgelegt. Neben der Teilnahme an den UB-Vorstandssitzungen (Gastmandat) und den AfA-Landesvorstandssitzungen lagen die Schwerpunkte auf dem Aufbau neuer Kontakte in Bremer Betrieben und dem Wahlkampf zur Bremischen Bürgerschaft.

Es ist uns durch unsere Aktivitäten gelungen, die Arbeit der AfA, zum einen auf eine neue Basis mit neuen Kolleginnen und Kollegen von der AWO über Airbus bis zu Atlas Elektronik zu stellen und zum anderen, durch Kontakte über die Gewerkschaften Ver.di, IG BAU und IG Metall und persönliche Beziehungen in einen intensiven Austausch mit Betriebsräten z. B. des Klinikums Mitte und anderen Betrieben zu treten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit, war die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes zur Bremischen Bürgerschaft. Hierbei ist besonders hervor zu heben, die Beteiligung an der Erstellung des Wahl- und Regierungsprogramms im Teil „GUTE ARBEIT“ die Erstellung zweier eigener Flyer für den Wahlkampf, die Verteilung der Flyer vor den Toren von

großen Bremer Betrieben wie Airbus und Daimler und innerbetrieblich in anderen großen Betrieben sowie Eigengesellschaften der Stadt Bremen.

Insgesamt sind so ca. 10.000 Wahlkampf-Flyer der AfA im UB Bremen-Stadt verteilt worden.

Konsequent gegen Lohn- und Sozialdumping

Das Normalarbeitsverhältnis muss der Eckpfeiler der Wirtschaft sein. Das gilt für Männer und Frauen. In den letzten Jahren ist die Zahl prekärer, sozial schlecht oder gar nicht abgesicherter und schlecht entlohnter Beschäftigungsverhältnisse erheblich gewachsen. Der prekäre Beschäftigungssektor hat auch negative Auswirkungen auf die Stammbeschäftigten und führt dort zu Lohn- und Sozialdumping.

Die SPD setzt sich dafür ein, den prekären Beschäftigungssektor zurückzuführen und überall sozialversicherungsspflichtige und tarifrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse etablieren.

Es ist mit unserer Überzeugung und mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit auf ergänzende Zahlungen des Staates angewiesen sind. Das verstößt gegen die Menschenwürde. Die Einführung eines Mindestlohns ist dafür ein wichtiger Schritt!



Mitbestimmung

Die Mitbestimmung schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ist zugleich ein Standortvorteil für unsere Unternehmen. Betriebliche Mitbestimmung ist ein Kernelement gesellschaftlicher Teilhabe in den Betrieben und Behörden. Sie steht für sozialen Frieden und gesellschaftliche Stabilität. Demokratie darf am Arbeitsplatz nicht Halt machen.

Für uns gehört die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer freien Gesellschaft – genauso wie Tarifautonomie und Arbeitnehmerschutz. Deshalb stehen wir zu der betrieblichen Mitbestimmung.



Wählen gehen!
22. Mai 2011

Wir wollen mehr

Darum SPD wählen:

- Wir wollen den Mindestlohn
- Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern
- Ausbau der Kinderbetreuung
- Für die betriebliche Mitbestimmung
- Ausbau des Arbeitsschutzes
- Gerechte Bezahlung an Sonn- und Feiertagen
- Gegen Lohn- und Sozialdumping



AfA in der SPD
Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen



www.spd-bremen-stadt.de
Email: UB-Bremen-Stadt@spd.de

Wer wählt bestimmt mit!

Am 22. Mai 2011 wählen gehen!

Mehr Informationen zum aktuellen Wahlprogramm erhalten Sie hier:



AfA in der SPD
SPD Unterbezirk Bremen-Stadt
Obernstraße 39-43
28195 Bremen
Telefon: (0421) 3 50 18-0
Email: UB-Bremen-Stadt@spd.de



www.spd-bremen-stadt.de

Dass die SPD bei der Bürgerschaftswahl 2011, nach den Analysen, u. a. bei den gewerkschaftlich organisierten Wählern, überdurchschnittlich zulegen konnte, ist der klaren Positionierung zu den Themen soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze sichern und schaffen, gute Kandidaten aus dem gewerkschaftlichen Bereich und sicherlich auch dem hohen persönlichen Einsatz aller Beteiligten zu verdanken.

Weitere Punkte die zu benennen sind, sind die regelmäßig durchgeführten Gesprächsrunden mit der Senatorin für Arbeit und dem Senator für Wirtschaft, zu den Themen Leiharbeit und Mindestlohn, sowie die Beteiligung beim Tanz in den Mai, dem Maizelt und der AfA-Regionalkonferenz für die norddeutschen Bundesländer.

Festzustellen, bleibt vorab, dass für alle Beteiligten, dies eine weitere zusätzliche ehrenamtliche Arbeit für die Partei zu anderen Gremien wie Ortsverein und / oder Beiratstätigkeit ist und somit die Zeit, die zur Verfügung steht, sehr begrenzt war und auch in Zukunft sein wird. Trotz allem, ist uns, eine gute inhaltliche und parteiunterstützende Arbeit gelungen.

Wir möchten allen, die uns dabei unterstützt und daran mitgewirkt haben, danken!

Für die AfA

Markus Bendig und Inge Briggs

Bericht der ASF

Die ASF legte in ihrer Arbeitsperiode 2010-2012 den Schwerpunkt auf die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen zu kulturellen und politischen Themen. Zusätzlich trat die ASF als Mitveranstalterin bei zahlreichen Events auf bzw. war bei den Terminen der Partnerinnenorganisationen vertreten wie beispielsweise durch Delegierte in den Bremer Frauenausschuss und im Rahmen des Internationalen Frauentages. Ein gesellschaftlicher Glanzpunkt ist in jedem Jahr das Schafferinnenmahl. Die ASF lädt hierzu jedes Jahr 100 Frauen ein. Planung und Organisation liegen in der Hand vom *Arbeitskreis Schafferinnen*.

Termine und Veranstaltungen:

21.10.2010	Schafferinnenmahl, zu Gast Heidi Merk: „Ehrenamt – Typisch Frau?“
06.02.2011	40 Jahre ASF in Bremen, Neujahrsempfang
13.03.2011	Die ASF Bremen und die Kandidatinnen der SPD für die Bürgerschaft luden Frauen zur Filmvorführung „WE WANT SEX“ ins Kino Atlantis ein. (Beteiligung an den Aktionen rund um den 100sten Jahrestag des Internationalen Frauentages am 08. März 2011)
25.03.2011	Equal Pay Day in Bremen
27.10.2011	Schafferinnenmahl 2011, Referentin war Frauenrechtlerin Seyran Ates
05.02.2012	Neujahrsempfang im CITY46

Seit 2010 gibt es die Veranstaltungsreihe *Frauen.Salon Bremen*. Der *Frauen.Salon Bremen* greift die Idee des Bremer Juso Frauensalons von 2006 auf, und knüpft an die berühmte Salonkultur ab dem späten 16. Jahrhundert an. Damals entstanden in den Wohnzimmern und Häusern berühmter Frauen regelmäßige Orte der Begegnung, der politischen Debatte und der Unterhaltung. Das Konzept des Frauen.Salon Bremen zielt auf die Einrichtung eines niedrigschwelligen Angebotes, um politisch interessierte Frauen an die Inhalte Sozialdemokratischer Politik heranzuführen. Verantwortlich für die Organisation ist Gesa Wessolowski.

Bisher stattgefunden haben Vorträge und Diskussionen zu folgenden Themen:

- „Extrem rechte Mädchen und Frauen in Deutschland“ Rena Kenzo, Journalistin und Gründerin des Forschungsnetzwerks „Frauen im Rechtsradikalismus“.
- „Klimaschutz und Klimawandel“ Dr. Susanne Nawrath, Wissenschaftliche Leiterin des Klimahaus 8° Ost, Bremerhaven.
- „Richtig mächtig in den Medien? Die Darstellung von Männern und Frauen in Führungspositionen“ Dr. Kathrin Müller, Universität Lüneburg.
- Nächster Termin: 01.03.2012 Lesung „Feminismus – und morgen? Was bleibt? Was nun? Was tun?“
- Mit eigenen Pressemitteilungen nahm die ASF an der öffentlichen politischen Diskussion teil: „Soziales Klima für Familien mit Kindern retten“, SPD-Frauen fordern verlässliche Planung der Sozialsenatorin zur Hortsituation (15.12.2011). „Mindestlohn - nicht schönreden, sondern auszahlen“ (09.01.2012). „Hilfsangebote für Betroffene von sexueller Gewalt sind unverzichtbar“ (23.01.2012)

Für die ASF
Verena Behrens

Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60 Plus

Nach 9 Jahren unter dem Vorsitz von Iselin von Ehrenstein wurde Ekkehard Grimm 2010 zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Die erste vom neuen Vorstand im April 2010 zu bewältigende größere Aktivität war der bundesweit alljährlich vom SPD 60 Plus Bundesvorstand propagierte „Tag der älteren Generation“.

In Bremen haben wir an diesem Tag neben dem Haus der Bürgerschaft 2010 und 2011 einen Infostand aufgebaut und für die Ziele der SPD und der AG 60 Plus geworben. Dabei zeigte sich in Gesprächen mit Passanten immer wieder, dass die unter tatkräftiger Führung der SPD beschlossene Hartz IV Reformen, die Rente mit 67 und auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch immer nicht „verdaut“ sind. Wie überhaupt von der SPD in Bremen und in Berlin erwartet wird, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des fairen Umgangs mit den Bürgern starke Beachtung finden.

So sind denn auch die Probleme der Pflege- und der Krankenversicherung immer wieder Themen, die bei 60 Plus auf der Tagesordnung stehen. Zumal die Regierung in Berlin dabei ist, bewährte Strukturen „zu reformieren“, die solidarische soziale Sicherung verlassen will und immer wieder den politisch risikoreichen Ansatz der Liberalisierung / Privatisierung der sozialen Risiken verfolgt. Da ist es erfreulich, dass die SPD mit dem politischen Konzept der solidarischen Bürgerversicherung eine Alternative entwickelt hat.

Um über die Auswirkungen dieser bedrohlichen Entwicklung informiert zu sein, haben wir mit fachlich zuständigen Stellen, wie der Handelskrankenkasse, der Bremer Heimstiftung, der Arbeiterwohlfahrt, der Sozialbehörde oder mit der Sozialsenatorin den Kontakt gesucht. Aber nicht nur die „große“ Politik war Gegenstand unserer Beratungen.

So haben wir uns u. a. den sehr interessanten Vorschlag „ANTI ROST – Senioren helfen Senioren“ vom ehem. Bremerhavener Sozialstadtrat Wilfried Töpfer erläutern lassen. An der Umsetzung dieses Ansatzes, dass engagierte ehrenamtliche ältere Helfer ihr Wissen und Können einsetzen und so mithelfen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung verbleiben, wird noch gearbeitet.

Auch sind wir als AG 60 Plus mit Bürgermeister Jens Böhrnsen, mit unserem Bundestagsabgeordneten Carsten Sieling oder mit dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zusammengetroffen, um aktuelle politische Fragen anzusprechen. Alle haben nachdrücklich versichert, offen zu sein für die Belange älterer Menschen und die AG 60 Plus bei der Bewältigung anstehender Aufgaben zu unterstützen.

Auch haben wir – noch nicht abschließend – immer wieder auftauchende Probleme mit dem Bremer ÖPNV diskutiert. Dazu soll es im Frühjahr 2012 zu einem Treffen mit dem Vorstand der BSAG kommen.

Das elektronische Computerzeitalter macht keinen Halt vor den Älteren in der SPD. So ist es nach einigen Anlaufproblemen gelungen, die Internetpräsenz der AG 60 Plus ins Netz zu bringen.

Als tatkräftiger Umsetzer und Initiator hat sich dabei das 60 Plus Mitglied Peter Busch verdient gemacht. Mit seiner Tatkraft und der Unterstützung unseres Bürgerschaftsabgeordneten Rainer Hamann haben wir inzwischen einen Internetauftritt für die AG 60 Plus etabliert.

Der nächste Schritt, die Installierung einer allgemeinen E-Mail-Erreichbarkeit für alle 60 Plus Mitglieder ist noch nicht vollzogen. Aber angesichts der immer „dünnere“ werdenden personellen Betreuung in der Partei durch hauptamtliche Kräfte, unverzichtbar. Die

vorhandenen klassischen postalischen Organisationsstrukturen sind teuer, zu langsam und zu umständlich.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in der zurückliegenden Zeit war das Herangehen an ein Hauptproblem unserer 60 Plus Organisation, für eine breitere Beteiligung der AG Mitglieder zu sorgen, die Arbeit auf mehr Köpfe zu verteilen, mehr Genossinnen und Genossen für die politische Arbeit zu gewinnen und einzubinden. So wird es bei den anstehenden Neuwahlen unverzichtbar, darauf hinzuweisen, dass Mitarbeit bei 60 Plus über die Anwesenheit in Vorstandssitzungen und Delegierten-Versammlungen hinausgeht. Zur Vorbereitung auf diese Entwicklung haben wir Ende 2011 eine Aufgabenverteilung mit klaren Verantwortlichkeiten beschlossen, die entlastet und Raum für zusätzliche politische Aktivitäten freimacht. Sie wird für den kommenden Vorstand ein Organisationsrahmen sein.

Als einer der ersten Konsequenzen aus dieser neuen Aufgabenverteilung, ist neben der Benennung eines Internetbeauftragten, die Installierung von Kulturbeauftragten für die AG 60 Plus zu nennen.

Gudrun Wagner und Margret Krolow kümmern sich schon jetzt um kulturelle Aktivitäten für 60 Plus Mitglieder, in der Erkenntnis, dass kulturelle Aktivitäten und Kulturpolitik auch für viele Ältere eine große Bedeutung haben. Dabei handeln wir nach dem Motto von Pablo Picasso: „Kunst und Kultur wäscht den Staub des Alltags von der Seele“. Zur Stärkung dieses Ansatzes wurde Ende 2011 ein Treffen mit der Staatsrätin beim Kultursenator, Carmen Emigholz, durchgeführt. Weiterführende Planungen wurden besprochen.

Ein, die gesamte Partei, damit auch die AG 60 Plus, stark berührendes Thema war die Vorbereitung der Bürgerschaftswahl 2011. Wegen des neuen Wahlsystems, mit der Möglichkeit 5 Stimmen zu vergeben, haben wir mehrere Zusammenkünfte mit Vertretern des Wahlamtes zur Information von Multiplikatoren aus dem Kreis der 60 Plus Delegierten, durchgeführt. Ziel war das Kennenlernen und die verständliche Erläuterung des neuen Wahlsystems.

In der Folge haben wir unseren Wahlkampfbeitrag an den Infoständen aber auch mit Hilfe unserer Spitzenkandidaten aus Senat und Bürgerschaft, auf die Älteren konzentriert, die in Bremer Alteneinrichtungen verkehren und leben. Dabei haben Ulrich Mäurer, Christian Weber und auch Henning Scherf tatkräftig mitgeholfen.

Die Beteiligung an der Erarbeitung des SPD Regierungsprogramms war für 60 Plus eine wichtige Aufgabe. Nicht alle Wünsche sind in die Koalitionsvereinbarung eingegangen. Es bleibt aber festzustellen, dass es viele Punkte in der Vereinbarung gibt, in denen wir uns wiederfinden.

Die Beteiligung der Vertreter von 60 Plus am Bürgerschaftswahlkampf war insgesamt gut. Das Wahlergebnis ist bekannt und ist für uns als SPD erfreulich, obwohl die insgesamt niedrige Wahlbeteiligung Sorgen bereitet und für die Zukunft auch für 60 Plus eine große Herausforderung ist.

Allerdings hätten wir nach dem Wahlergebnis erwartet, dass mehr als ein Vertreter der AG 60 Plus an der Arbeit der Fraktion als Deputierter beteiligt wird, ist doch die Mitarbeit in der Fraktion und der sich daraus ergebende Informationsfluss für die politische Wirksamkeit und für die Erreichung von politischen Zielen unverzichtbar. Leider war es nur möglich, Bernd Grottko als Vertreter der AG 60 Plus in die Fraktion und in die Deputation für Gesundheit zu entsenden. Das ist gemessen an der Größe unserer AG nicht ausreichend! Wir fordern deshalb, dass Partei und Fraktion den Älteren in Zukunft mehr Beachtung schenken.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, dass der neue Sprecher der Sozialdeputation, Klaus Möhle, sich offen, kollegial, interessiert und einsatzbereit für Themen der AG 60 Plus gezeigt hat. So hat er mitgeholfen, dass die von der Deputation Soziales zu wählenden SPD Mitglieder für die Seniorenvertretung ausnahmslos gewählt wurden. Damit

können Vorstand und Delegiertenkonferenz der Seniorenvertretung auf eine solide sozialdemokratische Mehrheit bauen.

Ein für die AG 60 Plus bedeutendes politisches Ereignis war der vom 31.08. bis 01.09. 2011 in Berlin abgehaltene Bundeskongress der AG 60 Plus.

Unter dem Motto „Gut und sicher leben“ trafen sich die Delegierten aus ganz Deutschland, um politische Themen und Forderungen aus der Sicht der älteren Sozialdemokraten zu diskutieren. Die AG 60 Plus vom UB Bremen war mit Iselin von Ehrenstein, Bernd Grottke und Ekkehard Grimm dort vertreten.

Für die AG 60 plus
Ekkehard Grimm

Beschlussbericht

Die Beschlüsse der Parteitage für die Wahlperiode 2010/2011 sind chronologisch aufgeführt. Am Schluss wird jeweils über Veranlassung und Ergebnis berichtet.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
01	A 1/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Habenhausen Arsten OV Horn-Achterdiek OV Kattenturm/Kattenesch

Den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung verhindern

Die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene plant weit reichende Veränderungen in der Gesundheitspolitik, die zu einer deutlichen Belastung der gesetzlich Versicherten in der Kranken- und der Pflegeversicherung führen werden.

Übergreifendes Ziel ist dabei die Privatisierung von Krankheits- und Pflegerisiken. Der Einstieg hierzu erfolgt gegenwärtig über die Zusatzbeiträge für die Krankenkassen. Folgende Instrumente sind außerdem vorgesehen:

- Dauerhaftes Einfrieren des Arbeitgeberanteils – was nichts anderes bedeutet als eine einseitige Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
- Einkommensunabhängige Beiträge als langfristiges Ziel . Das ist die Einführung der Kopfpauschale
- Die gesetzliche Krankenversicherung soll zur Teilkasko-Versicherung gestutzt werden. Das bedeutet die Ausgliederung von Versicherungsleistungen und der endgültige Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin.
- Erleichterter Wechsel in die Private Krankenversicherung – was letztlich die Entsolidarisierung der Versichertengemeinschaft fördert.

Zwar stellt der Koalitionsvertrag fest, dass krisenbedingte Einnahmeausfälle der Krankenkassen nicht alleine den Versicherten aufgebürdet werden dürfen. Allerdings ist vor dem Hintergrund stagnierender oder sinkender Beitrags- und Steuereinnahmen abzusehen, dass die Bundesregierung die Zusatzbeiträge nicht länger begrenzen wird. Das trifft vor allem Kranke, Ältere und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Harz IV Empfänger. Mit diesen Maßnahmen verabschiedet sich die CDU/CSU/FDP Bundesregierung von einer solidarischen und zukunftssicheren Gestaltung des Gesundheitssystems. Die Kosten des Gesundheitswesens werden zunehmend einseitig den gesetzlich Versicherten aufgebürdet.

Die SPD im Unterbezirk Bremen-Stadt lehnt jeden Versuch der einseitigen Belastung der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Rentnerinnen und Rentner sowie Harz IV Empfängern mit den Kosten des Gesundheitswesens sowie die zukünftigen Schritte in eine Privatisierung von Krankheitsrisiken ab. Die schwarz-gelbe Koalition knickt vor den Lobbyinteressen von Pharmaindustrie, Ärztesfunktionären und Apothekern ein. Zusatzbeiträge wurden bewusst von Angela Merkel in der Gesundheitsdebatte 2006 durchgesetzt – gegen den Widerstand der SPD, die mit der Deckelung auf 8 Euro ohne Einkommensprüfung das Schlimmste verhindert hat. Die CDU hat Zusatzbeiträge immer als kleine Kopfpauschale begrüßt, die den Weg in die große Kopfpauschale ebnen soll. Versicherte mit niedrigem Einkommen und Rentnerinnen und Rentner betrifft das besonders hart, weil Zusatzbeiträge einkommensunabhängig sind. Ein sozialer Einkommensausgleich durch Steuern, wie es der FDP vorschwebt, ist bei den gegenwärtigen und geplanten Steuererleichterungen für ihre Klientel, der Haushaltslage sowie dem gewünschten zukünftigen „zweistufigen Einkommenssteuermodell“ keine gerechte gesellschaftliche Alternative. Der soziale Steuerausgleich müsste nach diesen Plänen, solange es keine Steuergerechtigkeit gibt, hauptsächlich von den unteren und mittleren Einkommen weiterhin getragen werden.

Die SPD im Unterbezirk Bremen-Stadt lehnt Zusatzbeiträge ab und wird sich dafür einsetzen, dass das Gesundheitssystem wieder voll paritätisch finanziert und ein solidarisches System erhalten bleibt. Der beste Weg dafür ist die Einführung einer Bürgerversicherung die von jährlichen staatlichen Haushaltsberatungen abgekoppelt ist und eine paritätische Finanzierung vorsieht.

Veranlassung: übersandt an die SPD-Landesorganisation

Ergebnis: Beschlossen auf dem Landesparteitag vom 5. Juni 2010. Diese Position wurde auch Bestandteil des SPD-Regierungsprogramms für die Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 und wurde nach erfolgreicher Wahl in die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015 aufgenommen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
02	A 2/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Habenhausen/Arsten OV Kattenturm/Kattenesch

Nachtflugeinschränkungen

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt lehnt eine Aufweichung der Nachtflug-Einschränkungen entschieden ab. Der SPD-Unterbezirk bekräftigt vielmehr seinen Beschluss vom April 2009, in dem er Maßnahmen zur Begrenzung und Reduzierung des Nachtfluglärms fordert. Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Der Unterbezirksparteitag fordert den Senat auf, den Senator für Wirtschaft und Häfen zu verpflichten die Einhaltung in der Genehmigung des Verkehrsflughafen Bremen unter Buchstabe E. festgelegten Flugbeschränkungen konsequent zu überwachen und Ausnahmegenehmigungen nur nach den festgelegten Kriterien zu erteilen sowie diese als begründete rechtsmittelfähige Bescheide zu veröffentlichen.

Veranlassung: übersandt an den Senator für Wirtschaft

Ergebnis: Der Flughafen Bremen ist für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Bremen von großer Bedeutung. Gleichzeitig stellen die Lärmimmissionen die von einem Flughafen ausgehen für die Bevölkerung in der Umgebung des Flughafens insbesondere zu Nachtzeiten eine ernsthafte Beeinträchtigung dar. Hier gilt es, einen fairen Interessenausgleich zu finden. Die grundsätzliche Forderung des Beschlusses das Nachtflugverbot konsequent durchzusetzen und die Ausnahmegenehmigung so weit wie möglich zu beschränken hat auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden.

Dort heißt es auf Seite 18:

„Für die Entwicklung eines Stadtflughafens ist die Akzeptanz in der Bevölkerung ein wichtiger Faktor. Seine Lage in der Stadt zwingt schon heute zu strengen Auflagen sowohl beim Lärmschutz wie bei den Flugzeiten. Die Zahl der Nachtflüge muss deutlich gesenkt werden. Die vorgeschriebenen

Nachtflugbeschränkungen sind einzuhalten. Sondergenehmigungen für Nachtflüge sollen nur in zwingenden Ausnahmefällen erteilt werden. Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, bundesweit einheitliche Standards für Nachtflüge einzuführen.

Zudem wollen wir die Flughafenengebühren so ändern, dass höhere Zuschläge für Landungen in der Nachtzeit erhoben werden. Zudem ist die Transparenz bei der Genehmigung und Ablehnung von Nachtflügen zu verbessern. Bei den Gebühren des Flughafens sollen künftig auch emissionsabhängige Tatbestände stärker berücksichtigt werden. Wir setzen uns weiterhin für größtmögliche Transparenz der Sitzungen der Lärmschutzkommission des Flughafens ein.“

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen arbeitet an der Umsetzung dieses Auftrages der Koalitionsvereinbarung.

Neben einer restriktiven Haltung bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen soll durch eine Veränderung der Gebührenstruktur eine weitere Lenkungswirkung erreicht werden. Die Gebühren für Nachtflüge sollen erhöht und die Lärmimmission bei der Gebührenhöhe berücksichtigt werden.

Die Ausnahmegenehmigungen ergehen als schriftliche Bescheide, soweit der zeitliche Vorlauf dies zulässt. Ansonsten wird die Ausnahmegenehmigung mündlich erteilt. Auch eine mündlich erteilte Ausnahmegenehmigung wird allerdings im Internet dokumentiert. Gegen die Genehmigung steht der Verwaltungsrechtsweg unabhängig von der Form des Bescheides offen.

Zukünftig wird die Transparenz weiter verbessert und ab 2012 werden auch abgelehnte Ausnahmeanträge und die Gründe für die Abwägungsentscheidung bei genehmigten Ausnahmeanträgen öffentlich dokumentiert.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
03	A4/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Findorff

Abschaffung der Straffreiheit im Falle einer Selbstanzeige für Steuerhinterziehung (§ 371 AO)

Begründung:

Die SPD Bremen fordert die Streichung des § 371 AO. Nach § 371 Abgabenordnung ist die Steuerhinterziehung im Falle einer Selbstanzeige selbst dann noch straffrei, wenn der Steuervorgang schon abgeschlossen ist, d.h. der Schaden für die Allgemeinheit (strafrechtlicher Erfolg) schon eingetreten ist. Diese Privilegierung gegenüber anderen Kriminellen ist Ausdruck der überkommenen Klassendifferenzierung im Strafrecht. Es sind keine Gründe ersichtlich, warum der Rücktritt im Falle eines Steuerdeliktes anders zu bewerten sein soll als beim Diebstahl oder Betrug. Das Privileg ist Ergebnis einer falschen Struktur der Steuerbehörden. Da

die Länder die Steuerverwaltung organisieren und damit auch Steuerfahnder besolden, während der Bund den Vorteil aus deren Arbeit zieht, ist die Steuerverwaltung chronisch unterbesetzt. Dabei tragen sich die Steuerprüfer nicht nur selbst, sondern erwirtschaften für den Fiskus und damit für die Gesellschaft einen respektablen Gewinn. Die Länder treten, so die Diagnose des Bundesrechnungshofes, in einen ruinösen Wettbewerb um eine Steuerfahndung mit dem größten Vollzugsdefizit, in der Hoffnung, dieses werde von den Unternehmen als Standortvorteil wahrgenommen. In diesen Kontext gehört § 371 AO, der nur dann rechtspolitisch sinnvoll ist, wenn man eben dieses chronische Vollzugsdefizit im Steuerrecht als Prämisse setzt und dann (gleichsam zum Ausgleich) Anreize schaffen will, Steuerhinterziehung unter Mithilfe der Straftäter aufzudecken, die sich gleichzeitig von der Strafverfolgung befreien können. Im Rechtsstaat wäre die Behandlung von Steuerstraftätern nach den allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen ausreichend, d.h. in diesem Fall nach den Regeln des Rücktritts vom Versuch. Man kann es nur als Perversion des Rechts betrachten, wenn als Antwort auf die Ankündigung des Bundes, eine CD mit Daten von Steuerstraftätern zu erwerben, in großen überregionalen Zeitungen halbseitige Anzeigen von Steuerrechtskanzleien erscheinen, mit der Aufforderung sich beraten zu lassen, wie man sich strafbefreiend selbst anzeigt. Das muss abgestellt werden. Die SPD Bremen wird aufgefordert alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit der Gesetzgeber § 371 AO aus dem Steuerrecht streicht.

Veranlassung: übersandt an Landesparteitag

Ergebnis: auf dem LPT am 5. Juni 2010 beschlossen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
04	A9/2010	10. April 2010 (JHV)	ASF

Der Präsident des Senats, Herr Jens Böhrnsen, wird aufgefordert, von seinem Vorschlagsrecht für die Teilnahme am Schaffermahl in der Form Gebrauch zu machen, dass er mindestens einen weiblichen Gast benennt.

Veranlassung: übersandt an Bürgermeister

Ergebnis: Bürgermeister Böhrnsen hat in einem persönlichen Gespräch dem „Haus Seefahrt“ als Veranstalter der Schaffermahlzeit die Absicht mitgeteilt, zur Schaffermahlzeit 2011 die Einladung von zwei Frauen vorzuschlagen. Darüber ist in den Gremien des „Haus Seefahrt“ beraten worden mit dem Ergebnis, dass die Umsetzung eines solchen Vorschlages wohl keine Mehrheit finden würde. Der Bürgermeister hat daraufhin dem „Haus Seefahrt“ mitgeteilt, dass er deshalb von seinem Vorschlagsrecht gar keinen Gebrauch machen würde.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
05	A11/2010	10. April 2010 (JHV)	Jusos

Wer hat, dem gibt Schwarz-Gelb - nicht mit uns!

Die SPD lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte drastische Erhöhung des einkommensunabhängigen Teils der Stipendien der Begabtenförderungswerke ab. Zur selben Einschätzung gelangt die SPD bei der Beurteilung des zusätzlich geplanten 'Nationalen Stipendienprogramms'. Wie die im September erschienene Studie des Hochschulinformationssystems gezeigt hat, stammen zwei Drittel der durch die Begabtenförderungswerke geförderten Studierenden aus Akademikerhaushalten. Sie schaffen es ohnehin bereits häufiger bis zur Hochschulreife und nehmen ein Studium auf. Viele der durch die zwölf großen Stiftungen geförderten Studierenden könnten auch ohne ein Stipendium problemlos ein Studium aufnehmen – was sich auch daran erkennen lässt, dass sie überproportional oft bereits das elterliche Heim verlassen haben.

Diese Zahlen zeigen uns SozialdemokratInnen außerdem, dass ein Stipendiensystem mit seinen Leistungsanforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber sowohl im akademischen als auch im persönlichen Bereich keine Alternative zum BAföG darstellt. Die für die Vorhaben eingeplanten Mittel sind stattdessen für eine Erhöhung der BAföG-Sätze sowie eine Ausweitung der Bezugsberechtigung zu verwenden. Auf diese Weise wird die Situation finanzschwacher Studierender verbessert und strukturelle Probleme durch das so genannte 'Mittelstandsloch' abgemildert.

Veranlassung: Übersandt an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Ergebnis: Eine Ausweitung des BAföG ist im Sinne der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, liegt aber in der Kompetenz der Bundesregierung. Auf der Basis der Koalitionsvereinbarung setzt sich der Bremer Senat jedoch auf der Bundesebene für die Weiterentwicklung des BAföG sowie für eine Anpassung der Bedarfssätze an die Preisentwicklung ein.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
06	A12/2010	10. April 2010 (JHV)	Jusos

Kindergeld für alle Kinder!

Das Kindergeld soll zukünftig nicht mehr auf den Empfang der so genannten „Hartz IV“-Leistungen angerechnet werden. Das Sozialgesetzbuch – Buch II ist daher dahingehend zu reformieren, dass die Arbeitslosengeld II-Leistungen unabhängig vom Kindergeld gewährt werden. Dabei sind die Arbeitslosengeld II-Regelsätze für Kinder, aber auch für Erwachsene bedarfsentsprechend zu erhöhen. Die SPD-Bundestagsabgeordneten des Landes Bremen sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine dementsprechende Reform einzusetzen. Darüber hinaus fordern wir den Senat auf, mit demselben Ziel eine Bundesratsinitiative vorzunehmen.

Das Gesetz zur Beschleunigung des Wachstums, das am 01.01.2010 in Kraft getreten ist, sieht eine Kindergelderhöhung vor, die eine Wirkung gegen die Kinderarmut haben soll. Die Kindergelderhöhung hat für die Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und –Bezieher aber keine

Wirkung beziehungsweise auch keine Bedeutung, da das Kindergeld in voller Höhe auf den Arbeitslosengeld II-Anspruch angerechnet wird. Faktisch erhalten also nur diejenigen Familien Kindergeld, die keine ALG II-Leistungen beziehen. Der gestiegene Bedarf ihrer Kinder wird durch diese unsinnige Praxis der schwarz-gelben Bundesregierung nicht berücksichtigt. Dies ist eine erhebliche Ungleichbehandlung zulasten der Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Bezieher. Kinder erster und Kinder zweiter Klasse darf es für einen sozialen Staat nicht geben! Seit Einführung des Arbeitslosengeldes II leben zahlreiche Familien und Kinder in Armut. Den größten Anteil der Betroffenen machen die Kinder aus und sie tragen auch die größte Last. Sie müssen unter Armutbedingungen lernen und über die Bildung versuchen, ihre soziale Situation langfristig zu verbessern. Armut beinhaltet gravierende Defizite an gesellschaftlicher Chancengleichheit und ist für uns nicht hinnehmbar.

Veranlassung: übersandt an die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Jugend und Frauen

Ergebnis: Das Kindergeld wird bei Empfängern von Arbeitslosengeld II weiterhin angerechnet. Allerdings hat sich die Debatte um Kinderarmut weiter entwickelt. Eine Grundsicherung für Kinder ist im Gespräch und hat auch Eingang in die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags gefunden. Also: ein wichtiger Debattenbeitrag.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
07	A 13/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Schwachhausen Süd/Ost

Weiterentwicklung des Datenschutzes

Nach den Skandalen der letzten Jahre ist klar: die Weiterentwicklung des Datenschutzes ist notwendig.

Das Konzept des Datenbriefs kann dazu beitragen, die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch Unternehmen, Behörden oder sonstigen Stellen transparenter zu gestalten.

Der Datenbrief sieht vor, dass Bürgerinnen und Bürger über die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe ihrer Daten informiert werden, einmal pro Jahr sollen entsprechende Mitteilungen über die Verarbeitung zur Verfügung gestellt werden.

Diese Mitteilungen können elektronisch, per Briefpost oder – wenn vorhanden – über ein Kundenportal zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für das Konzept Datenbrief einzusetzen und entsprechende Initiativen zu entwickeln.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: auf dem LPT am 5. Juni 2010 beschlossen

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
08	A 14/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Schwachhausen Süd/Ost

Aktiver Gesundheitsschutz. Einsatz von schwefelarmen Heizöl als Brennstoff in Immobilien der Stadt Bremen

In herkömmlichem Heizöl ist bis zu 0,2% Schwefel enthalten, der bei der Heizwärmeerzeugung zu Schwefeldioxid verbrennt.

Schwefeldioxid trägt in erheblichem Maß zur Luftverschmutzung bei: Es ist der Grund für sauren Regen, wobei sich das Schwefeldioxid mit Wasser zu Schwefliger Säure (H₂SO₃) umsetzt.

Die SPD- Fraktion wird aufgefordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa anzuhalten, dass die zuständigen Stellen der Immobilien Bremen den Einsatz schwefelarmen Heizöls anstelle des normalen Heizöls prüfen und die Ergebnisse kurzfristig vorlegen.

Veranlassung: übersandt an SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Auf eine mündliche Anfrage der SPD-Bürgerschaftsfraktion erklärte die Senatorin für Finanzen, dass Bremen im Wesentlichen bereits zum damaligen Zeitpunkt mit schwefelarmem Heizöl beliefert wurde, auch wenn die bestehenden Rahmenverträge den Lieferanten dazu nicht verpflichteten. Bei der europaweiten Ausschreibung des Rahmenvertrages zur Heizöllieferung ab 1. Januar 2011 wurde die Verwendung schwefelarmen Heizöls verpflichtend aufgenommen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
08	A 15/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Osterholz

Schulreform verlässlich gestalten!

- Der Aufbau der Oberschule,
- die Einführung der Inklusion,
- der weitere Ausbau der Ganztagschulen,
- die Sprachförderung,
- die Werkschulen

sollen im Rahmen des Sanierungskurses als politische Schwerpunkte abgesichert werden.

Der Sanierungskurs des Landes Bremen ist ehrgeizig und nur umsetzbar, wenn alle Bereiche des Landeshaushaltes und der Stadt dazu beitragen. Die Sozialdemokratische Partei in Bremen wird sich dieser Herausforderung stellen und im Hinblick auf die nächsten fünf Jahre für eine sozialdemokratische Schwerpunktsetzung Sorge tragen.

Dabei kommt es besonders auf soziale Gerechtigkeit und Verlässlichkeit an.

Hier stehen wir durch unseren Landesparteitagsbeschluss vom 7. Oktober 2008 im Wort. Wir haben die Schulentwicklung im Land Bremen in Gang gesetzt, 23 Oberschulen haben sich voller Vertrauen auf unsere Beschlüsse, das neue Schulgesetz und den Bremer Konsens der Parteien

auf den Weg gemacht. Zum 01. August 2011 starten die letzten fünf Schulzentren und entwickeln eine Schule für alle Kinder.

Einige erfolgreiche Beispiele an Schulen im Reformprozess wären:

- In Gröpelingen haben wir eine neue Oberschule erfolgreich auf den Weg gebracht.
- In Horn geht die Oberschule Ronzelenstraße neue Wege in der individuellen Förderung leistungsstarker und leistungswacher Schülerinnen und Schüler.
- In der Vahr haben wir gerade den Gründungsauftrag für eine neue Oberschule auf den Weg gebracht.
- In Osterholz entwickelt sich die Gesamtschule Ost mit ihrer Oberstufe zur am besten angewählten Schule.
- In der Lerchenstraße ist die Oberschule mit Abitur nach 13 Jahren erfolgreich gestartet.
- In den Sandwehen hat die Oberschule kontinuierlich die Akzeptanz der Eltern gewonnen.

Diese Aufzählung lässt sich durch weitere Beispiele aus jedem Stadtteil erweitern.

Alle Schulen und Ortsbeiräte vertrauen darauf, dass sie jahrgangweise unter verlässlichen Rahmenbedingungen ihre Oberschulen aufbauen können:

- sie vertrauen auf eine Klassenobergrenze von 25
- kleinere Klassen bei sozialschwieriger Lage
- kleinere Klassen bei gemeinsamem Unterricht mit behinderten Kindern
- die Fortführung der Ganztagsentwicklung und
- sie vertrauen auf angemessene Ausstattung bei der Umsetzung der Inklusion.

Alles Forderungen, die wir Sozialdemokraten selbst in unseren Programmen und Beschlüssen aufgestellt haben. Unsere Glaubwürdigkeit hängt entscheidend von der Umsetzung ab.

Für den Haushalt 2010/2011 stehen für den Beginn dieser Schulentwicklung zusätzliche Mittel im Umfang von 20 Mio. € zur Verfügung. In den nächsten Haushaltsjahren werden zusätzliche Haushaltsmittel bei dem notwendigen Sanierungskurs nicht vorhanden sein, aber die Wiederbesetzung aller Lehrerstellen würde bei sinkenden Schülerzahlen im Laufe der nächsten Jahre die weitere Schulentwicklung ermöglichen (demographische Rendite).

Gerade, wenn die Schülerzahlen geringer werden, haben die jetzt Heranwachsenden es nicht verdient, dass wir ihre schulischen Bedingungen verschlechtern. Im Gegenteil, sie sind die Generation, die für immer mehr älter werdende und pflegebedürftige Menschen sorgen muss. Gerade der ständig ansteigende Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund benötigt eine früh beginnende intensive und hochwertige Förderung. Bereits heute haben wir 50% Kinder mit Migrationshintergrund in der Grundschule.

Die finanziellen Spielräume, die durch sinkende Schülerzahlen im Bildungshaushalt entstehen, müssen wie in den anderen Bundesländern zur weiteren Qualitätsverbesserung erhalten bleiben.

Der Senat und die Bürgerschaft werden aufgefordert den Bedarf der Schulreform und die Umsetzung des Schulentwicklungsplanes abzusichern.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: auf dem LPT am 5. Juni 2010 beschlossen

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
09	A 18/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Oberneuland

Mitgliederbefragung zu den Kandidaturen um den Landesvorsitz

Der Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt fordert den Landesvorstand auf, eine Mitgliederbefragung zu den Kandidaturen um den Landesvorsitz durchzuführen. Dafür werden vier Regionalkonferenzen (2 UB-Stadt, 1 UB-Nord und 1 UB Bremerhaven) organisiert, die allen Bremer Genossinnen und Genossen eine Stimmenabgabe ermöglicht. Bei den Regionalkonferenzen erhalten die Kandidatinnen und Kandidaten die Chance sich und ihre politischen Ziele vorzustellen und diese mit der Parteibasis zu diskutieren. Der Landesvorstand stellt dabei sicher, dass das Prozedere bei allen vier Regionalkonferenzen identisch ist. Für die Abstimmung zur Wahl auf dem Landesparteitag ist das Mitgliedervotum der Regionalkonferenzen richtungsweisend.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesvorstand

Ergebnis: Die Mitgliederbefragung wurde vom SPD-Landesvorstand in der beschlossenen Art und Weise organisiert und durchgeführt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
10	A 19/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Gröpelingen OV Oslebshausen

Sporthallensanierung

Der Senat der Hansestadt Bremen wird aufgefordert:

- den Sanierungsbedarf aller stadtbremischen Turn- und Sporthallen festzustellen.
- eine Prioritätenliste zu erstellen, nach der dieser Sanierungsstau sukzessive behoben werden soll.
- anschließend eine zeitnahe Wartungen der dann sanierten Hallen zu gewährleisten.

Veranlassung: übersandt an den Senator für Inneres und Sport und an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Ergebnis: Im Zuständigkeitsbereich des Senators für Inneres und Sport steht der auch im neuen Koalitionsvertrag verankerte Grundsatz, dass die Regierungskoalition auch zukünftig Mittel für die Sanierung und Instandhaltung von Vereinsanlagen und städtischen Sportanlagen zur Verfügung stellen wird. Gänzlich neue Bauprojekte können nur in geringem Umfang und auch nur da, wo sie unabweisbar sind, realisiert werden. Unter Berücksichtigung des Sportentwicklungskonzeptes ist unser Ziel, die bestehende Sportinfrastruktur weiterentwickeln und modernisieren. Dabei wird vor allem auf eine energetische Sanierung und Erneuerung geachtet.

Bereits in den vergangenen Jahren hat das Sportamt Wert darauf gelegt, den Bürgerinnen und Bürgern Bremens adäquate Sportstätten zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund sind in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen realisiert worden, die aus der unten stehenden Übersicht zu entnehmen sind. Die Rückmeldungen aus den Sportvereinen zeigen dabei, dass die Hallen des Sportamts ganz überwiegend in einem besseren Zustand als die Schulturnhallen sind. Um auch in Zukunft in die bestehende Infrastruktur zu investieren ist eine Priorisierung in Bezug auf die in den Sporthallen des Sportamts noch durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen erfolgt. Die aufgezeigten Sanierungsmaßnahmen werden nach Aussage des Sportamts im Rahmen der Möglichkeiten durchgeführt. Diese sind ebenfalls der Übersicht zu entnehmen. Nicht in der Übersicht aufgeführt sind die reinen Umkleidegebäude an den Bezirkssportanlagen - auch hier ist das Sportamt an einem angemessenen Zustand der Einrichtungen interessiert, so dass auch hier im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Sanierungsbedarf Sportamtshallen und Umkleidegebäude, Stand: Dezember 2011

Sportanlage	Bedarf Halle	Priorität	Bedarf Hochbauten	Priorität	Notwendige bzw. erfolgte Maßnahmen
Süd	Beleuchtung, Lüftung, Heizung	1 2			
Stadtwerder	energetische Sanierung der Außenhülle Prallschutz	3 2			2007 Neubau Umkleidegebäude Halle saniert
Hemelingen	Lüftung, Heizung	1	Lüftung, Heizung	1	
Blockdiek	Lüftung, Heizung energetische Sanierung der Außenhülle	1 3			
Findorff	Lüftung, Heizung energetische Sanierung der Außenhülle	2 3	Lüftung Elektroversorgung Schiebeschränke	2 1 1	2008 Hallenboden erneuert
Gröpelingen	energetische Sanierung der Außenhülle	3			2011 Umkleidegebäude saniert
Burgwall	Lüftung, Heizung energetische Sanierung der Außenhülle	1 3	Abriss und Neubau Umkleidegebäude	1	Wirtschaftlichkeitsuntersuchung läuft
Schevemoor					
Marßel					2011 Umkleidegebäude saniert Halle saniert

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
11	A 20/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Schwachhausen Süd/Ost

Ressourcenschonende Energieversorgung Kleinwindkraftanlagen

Die Unterstützung von ressourcenschonenden, wirtschaftlichen Kleinwindanlagen wird in der Stadt/ Land Bremen unzureichend bzw. gar nicht geregelt oder gefördert. Die SPD- Fraktion wird aufgefordert, den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa anzuhalten, dass die zuständigen Stellen die bestehenden Fördermöglichkeiten für Kleinwindanlagen (Pel 0,05KW bis Pel 5KW) überprüfen und ausbauen sowie Genehmigungsverfahren optimieren.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: auf dem LPT am 5. Juni 2010 beschlossen

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
12	A 21/2010	10. April 2010 (JHV)	OV Schwachhausen Nord

Geschwisterkinder bei der Schulwahl berücksichtigen!

Der Unterbezirksparteitag/Landesparteitag spricht sich dafür aus, dass künftig die Eltern wählen können, ob Geschwisterkinder bevorzugt an einer Schule aufgenommen werden.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: auf dem LPT am 5. Juni 2010 beschlossen

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
13	Resolution	10. April 2010 (JHV)	UB-Vorstand

Resolution

Die Delegierten des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt begrüßen die Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und anderswo, in Form von Menschenketten ihren Protest gegen die von Schwarz-Gelb geplante Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke auszudrücken. Sie appellieren an alle Untergliederungen und Mitglieder in der Landesorganisation Bremen, sich am 24. April 2010 in die Menschenkette zwischen den Reaktorstandorten Krümmel und Brunsbüttel einzureihen.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: Zahlreiche Mitglieder der SPD, auch aus dem Unterbezirk Bremen-Stadt, haben an der Menschenkette teilgenommen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
14	A 23/2010	19. Juni 2010	AG 60 plus

Solidarische Krankenversicherung erhalten! Nein zur Kopfpauschale!!

SPD im Bund und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften im Bundestag und im Bundesrat, die von der Bundesregierung geplante Einführung einer unsozialen und unsolidarischen Kopfpauschale in der Krankenversicherung zu verhindern.

Dies gilt auch für die vom FDP - Bundesgesundheitsminister Rösler angedachte Vorwegeföhrung einer „kleinen“ Kopfpauschale („Gesundheitsprämie“ in Höhe von z.B. 30 €). Wir müssen verhindern, dass die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, Arbeitslose und Rentner die gesetzlich versichert sind, durch die von der FDP mit Macht vorangetriebene Kopfpauschale zu den Verlierern dieser Reform gehören werden. Sie werden zu Bittstellern gemacht, die auf staatlich und bürokratisch organisierte staatliche Sozialleistungen angewiesen sind.

Wir wollen zudem nicht hinnehmen, dass gut verdienende Privatversicherte sich aus der gesellschaftlichen Solidarität verabschieden. Wir erwarten, dass der FDP die rote Karte gezeigt wird und die SPD auf allen Ebenen, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und gesellschaftlichen Gruppen im engen Schulterschluss, sich für den Erhalt unseres solidarischen Krankenversicherungssystems und seine Weiterentwicklung zu einer Bürgerversicherung einsetzt.

Begründung

Bereits der zurzeit von vielen Krankenkassen geforderte Zusatzbeitrag von 8 € pro Monat ist von vielen Menschen mit geringem Einkommen (Arbeitnehmer mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner, Hartz IV-Empfänger) kaum noch zu verkraften.

Nun soll noch ein pauschaler Einstiegsbetrag in die Kopfpauschale hinzukommen und das so schnell wie möglich. Angedacht sind 30 € pro Monat. Dieser Betrag wäre von dem o.g. Personenkreis nicht mehr aufzubringen. Es würde das bedeuten, dass bei einem Geringeinkommen von 1000 € der Kranken-kassenbeitrag eine Steigerung von 25% bis 37% (je nach Berechnungsmodus, der zudem noch nicht klar ist) erfahren würde; bei Hartz IV-Empfängern sähe das noch schlimmer aus. Bei einem Durchschnittsverdiener mit 2500 € im Monat lägen die entsprechenden Werte bei 3,3 % bis 15%. Bei Beitragszahlern, deren Einkommen nahe der Bemessungsgrenze (3750 €) liegt, wäre der prozentuale Satz noch viel niedriger. Diese Zahlen zeigen, wie ungerecht das Vorhaben ist.

Sollte die jetzige Beitragssystematik konsequent und vollständig durch die der Kopfpauschale abgelöst werden, sähe es noch kritischer aus. Bezieher mit Einkommen über 2200 € würden entlastet, solche mit Einkommen nahe der Beitragsbemessungsgrenze sogar sehr stark. Bei Einkommen zwischen 1700 € und 2200 € ergeben sich starke Belastungen, bei Einkommen darunter sogar so stark, dass diese Menschen den mit der Kopfpauschale verbundenen Sozialausgleich in Anspruch nehmen müssten. Damit würden ca. 24 Mio. Menschen (ca. 9 Mio. Arbeitnehmer und ca.15 Mio. Rentnerinnen und Rentner), das sind ca. 30% der Bundesbürger, von Transferleistungen abhängig.

Bei der Frage der Finanzierung der Milliarden Euro für den Sozialausgleich ist zu befürchten, dass diese teilweise durch eine Erhöhung von Verbrauchssteuern geschehen soll. Das würde ebenfalls überproportional die Bezieher geringer Einkommen belasten. Darüber hinaus könnte dieses Verfahren erhebliche bürokratische Hürden mit sich bringen, die für ältere Menschen nicht zumutbar sind.

Politisch gesehen bedeutet die Einführung einer Kopfpauschale einen weiteren großen Schritt in den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung. Der Arbeitgeberanteil an der Finanzierung soll eingefroren werden. Künftige Beitragssteigerungen würden ausschließlich von Arbeitnehmern, Rentnern und sozial Schwachen getragen. Darüber hinaus soll der Übertritt in Privatversicherungen erleichtert werden, so dass auch hier eine Entsolidarisierung stattfindet.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: In die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015 wurde ausdrücklich aufgenommen, dass sich die Regierungskoalition auf der Bundesebene gegen jede Form von Zwei-Klassen-Medizin wendet und entschieden für den Erhalt der solidarischen Gesetzlichen Krankenversicherung eintritt. Die Bremer Regierungskoalition fordert weiterhin die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die auch die Pflegeversicherung umfasst.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
15	A 24/2010	19. Juni 2010	UB-Vorstand Süd/Ost

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Bremen weiterentwickeln

Der SPD UB Bremen sieht in der Weiterentwicklung einer modernen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik eine der wichtigsten Herausforderungen für die kommenden Jahre in Bremen.

Vorrangiges Ziel ist es, dass für die Menschen unserer Stadt ausreichend qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das bedeutet für uns etwa: Jeder Mensch muss von seiner Arbeitsleistung leben können. Arbeit darf nicht krank machen. Beschäftigte müssen fair behandelt werden - unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Alter. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen sich in die Arbeitsprozesse einbringen können und in der Lage sein, Beruf und Familie dauerhaft in Einklang bringen zu können. Das größte Potential für neue Arbeitsplätze liegt in der privaten Wirtschaft. Ihre Leistung, sich im Markt zu behaupten und mit zum Teil internationalen Spitzenleistungen die Region wirtschaftlich zu tragen, anerkennen wir im vollen Umfang. Wir begrüßen, wenn dies mit Hilfe von Arbeitsplätzen gelingt, die über gute Arbeitsbedingungen, z.B. tarifgebundene Löhne, verfügen oder wenn dabei zugleich Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Unternehmen, die dies bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze berücksichtigen, und die so zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen, haben unsere Anerkennung und sind besonders zu unterstützen. Wir wollen sie gewinnen für einen „Wirtschafts- und Arbeitspakt für Bremen“, der zeigen soll, dass wirtschaftlicher Erfolg und gute Arbeitsbedingungen kein Widerspruch sind.

Erfolgreiche Unternehmen brauchen in der Regel verlässliche Rahmenbedingungen, gute öffentliche Infrastruktureinrichtungen und qualifiziertes und motiviertes Personal. Dies gibt es aber nicht zum Nulltarif. Nur ein handlungsfähiger Staat, der die nötigen finanziellen Mittel erhält, ist in der Lage die öffentliche Infrastruktur in der Qualität zur Verfügung zu stellen, die für Menschen und Betriebe die Ansiedlung attraktiv macht und hält. In Anbetracht der Finanzlage Bremens ist nicht zu erwarten, dass es gelingt, künftig zusätzliche Mittel für Wirtschafts- oder Arbeitsmarktpolitik bereitzustellen. Vielmehr ist es notwendig, deutliche Schwerpunkte zu setzen und bestehende Handlungspotentiale auszuschöpfen und zu optimieren.

Die Bremer SPD stellt sich diesen Herausforderungen. Wir unterstützen alle (teilweise bereits vorhandenen) Ansätze für eine breit getragene Diskussion zu diesen Themen. Hierin müssen alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass attraktive Standortbedingungen für Investoren künftig nicht allein im Vorhandensein von „klassischer“ öffentlicher Infrastruktur (Fläche, Verkehrsanbindung, u.a) liegen. Moderne Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt

künftig aus unserer Sicht auch, dass städtische und regionale Kooperations-Strukturen geschaffen und aufrechterhalten werden, etwa um

- ausreichend gut qualifiziertes Personal für den regionalen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen (Herausforderung der abnehmenden Schulabgängerzahlen)
- Aufstiegs- und Weiterbildungschancen für Beschäftigte und deren Angehörige anzubieten
- den Wissenstransfer zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Institutionen zu fördern
- Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Angehörige in ausreichender Zahl und Qualität vorzuhalten, um Familien und Arbeitstätige zu entlasten und allen die Chance zu eröffnen, sich in das Arbeitsleben einzubringen
- die Metropolregion in ihrer Funktion als Impulsgeber für innovative Schwerpunktbildungen auszubauen

Aufgabe der Politik ist es daher – neben eigener Schwerpunktsetzung - auch, die Schaffung von Strukturen zu unterstützen, in denen die beteiligten gesellschaftlichen Akteure in die Lage versetzt werden, die genannten Aufgaben und Herausforderungen in gemeinsamer gesellschaftlicher und ökonomischer Verantwortung zu meistern.

Arbeitsmarktregion Bremen stabilisieren

Die Bremer Arbeitsmarktregion ist durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet. Statistisch wurden Mitte des Jahrzehnts in der Region jährlich ca. 160.000 Arbeitsverhältnisse beendet. Demgegenüber gab es ca. 150.000 neue Arbeitsverträge. Statistisch betrachtet wird ein Arbeitsverhältnis in der Region damit nach durchschnittlich etwas über 3 Jahren beendet. In der Praxis wirkt sich dies natürlich recht unterschiedlich aus. Einerseits gibt es mehr und mehr Menschen, die von befristetem Arbeitsvertrag zu befristetem Arbeitsvertrag leben.

Andererseits gibt es trotz der „Dynamik“ des Arbeitsmarktes mehr und mehr Menschen, die in Langzeitarbeits- und teilweise auch Perspektivlosigkeit abdriften.

Auch wenn viele Prognosen mittelfristig – etwa aufgrund des demografischen Wandels – von einer Besserung am Arbeitsmarkt ausgehen: Die (staatlichen) Institutionen müssen kurzfristig und entschlossen handeln, um den betroffenen Menschen zu helfen und sie zu unterstützen. Die SPD wird daher bundesgesetzliche Initiativen ergreifen, um zeitliche Arbeitsbefristungen und Leiharbeit wieder auf das Normalmass zurückzuführen, das ökonomisch notwendig ist. Arbeitnehmer müssen auch wieder Perspektiven jenseits der 2-Jahres-Zeiträume aufgezeigt werden.

Wie kann Bremer Arbeitsmarktpolitik unter Beachtung der Nachhaltigkeit neue Wege gehen, um die schwierigen Aufgaben zu bewältigen, vor der wir in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit stehen?

1. Bremische Arbeitsmarktpolitik ist nicht nur auf die Stützung der von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten BremerInnen zu konzentrieren, sondern soll auch die Maßnahmen umfassen, die der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich sind: Bisherige Arbeitsmarktpolitik und traditionelle Wirtschaftsförderung sind aufeinander abzustimmen.

Da Bremen und Bremerhaven zugleich über ein beachtenswertes Spektrum eigener wirtschaftlich tätiger Firmen verfügt, sind diese in das arbeitsmarktpolitische Handeln des Senats einzubeziehen.

2. Die Ansätze der BAgIS zur Weiterentwicklung zu einem kundenorientierten Dienstleister sind weiter auszubauen. Die Beschäftigten der BAgIS brauchen Sicherheit, um gute Leistungen erbringen zu können. Ihnen kommt – in Zusammenwirken mit den lokalen Qualifizierungs- und Arbeitsmarktträgern – eine zentrale Rolle bei der zielgerichteten und qualitativen Weiterqualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zu.

3. Die Fachressorts des Senats und die bremeneigenen Firmen beschaffen in erheblichem Umfang Fremdleistungen. Öffentliche Aufträge tragen häufig zur Stabilisierung der Beschäftigung kleiner und mittlerer Unternehmen und sind unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ein bedeutsamer Faktor. Der Senat wird aufgefordert unter Beachtung der

wettbewerbsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Bestimmungen die öffentliche Auftragsvergabe auch zur Förderung der bremischen Wirtschaft wie auch zur Erreichung arbeitsmarktpolitischer Ziele zu nutzen.

4. Bereits seit den achtziger Jahren sind eine ganze Reihe von öffentlichen Aufgaben in private Rechtsform überführt worden. Darüber hinaus nehmen die beiden Gemeinden und das Land ohnehin vielfältige Aufgaben quasi privatwirtschaftlich aus sehr unterschiedlichen Gründen wahr. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine Überprüfung sinnvoll ist, ob öffentliche Aufgaben tatsächlich in privatwirtschaftlicher Form besser erbracht werden können.

Dort, wo dies der Fall ist liegt das Potential der privaten Rechtsformen nicht allein in der Nutzung effizienter und anpassungsfähigerer Betriebsformen. Die in privater Rechtsform wahrgenommenen Aufgaben erlauben darüber hinaus auch,

- den Bedarf für neue Leistungen oder Marktlücken zu identifizieren
- neue Produkte oder Leistungen zu entwickeln
- diese in den Markt zu bringen

und damit expansiv arbeitsmarktwirksam zu werden.

Die BLG und die GEWOBA haben dafür bemerkenswerte Beiträge geleistet.

Wir fordern den Senat auf, die Geschäftsführungen der bremeneigenen Gesellschaften zu verpflichten, im Rahmen der wirtschaftlichen Führung der Unternehmen auch arbeitsmarktwirksame Initiativen zur Erbringung neuer marktfinanzierter Leistungen zu unternehmen.

5. Die bestehenden bremischen Beschäftigungsträger sind auch Instrumente der Identifizierung und Umsetzung neuer kleinteiliger sich wirtschaftlich tragender Marktleistungen. Die Verselbständigung und Ausgründung derartiger Leistungen ist zu fördern.

6. Beschäftigungsträger agieren zum Teil in marktnahen Bereichen und laufen Gefahr, hier in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen zu treten. Der Senat wird aufgefordert, in geeigneter Form diese Konkurrenzen zu verhindern und privatwirtschaftliche Unternehmen stärker in öffentlich geförderte Beschäftigung einzubeziehen.

Werden durch die bremeneigenen Unternehmen oder durch bremische Beschäftigungsträger neue Marktleistungen arbeitsmarktwirksam erbracht und ergeben sich dabei Möglichkeiten der fairen Kooperation mit privatwirtschaftlich tätigen bremischen Unternehmen, so sind diese in geeigneter Form durch den Senat zu unterstützen.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesparteitag

Ergebnis: Der Beschluss enthält viele wichtige Ansätze für eine progressive und am Ziel von Beschäftigungsschaffung und –sicherung orientierte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Diesem Ziel fühlt sich der Bremer Senat insgesamt verpflichtet und eine Reihe der Forderungen wird bei der politischen Arbeit bereits berücksichtigt. Durch die Zusammenführung der Zuständigkeit von Wirtschaft und Arbeit ist auch die organisatorische Grundlage gelegt worden, um die in dem Antrag geforderte intensivere Vernetzung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik unter der Verantwortung eines sozialdemokratischen Senators zu gewährleisten. Auch die öffentliche Auftragsvergabe als Instrument zur Stärkung von regionaler Wirtschaft und Beschäftigung hat der Senat im Rahme der rechtlichen Möglichkeiten genutzt. Eine Verlängerung des sogenannten Investitionserleichterungsgesetzes – welche die Wertgrenzen für die Ausschreibungspflicht verschoben hatte – war in der Koalition leider nicht durchsetzbar. Bezüglich der Vermeidung von

Konkurrenzsituationen zwischen Handwerk und Beschäftigungsträgern führt das Fachressort Gespräche mit der Kammer um die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verbessern. Ferner ist es erklärtes Ziel der Koalition das Kriterium von guter Arbeit im Rahmen des öffentlichen Einflussbereiches zu stärken. Der Senator für Wirtschaft Arbeit und Häfen plant bspw. bei der Vergabe von Wirtschaftsförderung die Leiharbeitsquote zu berücksichtigen und die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, das vom SPD-Landesvorstand geforderte Landesmindestlohngesetz auf den Weg zu bringen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
16	A 25/2010	19. Juni 2010	UB-Vorstand

Bürgerschafts- und Beiratswahlen 2011

Im Jahr 2011 finden in Bremen für die Bürgerschafts- und Beiratswahl erstmals ein neues Wahlrecht Anwendung. Dieses gibt den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt die Möglichkeit darauf einzuwirken, welche Personen sie letztlich in der Bremischen Bürgerschaft und in den Beiräten vertreten.

Wir haben in der Partei in den letzten Wochen und Monaten intensive Debatten über die Wirkungen des neuen Wahlrechts geführt und werden dies weiter tun.

Als wichtigste Eckpunkte stellen sich für uns dar:

- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger offensiv über das neue Wahlrecht informieren und darauf hinwirken, dass die erweiterten Stimmmöglichkeiten als Chance begriffen werden. Das neue Wahlrecht soll genutzt werden, die Wahlbeteiligung in Bremen wieder zu erhöhen. Es gilt, das neue Wahlrecht so einfach als möglich darzustellen. Aber auch: Es so einfach wie möglich technisch umzusetzen.
- Jede/r Wahlberechtigte hat 5 Stimmen, die uneingeschränkt auf Parteien oder Personen verteilt werden können. Unser Ziel: 5 Kreuze für die SPD und ihre Kandidatinnen und Kandidaten.
- Wir wollen durch gezielte Aktionen der Partei dafür sorgen, dass insbesondere die Bürger und Bürgerinnen in den Stadtteilen erreicht werden, in denen in der Vergangenheit eine niedrige Wahlbeteiligung festzustellen war. Das neue Wahlverfahren darf nicht dazu beitragen, das Gefälle bei der Wahlbeteiligung weiter zu erhöhen.
- Die Ortsvereine werden gebeten darauf hinzuwirken, dass mehr Frauen für die Mandatskommission benannt werden.
- Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre stehen wir vor der Herausforderung eine neue Wählergruppe für die SPD zu gewinnen. Die Partei wird entsprechende Angebote für Jung- und Erstwähler machen.
- Das neue Wahlrecht kann dazu führen, dass bewährte Wahlhilfen insbesondere für Sehbehinderte nicht mehr eingesetzt werden können. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Umsetzung des Wahlrechts so erfolgt, dass das Wahlrecht unabhängig von persönlichen Einschränkungen von allen Personen auch tatsächlich barrierefrei wahrgenommen werden kann.

- Das Auszählverfahren soll so gestaltet sein, dass möglichst noch am Wahltag zumindest vorläufige Ergebnisse über die Verteilung der Sitze in der Bürgerschaft auf die unterschiedlichen Parteien verfügbar sind.
- Wir wollen dafür sorgen, dass die aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten in unserer Partei unabhängig von ihrer persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit dieselben Chancen haben, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dazu brauchen wir innerparteiliche „Spielregeln“
- Dabei ist selbstverständlich, dass sich die Kernbotschaften unseres Bürgerschafts- und Beirätewahlkampfes auf die programmatischen Ziele der SPD beziehen.

Im Hinblick auf die Aufstellung der Listen für die Bürgerschaftswahl spricht sich der UB-Bremen-Stadt für folgende Regelungen aus und beauftragt den UB-Vorstand entsprechend tätig zu werden:

Die SPD in der Stadt Bremen soll für die Bürgerschaftswahl eine Liste von 68 Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen – für jede/n in der Bürgerschaft zu vergebenden Sitz eine kompetente Kandidatin bzw. ein kompetenter Kandidat!

Kandidatinnen und Kandidaten aus Bremen-Nord sollen sich entsprechend des Anteils an den Wahlberechtigten auf dieser Liste wieder finden. Das genaue Verfahren soll der UB-Vorstand Bremen-Stadt mit dem UB-Vorstand Bremen-Nord vereinbaren.

Der SPD UB Bremen-Stadt spricht sich dafür aus, dass Spitzenkandidat Jens Böhrnsen die Liste anführt.

Die Wählerinnen Wähler sollen auf den vorderen Listenplätzen die Repräsentanten der Partei erkennen.

Die Gestaltung der weiteren Listenplätze (Listenstruktur) soll von unserer Mandatskommission entsprechend unserer Satzung sowie ggf. noch zu treffenden weiteren Regelungen vorgeschlagen werden. Hierzu wird es einen Parteitag im August geben. Bisher sind in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Fragestellungen in der Partei diskutiert worden:

- Sollen ggf. andere „Spitzenfunktionäre“ von Partei und Fraktion auf der Liste „abgesichert“ werden? Wenn ja: welche Funktionen in welchem Abschnitt auf der Liste?
- Wie können sogenannte „Fachpolitikerinnen/-politikern“ auf der Liste abgesichert werden? Wenn ja: wer, wie viele und in welchem Abschnitt auf der Liste?
- Will die Partei führende Repräsentanten von Gewerkschaften/Verbänden und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen (Seiteneinsteiger) auf der Liste platzieren? Wenn ja: wer, wie viele und in welchem Abschnitt auf der Liste?
- Örtliche/regionale Dimension: Wie wird mit den Vorschlägen aus den Gliederungen (Beiratsbereiche) umgegangen, welche Bedeutung wird der örtlichen Verankerung gegeben, auf welchen Listenplätzen sollen sie platziert werden?

Fairnessabkommen für den Wahlkampf

Der SPD UB-Bremen-Stadt befürwortet die Absicht des SPD-Landesvorstandes Richtlinien für alle Kandidierenden zu erlassen. Aus unserer Sicht sollten dabei folgende Aspekte berücksichtigt werden:

Alle Gliederungen und alle Kandidatinnen und Kandidaten halten sich an eine von der Landeswahlkampfleitung vorzugebende Gestaltungsricht-/Werbelinie für alle Veröffentlichungen im Rahmen des Bürgerschafts- und Kommunalwahlkampfes. Alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Wahlkampf müssen selbstverständlich über die Gliederungen der Partei laufen. Spenden seitens der Kandidierenden sind natürlich erwünscht. Aber über die Wahlkampfschwerpunkte und Wahlkampfausgaben entscheiden die zuständigen Gliederungen der Partei.

Der UB-Bremen-Stadt befürwortet den Vorschlag, keine Personenplakate für einzelne Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgerschaftswahl anzufertigen (Ausnahme: Plakate des Spitzenkandidaten). Für Beiräte sollen so genannte Listenplakate angeboten werden. Es ist zu prüfen, ob dies auch für Kandidatinnen und Kandidaten eines Bereiches zur Bremischen

Bürgerschaft möglich ist. Schwerpunkte der Bürgerschaftsplakatierung sollten aber Themenplakate sowie Plakate des Spitzenkandidaten sein.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sollen die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts nutzen, um auch persönlich für sich zu werben. Ziel aller Initiativen ist es aber, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen wählen zu gehen – und ihre Stimmen der SPD zu geben. Direkte Ansprachen der Kandidierenden sollten daher überwiegend im eigenen Wohn- / oder Arbeitsumfeld erfolgen. Hierzu soll personalisiertes Wahlkampfmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Veranlassung: übersandt an UB-Vorstand

Ergebnis: Der UB-Vorstand brachte die beschlossenen Positionen in die Beratungen auf der SPD-Landesebene über die Modalitäten der Listenaufstellung und in die Wahlkampfplanung ein. Im Verlauf des Bürgerschafts- und Beiratswahlkampfes wurde auf die Einhaltung des beschlossenen Fairnessabkommens geachtet. Die Erfahrungen aus diesem ersten Wahlkampf auf der Basis eines kombinierten Listen- und Persönlichkeitswahlrechts werden noch ausgewertet. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden in die Vorbereitung der nächsten Listenaufstellung für die Bremische Bürgerschaft und die Beiräte der Stadtgemeinde Bremen und in zukünftige Wahlkampfplanungen eingebracht.

fd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
17	A 26/2010	19. Juni 2010	OV Gartenstadt Vahr

Arbeitskreis zur Programmarbeit einrichten

Der Landesvorstand wird gebeten ...

... in Abstimmung mit dem UB-Vorstand Bremen-Stadt einen parteioffenen Arbeitskreis mit dem Auftrag einzurichten, den am 5.6.2010 beschlossenen Antrag A6 weiterzuentwickeln.

Ziel ist,

- erstens weitere Vorschläge zu einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden zu erarbeiten
- zweitens Perspektiven zu einer gesellschaftlichen Emanzipation von der Vorherrschaft des (Finanz-)Kapitalismus zu entwerfen
- drittens damit die spd-interne bundesweite Diskussion dieser Themen anzuregen.

Veranlassung: übersandt an SPD-Landesvorstand

Ergebnis: Der Landesvorstand hat den AK Wirtschaft – Steuern – Finanzen eingerichtet, der u. a. auch die finanz- und steuerpolitische Konferenz der Landesorganisation und den Antrag zum Steuerkonzept 2020 an den Bundesparteitag mit vorbereitet hat.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
18	A 28/2010	26. August 2010	OV Schwachhausen West

Das Elterngeld wird vom Erfolgsmodell zum unsozialen Sparmodell

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Elterngeld nicht zu kürzen und keine Streichung bei den Empfängerinnen und Empfängern von ALG II vorzunehmen.

Die Bundesregierung plant, das Elterngeld zu kürzen und für die Empfänger von Arbeitslosengeld II ganz zu streichen. Wie weit weg von der Realität der Menschen ist eine Bundesregierung mit ihrer Familienministerin Schröder, die solche Sparvorschläge macht. Sie sparen bei denen, die ohnehin am wenigsten haben! Dies ist zutiefst ungerecht, unsozial und zukunftsfeindlich.

Wie bei der Bildung so hätte es auch im Bereich der Familienpolitik keinerlei Kürzungen geben dürfen. Aber eine Ministerin, die von sich aus schon Angebote zum Sparen macht, ist keine gute Anwältin für Eltern und ihre Kinder.

Die schwarz-gelbe Koalition will das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -empfänger ganz streichen. 300 Euro weniger: Das hat katastrophale Auswirkungen für Kinder, deren Eltern besonders wenig Geld zur Verfügung haben. Damit werden viele Kinder zukünftig bereits von Geburt an benachteiligt. Familien zweiter Klasse, Kinder zweiter Klasse. Da hilft es auch nicht, darauf zu verweisen, dass die Kinder ja schon den (derzeit verfassungswidrig geringen) Regelsatz bekommen. Denn das Elterngeld ist nicht zur Existenzsicherung da, sondern eine familienpolitische Leistung, die Kinder und Familien stützen soll.

Zukünftig soll das Elterngeld außerdem nur noch 65 Prozent des letzten Nettoerwerbseinkommens betragen. Damit sind auch Eltern mit mittlerem Einkommen Verlierer dieser Sparvorschläge. Und weiter ist zu befürchten, dass gerade die Väter im Ergebnis noch seltener Elterngeld beziehen werden. So wird das einst als Erfolgsmodell gefeierte Elterngeld zum unsozialen Sparmodell der schwarz-gelben Regierung.

Die SPD steht an der Seite der Familien und wird mit starken Partnern in der Gesellschaft Widerstand gegen diese unsoziale Politik leisten.

Veranlassung: übersandt an die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Jugend und Frauen

Ergebnis: Die SPD UB Bremen hat sich mit diesem Beschluss auf die Seite von Gewerkschaften, Sozial- und Elternverbänden gestellt, die gegen die Kürzung protestiert hatten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Kürzung dennoch im Wesentlichen umgesetzt: Kürzung von 67% auf 65% des letzten Nettoerwerbseinkommens, Streichung für Hartz-IV-Empfänger. Für letztere wurde auf Grund des Drucks eine Ausnahme eingeführt: wenn sie vor der Geburt erwerbstätig waren, erhalten sie einen Freibetrag.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
19	A 29/2010	26. August 2010	OV Schwachhausen West

Keine Kürzungen beim Wohngeld - gegen die Streichung des Heizkostenzuschusses

Das Bundesbauministerium hatte am 25. Juni 2010 angekündigt, den Bundesanteil am Wohngeld um 200 Mio. € p. a. zusätzlich zu der bereits im Kabinett beschlossenen Senkung des Heizkostenvorschusses von 100 Mio. € p. a. zu senken, d.h. es geht um eine Abschaffung der

erst zum 1. Januar 2009 eingeführten Heizkostenkomponente und um eine erhebliche Kürzung des Wohngelds insgesamt.

Das Wohngeld war zum 1. Januar 2009 an die Wohnkosten- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre angepasst und spürbar erhöht worden. Das Wohngeld ist damit von durchschnittlich 90 € auf 142 € gestiegen. Die Ausgaben für das Wohngeld werden hälftig vom Bund und den Ländern getragen. Die Novelle 2009 umfasste ein Finanzvolumen von insgesamt 520 Mio. Euro (Bund und Länder). Der Entwurf des Bundes-Bauministeriums vom 30.06.2010 sieht nun sogar eine Reduzierung um 309 Mio. € p. a. vor und stellt ein Sparvolumen von 618 Mio. € p.a. insgesamt (Bund und Länder) dar. Dies würde die Wohngeldhöhe noch unter das Niveau vor der Leistungs-Novelle 2009 absenken.

Folge dieser Kürzung dürfte sein, dass zahlreiche Haushalte von Wohngeldempfängern in Hartz IV abrutschen, was gerade mit der Novelle von 2009 verhindert werden sollte. Die SPD Bremen-Stadt erwartet, dass diese Pläne – auch durch eine Ablehnung im Bundesrat mit den Stimmen Bremens – verhindert werden.

Besonders dramatisch ist der im Kabinett schon beschlossene Wegfall des Heizkostenzuschusses. Er trifft besonders Rentner und Geringverdiener, die dadurch bisher vermeiden konnten, Sozialleistungen zu beantragen. Die Bundesregierung schafft durch den Wegfall eine Verschiebebahnhof: die Kosten wandern vom Bund zu den Kommunen, die Menschen müssen zukünftig zu den Grundsicherungsämtern gehen.

Veranlassung: übersandt an die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Jugend und Frauen

Ergebnis: Die Kürzung des Wohngelds wurde auf Grund des öffentlichen Drucks zurückgenommen, Die Streichung des Heizkostenzuschusses konnte nicht verhindert werden. Immerhin wurde ein Teilerfolg erzielt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
20	A 30/2010	26. August 2010	OV Altstadt

Beauftragten für Bremens maritimes Erbe berufen

Der Unterbezirk Bremen-Stadt fordert den Senat auf, sich mit der Handelskammer ins Benehmen zu setzen, um gemeinsam die Institution eines Beauftragten / einer Beauftragten (neben- oder ehrenamtlich) für Belange des „Maritimen Erbes“ der Stadt zu schaffen

Er / sie soll

1. Verhandlungen mit der Deutschen Stiftung Sail-Training aufnehmen mit dem Ziel, die Bark „Alexander von Humboldt I“ zu erwerben;
2. zu diesem Zweck eine Stiftung / einen Förderverein ins Leben rufen, um die nötigen Gelder einzuwerben;
3. ein Nutzungs- und Betriebskonzept für den fest in den Europahafen zu legenden Großsegler entwickeln.
4. darüber hinaus nach Möglichkeit alle anderen privaten oder öffentlichen Aktivitäten koordinieren und bündeln, die in Hinblick auf die Bewahrung, Entwicklung und Präsentation des „Maritimen Erbes“ der Stadt vor allem in der Überseestadt geplant sind oder zukünftig geplant werden.

Unter dem „Maritimen Erbe“ verstehen wir alle baulichen, fotografischen, künstlerischen usw. Zeugnisse, die mit der Geschichte der Stadt Bremen in den Bereichen „Häfen, Schifffahrt, Schiffbau“ verbunden sind.

Begründung

Der öffentliche Diskurs um die Entwicklung der „Überseestadt“ war bisher verengt auf vorwiegend ökonomische Probleme und Erfolge. Vernachlässigt wurde eine Dimension, die in Hinblick auf die Bedeutung des ehemaligen Freihafenareals für die Geschichte Bremens und des Selbstverständnisses der Stadt und des Landes als Welthafen und Logistikzentrum einen hervorragenden Stellenwert besitzen sollte, nämlich die historisch-kulturelle Dimension des Maritimen. Das leere Becken des Europahafens macht mehr als deutlich, dass der Begriff „Überseestadt“ bis jetzt noch nicht anschaulich gemacht werden konnte. Der Erwerb eines Großseglers könnte dazu ein erster Schritt sein.

Die eiserne Bark „Alexander von Humboldt“ ist 1906 unter der Baunummer 155 bei der Bremer Werft AG „Weser“ vom Stapel gelaufen. Nach diversen Umbauten und Namensänderungen diente sie jahrzehntelang unter den bekannten grünen Segeln auch der Werbung für das Bremer Becks-Bier. Insofern gehört das Schiff nicht nur zum „Maritimen Erbe“ Bremens, sondern war auch eine hervorragende Botschafterin der Stadt.

Veranlassung: Übersandt an den Senator für Wirtschaft und Häfen

Ergebnis: Die Alexander von Humboldt ist mittlerweile an einen privaten Investor - der diese nach Medienberichten in der Karibik einsetzen will – veräußert. Insofern besteht keine Möglichkeit auf den Liegeplatz Einfluss zu nehmen. Ein Erwerb durch das Land wäre angesichts der Haushaltslage keine vertretbare Lösung gewesen.

Eine Beauftragten- oder Koordinatorenstelle passt nach den in Bremen bisher gemachten Erfahrungen jedenfalls nicht in die Arbeitsstruktur von Fachverwaltung und Wirtschaftsförderung. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Stelle des Raumfahrtkoordinators Anfang 2012 nicht wieder besetzt. Im Sinne einer geschlossenen, zielgerichteten und starken Wirtschaftspolitik hat sich das Wirtschaftsressort für die Bündelung der Aufgaben und Zuständigkeiten auf die schon bestehenden Akteure Ressort und Wirtschaftsförderung entschieden.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
21	A 31/2010	26. August 2010	UB-Vorstand

Bremer Autobahnring menschengerecht fertig planen und zügig schließen

Die Vollendung des Bremer Autobahnring durch den Bau der A 281 ist von höchster Bedeutung für das Land Bremen und den Bremer Süden. Das Projekt fördert das Wachstum der Bremer Wirtschaft und entlastet viele anliegende Wohngebiete vom Durchgangsverkehr.

1. Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert die Bremische Bürgerschaft und den Senat auf, schnellstens alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Bremer Autobahnring zu schließen. Dazu sind die Planungen für den Bauabschnitt 5 der A 281 zeitnah zu starten. Grundlage des Verfahrens müssen die im Konsens aller Beteiligten verabschiedeten Pläne des Runden Tisches sein, die 2009 vorgelegt wurden.
2. Im Zuge dieses neuen Planungsverfahrens für den 5. Bauabschnitt ist der alte Planfeststellungsbeschluss des Bauabschnitts 2.2 zu ändern. Es ist eine verkehrstechnisch optimierte, anwohnerfreundliche Zusammenführung der beiden Bauabschnitte und des umliegenden Straßennetzes auf die Kattenturmer Heerstraße in anderer als bislang geplanter Form ohne Querspange in die weitere Planung aufzunehmen.
3. Der Senat wird aufgefordert, gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die Bedeutung des Baus des 5. Bauabschnitts der A 281 zu betonen und nachhaltig für das Projekt in vierstreifiger Führung unter der Flughafenlandebahn hindurch einsetzen. Er soll zudem beim Land Niedersachsen auf eine beschleunigte Planung hinwirken, damit die Planfeststellung für den 5. Bauabschnitt nicht erst im Jahr 2016 erfolgt.
4. Um die Menschen in den anliegenden Wohngebieten möglichst wenig zu belasten, ist ein Baubeginn des Bauabschnitts 2.2 vom Neuenlander Ring her zwingend geboten. Dieser soll umgehend nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Herbst 2010 von dieser Seite aus erfolgen.
5. Für den Ringschluss des Bremer Autobahnring ist ebenfalls die Realisierung des Bauabschnitts 4 (Weserquerung) essentiell. Das Planfeststellungsverfahren ist positiv von der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu begleiten und die Interessen aller Betroffenen sind im Rahmen des Verfahrens zu berücksichtigen.
6. Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, diese Position des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt zum Bau des Bremer Autobahnring angemessen in den Diskussionen für den Entwurf des Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011 einzubringen und auf deren Festschreibung hinzuwirken.

Veranlassung: übersandt an den SPD-UB-Vorstand Bremen-Stadt und die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2010 zum Bauabschnitt 2/2 der A 281 führte zu zeitlicher Verzögerung, eröffnete aber auch Spielräume und Chancen. Unter maßgeblicher Beteiligung der SPD-Bürgerschaftsfraktion wurde im Rahmen eines „Runden Tisches“ ein konstruktives Ergebnis erzielt. Mit dem fraktionsübergreifenden Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom 11. Mai 2011 auf der Basis dieses Ergebnisses ist mit der „Variante 4Süd“ eine Lösungsmöglichkeit gefunden worden, der alle Beteiligten zugestimmt haben. In der

Koalitionsvertrag 2011-2015 wurde festgehalten, dass zügig die notwendigen planerischen Voraussetzungen geschaffen und Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung aufgenommen werden. Der Flächennutzungsplan soll so schnell wie möglich im Hinblick auf die Linienführung von Bauabschnitt 2/2 geändert werden. Dabei wird der von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene Trassenverlauf zugrunde gelegt. Der Planfeststellungsbeschluss ist auf dieser Grundlage zeitnah und rechtssicher anzupassen. Beim Bauabschnitt 4 (Weserquerung) wird die SPD dafür eintreten, dass im Rahmen der zeitnah vorzunehmenden Flächennutzungsplanänderung eine aktive Bürgerbeteiligung sichergestellt wird.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
22		15. November 2010	UB-Vorstand

Kindertagesbetreuung ausbauen – Keine Abstriche bei den Qualitätsstandards

Die SPD hat die Verbesserung der Kindertagesbetreuung zu einem Schwerpunkt ihrer Regierungsarbeit gemacht. Neben dem kontinuierlichen Ausbau der Betreuung der U-3jährigen Kinder und dem kostenfreien Mittagessen für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, findet eine stetige Qualitätssteigerung u.a. durch Personalverstärkung in den Kitas statt. Ziel ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und sozialer Integration für alle Kinder in Bremen.

Das Anmeldeverhalten der Eltern hat sich positiv entwickelt, so dass immer mehr Kinder früher in die Einrichtungen kommen und an den dortigen Angeboten teilhaben. Der Versorgungsgrad steigt so stetig an. Damit können mehr Kinder erreicht werden für frühkindliche Bildung, Kinderschutz und Prävention. Für Kinder mit Migrationshintergrund besteht darüber hinaus immer noch Handlungsbedarf. Das steigende Anmeldeverhalten besonders im Bereich der 3 – 6 jährigen Kinder, die einen Rechtsanspruch auf Betreuung haben, erfordert weitere Maßnahmen zu einer kindgerechten Absicherung der Versorgung. Dies stellt eine besondere Herausforderung an die Planung der Raumkapazitäten dar.

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- Trotz steigender Anmeldezahlen im Bereich der Kindertagesbetreuung für 3-6jährige werden der verbesserte Betreuungsschlüssel und die Qualitätsstandards in den Einrichtungen gehalten. Eine Kompensation der zusätzlichen Anmeldungen durch eine Erhöhung der Gruppengrößen wird abgelehnt.
- Neue Raumkapazitäten müssen zügig und pragmatisch geschaffen werden. In Einzelfällen können Übergangslösungen erforderlich sein. Dafür sind kreative Lösungen unter Einbeziehung von Trägern, Beiräten, Sozialzentren und weiteren Akteuren gemeinsam in den Stadtteilen zu entwickeln.
- Dazu müssen zusätzliche Investitionsmittel kurzfristig bereitgestellt werden. Die notwendigen Investitionsbedarfe müssen daher zeitnah und nachvollziehbar dargestellt werden.

Veranlassung: übersandt an die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Jugend und Frauen

Ergebnis: Die in dem Antrag formulierten Positionen waren Bestandteil des SPD-Regierungsprogramms für die Bürgerschaftswahl 2011 und sind Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen 2011-2015. In den Beiräten und den zuständigen Fachausschüssen der Beiräte wird die jeweilige konkrete Betreuungs- und Versorgungslage vor Ort kontinuierlich diskutiert. Der Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt - unter Federführung des AK Soziales - koordiniert, unterstützt und begleitet diese Arbeit fortwährend in enger Kooperation mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion, der Senatsverwaltung und Vertreterinnen und Vertretern der Einrichtungen und der Einrichtungsträger.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
23	A 2/2011	21. November 2011	UB-Vorstand (AK Energie)

Förderung der Elektromobilität in Bremen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Bremer Senat werden gebeten, folgende Maßnahmen zur verbesserten Nutzung von Elektromobilität in Bremen zu prüfen und gegebenenfalls zu realisieren:

- Anträge auf Genehmigungen und Sondernutzungserlaubnis für private elektrische Ladestationen sollen in vereinfachter Form ermöglicht werden.
- Die senatorischen Dienststellen und Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen sind sukzessive mit E-Fahrzeugen auszustatten.
- Zur Absicherung und Förderung des Entwicklungspotentials für Elektromobilität in Bremen ist ein Modellprojekt zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Die Freie und Hansestadt Bremen ist eine von 8 Modellregionen für Elektromobilität in Deutschland. Die Koalitionsvereinbarung für die 18. Legislatur legt die programmatische Grundlage für diesen Anspruch: Bremen soll sich verstärkt der Elektromobilität zuwenden. Moderne Verkehrspolitik zielt auf Lärmschutz, Luftreinhaltung. Der Anteil umweltfreundlicher Fahrzeuge im Land Bremen soll erhöht werden.

Nach dem beschlossenen Umstieg auf erneuerbare Energien wird der Anteil regenerativer Energien am Energiemix der Bundesrepublik kontinuierlich ansteigen. Der Einsatz von E-Fahrzeugen wird damit automatisch und stetig die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs deutlich vermindern. Parallel zum Umbau der Energiewirtschaft müssen E-Mobile in die gewerblichen und privaten Verkehre in Bremen eingebracht werden, um sofort CO₂ zu mindern.

Die ersten Ergebnisse aus dem Flottenforschungsprojekt der Bremen/Oldenburger Modellregion unter der Leitung der Bremer Einrichtungen Fraunhofer/DFKI stützen diese These: die Flotte ist alltagstauglich für Stadt- und Regionalverkehre, die vorhandene Technik ist sicher und zuverlässig, die Lärmreduktion im Verkehr ist erheblich und die Nutzer gewinnen schnell hohes Vertrauen in die E-Fahrzeuge. Der Bund verlangt für eine Fortsetzung des Projekts im Wettbewerb mit den anderen Modellregionen eine tragfähige Infrastruktur, wie z. B: ausreichend öffentliche Ladesäulen mit ausgewiesenen Parkflächen, Pilotanwendungen, (E-

Mobil CarSharing, E-Taxi, Gewerbe, Lieferverkehr, öffentlicher Verkehr, Behörden, Eigenbetriebe).

Die Vorleistung der Bremer Institute und privaten Partner - z.B. SWB, GOMO clean motion Ladesäulen, Move About CarSharing, E-Auto Beschaffung, EWE-Karman E-3 Vorentwicklung, Brepark Ladeflächen sind erste realwirtschaftliche Ansätze für die Entwicklung des Zukunftsmarktes E- Fahrzeuge inklusive smarterer Informations-, Kommunikationstechnologien (ITK) in der Region. Diese Maßnahmen sind kurzfristig (noch in dieser Legislatur) umsetzbar, da gesetzliche und private Grundlagen vorhanden sind. Beispielhaft durch Mercedes Initiative "Clean Energy Partnership. (20 A- und B-Klasse Elektromobile übergeben an den Bund in Berlin und an die Hansestadt Hamburg, Start Frühjahr 2011).

Bremen ist Standort des größten Mercedes Werkes außerhalb des Stuttgarter Raumes und damit ein natürlicher Partner für obige Initiativen.

Veranlassung: Übersandt an SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Im Laufe des Jahres 2012 werden erstmals elektrisch betriebene Fahrzeuge in größeren Stückzahlen auf den öffentlich zugänglichen Markt kommen und damit auch im Alltag Verbreitung finden. Die Brepark ist als öffentliches Unternehmen mit gutem Beispiel voran gegangen und hat Stromtankstellen in den Parkhäusern in der Bremer Innenstadt eingerichtet. Parallel mit der zu erwartenden Verbreitung von Elektromobilität im Privatsektor werden sich Bürgerschaft und Senat in dieser Legislaturperiode insbesondere mit regulatorischen Fragen wie z.B. dem Aufstellen von Ladesäulen im öffentlichen Raum beschäftigen. Auch mit der BSAG sind Gespräche geplant, wie der ÖPNV mit individueller Elektromobilität verknüpft werden kann (z.B. Pedelecs). Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird sich in dieser Legislaturperiode für die Förderung der Elektromobilität und deren Integration in die täglichen Verkehrsströme einsetzen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
24	A 4/2011	21. November 2011	UB-Vorstand

Das Bildungs- und Teilhabepaket weiterentwickeln – Weniger Bürokratie für Eltern, Kinder, Kitas, Schulen, Vereine und Verbände

Der Bundesgesetzgeber hat im März 2011 das sog. Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt. Es sieht – rückwirkend zum 01.01.2011 – Ansprüche auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen vor, darunter unter anderem 10 € pro Monat für Vereinsbeiträge oder andere Formen der sozialen Teilhabe.

In der Ausgestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets hat der Bundesgesetzgeber nicht den Weg einer grundsätzlichen institutionellen Förderung beschritten, sondern setzt auf die Schaffung individueller Rechtsansprüche durch gesetzliche Regelungen. Dies führt häufig zu aufwändigen Verwaltungsverfahren mit Antrag, Bescheid, notfalls Widerspruch und Klage und ist dadurch oftmals umständlich, bürokratisch und geht an den Lebensrealitäten völlig vorbei.

Ziel der stadtbremischen SPD ist es, die anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen unserer Stadt in den Mittelpunkt zu setzen und alle Verfahren in ihrem Interesse zu vereinfachen und zu flexibilisieren.

Wir fordern den Senat auf:

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Bildungs- und Teilhabepaket vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen verändert wird:

- Die anererkennungsfähigen Teilhabeleistungen für die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben in Höhe von derzeit 10 € pro Monat sind auf eine Gesamtsumme von bis zu 200 € im Jahr zu erweitern, die hierfür erforderlichen Mittel sind vom Bund bereitzustellen.
- Die Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe („Bildungs- und Teilhabepaket“) ist zu vereinfachen. Diese Vereinfachung besteht darin, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, die ihnen vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel in stärkerem Maße als bisher direkt in die Infrastruktur zu investieren, wie z.B. in Sportvereine, Musikschulen, Ganztagschulen, Jugendverbände. Wo es möglich ist, sollen die Leistungen künftig direkt zwischen den zuständigen Behörden und den Leistungserbringern (Vereine, Schulen) verrechnet werden können.
- Die Lernförderung auf Grundlage einer individuellen Inanspruchnahme von Leistungen ist in eine Lernförderung für alle anspruchsberechtigten Kinder umzuwandeln, die fest in den Aufgabenkatalog der Schulen einzubauen ist, denen die Aufwendungen für die Kinder von Sozialleistungsempfängern vom Bund zu erstatten sind.

Ferner fordern wir den Senat auf, dass die durch Leistung geförderte Teilnahme am Mittagessen für Leistungsempfänger unter Kostentragung des Bundes durch die Kindergärten und Schulen in eigener Regie ohne aufwändige Verfahren sichergestellt und den Kindern ein einfacher und diskriminierungsfreier Zugang gewährleistet wird.

Des Weiteren fordern wir, dass der erfolgreiche Antrag auf Transferleistungen automatisch zur Ausstellung der „Blauen Karte“ führt. Wir erwarten, dass alle Leistungsberechtigten in Bremen und Bremerhaven jegliche Unterstützung erhalten, um die Ihnen zustehenden Leistungen möglichst unbürokratisch abrufen zu können. Wir möchten eine fortlaufende Berichterstattung der zuständigen Behörden über den Umfang der abgerufenen Mittel.

Veranlassung: übersandt an den UB-Vorstand und die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Die in dem Antrag formulierten Positionen wurden bereits im Rahmen eines Fachgesprächs des AK Soziales des UB-Stadt mit den Zuständigen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion, der Senatsverwaltung und Vertreterinnen und Vertretern der Einrichtungen und der Einrichtungsträger diskutiert. An Maßnahmen für eine deutlich weniger bürokratische Handhabung der Blauen Karte wird gearbeitet. Der UB-Vorstand wird diesen Prozess weiter aktiv begleiten.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
25	A 5/2011	21. November 2011	UB-Vorstand

Kürzungspläne der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsmarktförderung verhindern – Notwendige Förderung von Arbeitslosen erhalten!

Die Bundesregierung will die Mittel zur Förderung von Arbeitslosen bis zum Jahr 2014 erheblich kürzen und die Förderinstrumente neu strukturieren.

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt begrüßt ausdrücklich die Strategie des Bremer Senats, durch eine enge Abstimmung mit den bremischen Beschäftigungsträgern zu erreichen, dass trotz eventuell rückläufiger Bundesmittel so viele Arbeits- und Qualifizierungsverhältnisse bei Beschäftigungsträgern wie möglich erhalten werden können. Er fordert den Senat auf dafür Sorge zu tragen, dass alle verfügbaren Mittel auch tatsächlich abgerufen werden.

Der UB Stadt unterstützt und fordert Initiativen, die in Kooperation mit Betrieben die Vermittlungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen stärken. Die Veränderungen am Arbeitsmarkt geben uns die Chance, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und die Mittel auf die besonders schwierigen Situationen zu konzentrieren.

Bei einer für die Optimierung der Förderung notwendigen Überprüfung der Wirkung von geförderten Beschäftigungsmaßnahmen sollte dabei nicht nur der Vermittlungserfolg, sondern auch andere wichtige Faktoren, wie die langfristige Stabilisierung der in Beschäftigung gebrachten Menschen oder der Effekte ihrer Tätigkeit für die Stadtteile berücksichtigt werden.

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert daher den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, sich auf Bundesebene und in seiner eigenen Arbeitsmarktpolitik für folgende Ziele einzusetzen:

- Die Pläne der Bundesregierung zur Kürzung der Arbeitsmarktförderung müssen mit allen Mitteln verhindert werden.
- Es müssen so viele Arbeits- und Qualifizierungsverhältnisse bei Beschäftigungsträgern wie möglich erhalten bleiben.
- Gerade im niedrighwelligen Qualifikations- und Arbeitsbereich müssen längerfristige Maßnahmen die Regel werden. Eine Reduzierung auf 6-Monats-Verhältnisse ist daher weder aus Sicht der Beschäftigten noch aus Sicht der Träger effizient und somit inakzeptabel.
- Angesichts der Arbeitsmarktsituation in Bremen ist es notwendig, durch verstärkten Mitteleinsatz die Vermittlung benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt durch niedrighwellige Angebote zu verbessern.
- Gemeinsam mit den Beschäftigungsträgern eine bessere Profil- und Strategiebildung zu diskutieren, die auch über das Jahr 2012 hinaus Perspektiven zu entwickeln.

Begründung:

Die Bundesregierung beabsichtigt mit ihrem Sparpaket, die Mittel der Arbeitsmarktförderung bis zum Jahr 2014 in erheblichem Umfang zu kürzen. Für das Land Bremen würde dies eine Reduzierung um ca. 35 % bedeuten. Wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden, hat dies erhebliche Auswirkungen, gerade auch für die betroffenen Menschen und für die Einrichtungen in Bremen, besonders in Gebieten mit besonderem Förderbedarf.

Aufgrund der Haushaltslage ist klar, dass das Land Bremen nicht in der Lage sein wird, diese Kürzungen vollständig zu kompensieren. Dennoch haben wir den Anspruch, dass auf Landesebene alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diese Kürzungen abzufedern. Bei der gegebenen Arbeitsmarktsituation in Bremen ist es geboten, durch verstärkten Mitteleinsatz vor allem die Verbesserung der Vermittlung benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt („niederschwellige Angebote“) anzustreben. Diese Menschen dürfen nicht von der Entwicklung abgehängt werden.

Veranlassung: übersandt an die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Bremen hat, wie im Antrag gefordert, gemeinsam mit den anderen A-Ländern im Bundesrat versucht, die Kürzungspolitik des Bundes abzuwenden. Dabei ist es zunächst auch gelungen, die Arbeitsmarktreformen im Bundesrat durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses vorerst zu stoppen. Im Ergebnis haben die CDU-regierten Länder sich aber gegen die SPD-Länder durchgesetzt.

Diese Politik der Bundesregierung wirkt sich in hohem Maße negativ auf die Möglichkeiten bremischer Arbeitsmarktpolitik aus. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen unternimmt im Sinne des Beschlusses dennoch alle Anstrengungen, um trotz der erheblichen Kürzungen der Bundesmittel die Zahl der beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf dem heutigen Niveau zu erhalten. Bei einer Kürzung der Finanzmittel von über 30% durch die schwarz-gelbe Bundesregierung ist uns dies nur möglich, indem wir den Anteil der Injobs erhöhen, eine Kompensation durch Landesmittel ist angesichts der Haushaltslage nicht möglich.

Die Maßnahmendauer von 6-Monaten kann im Interesse des Teilnehmers vom Jobcenter auf 12 Monate verlängert werden. Nach der neuen Rechtslage ist eine Verlängerung der Maßnahmen auf maximal 24 Monate in einem Zeitraum von fünf Jahren möglich. Die Bundesagentur ist der Ansicht, dass Maßnahmen in der Regel nur 6 Monate, nur im Ausnahmefall 12 Monate laufen sollen. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vertritt demgegenüber die Auffassung, dass gerade im Bereich niedrigschwelliger Angebot eine Laufzeit von 12 Monaten die Regel sein sollte und wird – wie auch in Ziffer drei des Antrages gefordert - seinen Einfluss auf die Jobcenter in diesem Sinne geltend machen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
26	A 6/2011	21. November 2011	OV Horn-Achterdiek

Internetseiten der Ortsämter aktualisieren

Der Unterbezirk Bremen-Stadt fordert die Senatskanzlei auf, sicherzustellen, dass auf den Internetseiten der Ortsämter Informationen über Beirats- und Ausschussmitglieder auf Beiratsebene vorgehalten und stetig aktualisiert werden. Es muss ersichtlich sein, wer in

welchem Gremium arbeitet. Auch Kontaktdaten und Termine der Gremiensitzungen sollen vorhanden sein.

Begründung:

Wir wollen in unserer politischen Arbeit für möglichst viel Transparenz sorgen. Dazu gehört, dass gewählte Beiratsmitglieder sowie Mitglieder der jeweiligen Beiratsausschüsse auf der Homepage des jeweiligen Ortsamtes zu finden sind. Die Termine für Beirats- und Ausschusssitzungen zu veröffentlichen, bietet auch den Menschen, die sich nicht über eine Tageszeitung informieren (können), die Möglichkeit zum Mitmachen.

Veranlassung: übersandt an die Senatskanzlei

Ergebnis: Die Senatskanzlei bittet bereits im ständigen Kontakt die Ortsämter darum, ihre Internet-Auftritte zu aktualisieren. Bei gelegentlich verzögerter Aktualisierung handele es sich um Ausnahmefälle, um deren Vermeidung und gegebenenfalls Behebung sich die Senatskanzlei ebenfalls kontinuierlich bemüht.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
27	A 7/2011	21. November 2011	OV Buntentor

Demokratie neu leben

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die große deutsche Volkspartei mit langer Tradition großer Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.

In der SPD organisieren sich Menschen, weil sie sich mit ihren Meinungen und ihrem Wissen in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf der Basis des Parteiprogramms der SPD einbringen wollen. Die SPD will neue, ehrliche und transparente Wege der parteilichen Meinungsbildung zur Stärkung der Demokratie insgesamt gehen. Zweitrangig ist dabei, ob sich Mitglieder oder Nichtmitglieder an den Debatten beteiligen. Die Beschlussfassung zu wichtigen Linien der Politik der Partei obliegt selbstverständlich weiter den satzungsgemäß zuständigen Gremien der Partei.

Der Bundesparteitag fordert den Parteivorstand auf, zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen von grundsätzlicher Bedeutung (z. B. der Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Union) eine innerparteiliche und öffentliche Debatte zu organisieren. Unsere Gesellschaft muss die wichtigen Zukunftsthemen intensiv beraten. Medien wie das Internet bieten eine wirksame Plattform um eine Vielzahl von Menschen an einer solchen Debatte zu beteiligen.

Im Zuge dieser öffentlichen Debatte werden alle interessierten Menschen mit ausreichend Sachinformationen versorgt und dementsprechend fortgebildet. Unter Berücksichtigung der von der SPD entwickelten politischen Zielsetzungen ist ein Diskussionsprozess in Gang zu setzen, an dessen Ende eine klare nach außen vertretbare Entscheidung des Parteivorstandes oder eines Bundesparteitages steht. Auf diese Art und Weise ist sicherzustellen, dass die Sozialdemokratische Partei ihr Vertrauen in der Bevölkerung festigt und mit diesem Prozess die Demokratie insgesamt an Bedeutung und Achtung gewinnt.

Diese EntschlieÙung soll auch Schluss machen mit dem Eindruck in Partei und Öffentlichkeit, dass Entscheidungen zu wichtigen politischen Themen oft ohne Beteiligung der Parteibasis nur in Vorständen oder kleinen Zirkeln gefällt werden.

Veranlassung: übersandt an den Bundesparteitag

Ergebnis: Der Antrag wurde als Änderungsantrag zum Antrag O 1 „Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm“ eingebracht, wurde auf dem Bundesparteitag aber nicht aufgerufen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
28	A 10/2011	21. November 2011	OV Osterholz

Schutz des Pflegepersonals in den deutschen Krankenhäusern

Das Pflegepersonal in den Krankenhäusern hat für die qualifizierte Patientenversorgung einen besonders hohen Stellenwert. Bekannt ist, dass das Pflegepersonal in den Krankenhäusern, unter dem ständig wachsenden Kostendruck, laufend überbelastet ist und viele Pflegekräfte demotiviert werden. Der steigende Fachkräftemangel trifft außerdem die Pflege besonders. Deshalb muss der Gesetzgeber dringend etwas tun, und zwar:

- unverzüglich neue Kriterien für die Aus- und Weiterbildung des Pflegeberufes schaffen,
- bei Lohnetarifverhandlungen mit den Vertretern der Krankenhäuser den Pflegebereich besonders behandeln. Die Ergebnisse der Verhandlungen müssen zukünftig von den Krankenkassen voll als Personalkosten finanziert werden. Dazu müssen die entsprechenden Gesetze geändert werden,
- verbindliche Standards bei der Personalbemessung zur Sicherung der Qualität der Patientenversorgung in Krankenhäuser gesetzlich regeln,
- Leiharbeitsplätzen dürfen nur im Ausnahmefall genehmigt werden. Wichtiger für eine gute Patientenversorgung ist es, die erforderlichen Arbeitsplätze zu schaffen,
- das berufsbezogene Renten-Eintrittsalter sichern,
- alters- und familiengerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeiten sichern,
- die Übernahme der Auszubildenden absichern,
- kommunale Trägerschaft erhalten bzw. ausbauen, um eine wohnortnahe Versorgung aller Bürger/innen in tariflicher Absicherung zu gewährleisten,
- Krankenkassen verpflichten, alle für „Notfälle“ anfallenden Versorgungsleistungen zusätzlich zu bezahlen (Bestes Beispiel ist die EHEC-Epidemie),
- der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen, und deshalb gewährleisten, dass bei der Planung von Krankenhäusern zukünftig verstärkt die notwendigen Einrichtungen wie Geriatrie und Gerontopsychiatrie vorgesehen werden. Außerdem ist die erforderliche altersmedizinische bzw. geriatrische Ausbildung des Personals sicherzustellen.

Veranlassung: übersandt an den Bundesparteitag

Ergebnis: Der Antrag konnte auf dem BPT am 4. bis 6.12.2011 nicht mehr behandelt werden, weil die Antragsfrist abgelaufen war und wird auf dem nächsten BPT behandelt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
29	A 11/2011	21. November 2011	UB-Vorstand

Soziale Stadtentwicklung stärken!

Die Weiterentwicklung und Stärkung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik ist für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Bei den Haushaltsverhandlungen im Bundestag spricht die schwarz-gelbe Bundesregierung eine andere Sprache. Sie spricht sich einerseits für Steuersenkungen für Besserverdienende aus und auf der anderen Seite bleibt es bei der Absenkung der Fördermittel für die Städtebauförderung, die Finanzmittel für den altengerechten Umbau soll komplett gestrichen und die energetische Modernisierung der Wohnungsbestände soll nur halbherzig betrieben werden.

Diese Maßnahmen der Bundesregierung haben ganz konkrete Auswirkungen für die Arbeit in den Quartieren und Stadtteilen in Bremen.

Wir lehnen die geplanten Kürzungen der Bundesregierung entschieden ab!

Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich für den kommenden Doppelhaushalt 2012/2013 für die folgenden Punkte einzusetzen:

- Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) ist in vollem Umfang abzusichern, die Finanzierung der QuartiersmanagerInnen sicherzustellen und inhaltlich die bewährte Form der Beteiligungs- und Entscheidungsebene auf Quartiersebene einzuhalten.
- Wir brauchen eine aktive Wohnungsbaupolitik mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum neu zu schaffen. Hier ist es die Aufgabe, ein Förderprogramm für Bremen zu entwickeln.

Veranlassung: übersandt an die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis: Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion hat im Februar 2012 die Bürgerschaft beschlossen, dass der Senat bis Mitte 2012 ein Konzept für „sozial gemischten und bezahlbaren Wohnraum erarbeiten soll – gemeinsam mit der GEWOBA und den privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen. Das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) und die Finanzierung der QuartiersmanagerInnen sind durch den Haushaltsaufstellungsbeschluss des Senats vorab im vollen Umfang sichergestellt. Diese und weitere Aktivitäten aus den Bereichen Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr werden in einem neuen gemeinsamen Arbeitskreis der Unterbezirke Bremen-Stadt und Bremen-Nord diskutiert und begleitet.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
30	Aufruf	21. November 2011	UB-Vorstand

Bremen ist Hauptstadt des Fairen Handels 2011-2013

Bremen ist Hauptstadt des Fairen Handels 2011! Am 23. September 2011 wurde Bremen mit dem 1. Platz von 62 Kommunen, die sich beworben hatten, ausgezeichnet. Diese Auszeichnung, die für zwei Jahre von der Servicestelle Eine Welt ausgesprochen wurde, ist insbesondere das Ergebnis des langjährigen Engagements von Initiativen, bürgerschaftlichen Institutionen und vielen kleinen und großen Projekten in Bremen.

Insgesamt waren 86 Projekte in die gemeinsame Bewerbung eingeflossen. Ebenso wurde das Umdenken der öffentlichen Hand im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien bei der Beschaffung gewürdigt. Das Bremer Engagement für Demokratie und Menschenrechte – ausgedrückt durch die Verleihung des Bremer Solidaritätspreises – ist ebenfalls in die Bewerbung eingeflossen. Bremen darf nun ein spezielles Gütesiegel führen.

Die Auszeichnung ist mit 30.000 Euro dotiert. Dieses Preisgeld soll dazu verwendet werden, die begonnenen Projekte und Strukturen weiter zu unterstützen. Bremen muss diese Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit nutzen, um seine Vorreiterrolle in Deutschland langfristig beizubehalten. Das Ziel muss es sein, fair gehandelte Produkte und entsprechende Kriterien als einen selbstverständlichen Bestandteil sowohl des öffentlichen Beschaffungswesens als auch im privaten Bereich zu verankern. Nicht zuletzt bietet sich die Gelegenheit, bei der Neuauflage des Wettbewerbs im Jahr 2013 erneut überregional Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Dieser Titel ist eine große Ehre für die Bremen, die sich zum ersten Mal beworben hatten, aber auch Verpflichtung weiter an dem Thema der fairen Beschäftigungsverhältnisse weltweit sich zu engagieren, deshalb ist es auch in den nächsten zwei Jahren eine Pflicht, sich mit dem Thema des Fairen Handels in unserer Hansestadt neben den Gewerkschaften, den Nichtregierungsorganisationen, den Kirchen und Weltläden, der Unternehmen und Handelskammer zu engagieren.

Der SPD Unterbezirk Bremen-Stadt freut sich über den Titel und wird zukünftig die politische Arbeit aktiv mitgestalten. Dabei können besonders die Stadtteile mit den Beiräten eine wichtige Rolle spielen, um in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen aber auch bei Unternehmen und Stadtteilinstitutionen, wie Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Bürgerhäusern dafür zu werben, sich mit dem Thema des fairen Handels zu engagieren. Im Frühjahr soll es eine Konferenz zur Umsetzungsmöglichkeiten in den Stadtteilen geben, dazu sind alle herzlich eingeladen aktiv mitzuarbeiten.